

## Eine Bitte der Geschäftsführung

Liebe Mitglieder!

Wer hat noch altes Material, das die Arbeit des Grenzfriedensbundes in früheren Jahren belegt?

Gemeint sind Briefe, Einladungen, Texte aller Art, Fotos usw.

Wir wollen zum 40jährigen Bestehen unserer Organisation eine Dokumentation herausgeben und bitten Sie daher herzlich, solche Dinge, die noch in Ihrem Besitz sind, dafür - wenigstens leihweise - zur Verfügung zu stellen.

Adresse:

Grenzfriedensbund

Hafendamm 15

2390 Flensburg

Vielen Dank im voraus!

*Ihr Artur Thomsen*

## Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08,

außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)

Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Ole Harck</i> Jüdische Kleinstadtgemeinden in Schleswig-Holstein 1900-1938, erläutert am Beispiel Rendsburg .....	93
<i>Bernd Philipsen</i> Der 9./10. November 1938 in Kappeln .....	102
<i>Klaus Bästlein</i> Die Judenpogrome am 9./10. November 1938 in Schleswig-Holstein .....	110
<i>Rüdiger Wenzel</i> Dänemark '88: Krise ohne Ende .....	137
<i>Jürgen Zeh</i> Deutschsprachige Minderheitenzeitungen in Nordschleswig, Ostbelgien und Südtirol.....	143
Umschau ab Seite 159	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte Hafendamm 15, 2390 Flensburg.

Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg.

Druck: Schleswiger Druck- und Verlagshaus GmbH

# Jüdische Kleinstadtgemeinden in Schleswig-Holstein 1900-1938, erläutert am Beispiel Rendsburg

## *1. Zur allgemeinen Entwicklung seit der Emanzipation*

Der Niedergang jüdischer Kleinstadtgemeinden im heutigen Bundesland Schleswig-Holstein begann kurz nach der Emanzipation, die noch zur Zeit des dänischen Gesamtstaates im Jahre 1854 für Schleswig und im Jahre 1863 für Holstein durchgeführt wurde, während die Lübecker Bürgerschaft bereits 1848 beschlossen hatte, »daß die Verpflichtung zur Gewinnung des Bürgerrechts auf Bekenner der christlichen Religion nicht beschränkt werden« dürfe. Zu den schleswig-holsteinischen Traditionsgemeinden zählten seit etwa 1700 außer Altona und Wandsbek im heutigen Stadtstaat Hamburg vor allem die Juden in Glückstadt, Elmshorn, Rendsburg, Segeberg und Friedrichstadt, während die Moislinger Judenschaft seit 1802 staatsrechtlich zur Hansestadt Lübeck gehörte. Um 1800 kam Ahrensburg als jüdische Gemeinde hinzu. Kleine Ansiedlungen mit eigenen Friedhöfen gab es darüber hinaus in Burg auf Fehmarn, in Fackenburg vor dem Lübecker Holstentor und in Eutin.

In den Kleinstädten Ahrensburg, Glückstadt, Elmshorn, Rendsburg, Segeberg und Friedrichstadt wohnten 1835 über 1150 Juden. Nach der Emanzipation fiel die Zahl schnell: 1871 lag sie bei 673 Personen, 1905 zählte man noch 380 Angehörige in diesen jüdischen Gemeinden, 1925 nur 219. Dies bedeutet ein Verlust von etwa 80 % der ehemaligen Gemeindesubstanz in den Kleinstädten zwischen 1835 und 1925, während die Gesamtzahl jüdischer Einwohner in Schleswig-Holstein insgesamt von 3676 auf 4152 in diesen Jahren anstieg. Parallel hierzu gab es aber eine bemerkenswerte Umstrukturierung der jüdischen Ansiedlungszahl zugunsten ländlicher Bereiche: Bei der Volkszählung 1871 lebten jüdische Bürger in 67 Orten der ehemaligen Provinz Schleswig-Holstein – ohne Nordschleswig –. Die Zahl der Wohnorte – häufig mit einem oder wenigen Angehörigen der mosaïschen Glaubensgemeinschaft – erhöhte sich bis zum Jahre 1905 auf 90, in 1925 betrug sie 139 politische Gemeinden. Die Gründe für diese auffälligen Veränderungen dürften nicht allein im wirtschaftlichen Bereich begründet sein, sondern müssen auch in der Bereitschaft zur Assimilation, zur Mischehe und zur Aufgabe traditioneller Haltungen gesucht werden.

Sowohl die weite Streuung jüdischer Bürger als auch die rückläufige Mitgliedersubstanz in manchen Provinzstädten mit alten Gemeindeinstitutionen führte zu Beginn unseres Jahrhunderts zu zwei bisher nie gesehene Maßnahmen. Staatlicherseits sah sich die königliche Regierung in Schleswig zu Beginn des Jahres 1912 genötigt, die Gemeindebezirke in der Provinz festzulegen, damit

auch das Streujudentum zur Gemeindesteuer herangezogen werden konnte. Jüdischerseits versuchten gleichzeitig vorausschauende Vorstände in Elmshorn, Kiel und Wandsbek, einen Verband der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein zu gründen, um den Niedergang aufzuhalten.

Trotz zahlreicher Beschwerden an die Regierung durch den orthodoxen Oberrabbiner in Altona, der seine Stellung nach dem Emanzipationsgesetz des Jahres 1863 durch den neugegründeten Verband gefährdet sah, konnte die Vereinigung sich über die Kriegsjahre und die Inflationszeit der frühen zwanziger Jahre hinweg retten. Die Notlage vieler jüdischer Gemeinden als Folge der Nachkriegswirren kam auf dem Altonaer Verbandstag im Dezember 1925 deutlich zum Ausdruck. Hier trafen sich jetzt Vertreter aus Altona, Kiel, Wandsbek, Elmshorn, Segeberg, Friedrichstadt und Ahrensburg. Auf breite Zustimmung bauend konnte der Verband daher in den folgenden Jahren sämtliche jüdische Aktivitäten im Norden koordinieren. Das herausragende Ergebnis des Verbandstages 1925 war die Errichtung von drei Wanderlehrerbezirken zur Betreuung der Kleinstadtgemeinden in Elmshorn, in Segeberg und in Friedrichstadt. Zu den Aufgaben dieser Lehrer gehörte die Durchführung regelmäßiger Gottesdienste, das Schächten und der Religionsunterricht. Der Verband finanzierte darüber hinaus durch Zuschüsse die Abhaltung von Gottesdiensten an hohen jüdischen Festtagen zum Beispiel in Flensburg. Zwischen 1928 und 1932 gelang es außerdem, die Wanderlehrerstellung in Friedrichstadt in ein Rabbinat für den Landesteil Schleswig mit Sitz in Friedrichstadt umzuwandeln. Zu den Aufgaben des Bezirksrabbiners, Dr. Benjamin Cohen, zählte ebenfalls von Anbeginn an die Betreuung der Gemeinde in Rendsburg sowie einzeln wohnender Juden der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Die Tätigkeit der Lehrer in Elmshorn und Segeberg konnte bisher nur unzureichend aufgearbeitet werden. Die Quellen belegen in beiden Städten teils interne Schwierigkeiten teils aber auch eine Konsolidierung und Stabilisierung der jüdischen Arbeit, die in Segeberg durch das am Ort befindliche Erholungsheim und eine Haushaltungsschule des Hamburger Israelitischen Frauenvereins unterstützt wurde.

Allgemein gewinnt man anhand der wenigen überlieferten Unterlagen den Eindruck, daß die Lage der Kleinstadtgemeinden am Ende der zwanziger Jahre und zu Beginn der dreißiger Jahre anscheinend gefestigt war, daß der innerjüdische Zusammenhalt hatte ausgebaut werden können und das Kleinstadtjudentum beim Jahreswechsel 1932/33 einen letzten Höhepunkt in Schleswig-Holstein erleben durfte. Nach dem 30. Januar 1933 wurde diese Arbeit für immer zerstört: Gleich nach der Machtübernahme begannen die ersten Familien auszuwandern, während der Druck seitens der Nationalsozialisten sich in den folgenden Jahren Zusehens verstärkte. Der Pogrom in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 bedeutete das Ende sämtlicher jüdischen Institutionen. Die Entwicklung innerhalb der jüdischen Kleinstadtgemeinden seit 1900 läßt sich

schwer nachvollziehen. Es gibt Einzelhinweise über die Situation in Segeberg und Friedrichstadt, Quellen über die Zeit von 1932 bis 1935 in Elmshorn, während es andernorts, zum Beispiel in Neumünster und Flensburg, kaum möglich gewesen ist, die innerjüdische Situation dieser Jahre zu erfassen. Als Beispiel einer Kleinstadtgemeinde in Schleswig-Holstein zwischen 1920 und 1945, am Beispiel Rendsburg, soll im folgenden modellhaft versucht werden, die Geschichte der kleinen Gemeinde darzustellen.

## *2. Das Gemeindeleben in Rendsburg seit 1900*

In Rendsburg lebten 1905 47 Personen, die sich bei der Volkszählung zur jüdischen Religionsgemeinschaft bekannten. Sie verfügte in der Neuwerker Prinzessinstraße über die Synagoge mit der Mikwe, das Nachbargebäude der bis 1892 genutzten Schule, ein auf dem Hof befindliches Leichenhaus für die rituelle Waschung der Verstorbenen, Moorareale am Stadtrand in der Größe von 2,8 ha und ein Friedhofsareal in Westerrönfeld südlich der Stadt mit einem kombinierten Geräte- und Leichengebäude sowie einem Wärterhaus nebst Stallanbau. Von der 22400 m<sup>2</sup> großen Fläche wurden rund 5000 m<sup>2</sup> als Begräbnisplatz, das übrige Areal als Acker und Garten genutzt. Zur Gemeinde gehörten außerdem zahlreiche Stiftungen und Legate, die so bedeutend waren, daß die Mitglieder bis zur Inflationszeit keine Steuern zu zahlen brauchten. Aus diesen Mitteln vermochte der Vorstand zwei Beamte zu besolden, den Lehrer Rosenberg und den Kantor und Schächter Schlumper. Darüber hinaus beschäftigte die Gemeinde vor dem Ersten Weltkrieg einen Synagogendiener christlichen Glaubens, der im Keller der ehemaligen Schule wohnte, und bis zum Zweiten Weltkrieg einen Wärter auf dem Friedhof in Westerrönfeld.

Über die Verhältnisse innerhalb der Gemeinde während dieser Zeit gibt es kaum Nachrichten: Allein eine 1922 erfolgte Mitteilung des Oberrabbiners an die Schleswiger Regierung, die Rendsburger Gemeinde habe sich dem orthodoxen Bund der gesetzestreuen Gemeinden Deutschlands in Halberstadt angeschlossen, könnte auf eine traditionelle Haltung des Vorstandes hinweisen. Diese Annahme wird indirekt durch das Festhalten an alten Gemeindetraditionen bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges bestätigt. Vor einiger Zeit konnte beispielsweise ein Synagogenlied, das jüdische Kinder am Sabbath in norddeutschen Synagogen gesungen haben, in einer stark verballhornten Fassung dokumentiert werden: Der im Jahre 1901 geborene Sohn des Synagogendieners in Rendsburg hatte es beim Spielen mit jüdischen Kindern gelernt – aber nicht verstanden.

Die Zahl der Gemeindemitglieder reduzierte sich zwischen den Volkszählungen in den Jahren 1905 und 1925 von 47 auf 34. Nach dem Bestattungsverzeichnis der Gemeinde, das die im Kriege Gefallenen nicht enthält, sind in diesen 20 Jahren allein 15 Tote, davon zwei Kinder, zu beklagen, weitere Angehörige der Gemeinde sind vermutlich ausgewandert oder in andere Städte umgezogen.

Der Israelitische Kalender für Schleswig-Holstein und die Jahrbücher des Verbandes jüdischer Gemeinden in Schleswig-Holstein zwischen 1926 und 1938 enthalten – abgesehen von den Namen des Vorstandes und den Deputierten – kaum Hinweise über Rendsburg. Aus einem 1935 gedruckten Aufsatz des Altonaer Rabbiners Eduard Dukesz kennen wir die Namen des Lehrers und des Kantors. Beide haben noch in den zwanziger Jahren in Rendsburg gelebt. Aus einem um 1930 verfaßten Nachruf auf Lehrer Rosenberg geht hervor, daß der aus Posen stammende Gelehrte mangels Beschäftigung in der Gemeinde sich später als Kaufmann betätigt, jedoch weiterhin auch gegen geringes Entgelt als Vorbeter und Lehrer der Rendsburger Juden gewirkt habe. Wegen dieser Entlohnung gab es allerdings 1925 eine Rückfrage der zuständigen Aufsichtsbehörde bei der Preußischen Regierung, da sie den Jahresbetrag für Rosenberg in Höhe von 1200 Mark als wesentlich überzogen im Verhältnis zur Größe der Gemeinde erachtete.

Über die Familie des Kantors und Schächters Schlumper, die in den Räumen des Vorderhauses der Synagoge lebte, ist bekannt, daß sie vor 1933 Rendsburg verlassen hat. Als Rabbiner dürfte in den zwanziger Jahren der Altonaer Oberrabbiner zu Rate gezogen worden sein. Außerdem bestanden vermutlich Verbindungen zur großen Kieler Gemeinde: Ihr Vorsteher von 1891 bis 1929 war ehemaliger Rendsburger, der Kieler Rabbiner zur Zeit der Weimarer Republik vermittelte schließlich vor 1933 die Übergabe des Rendsburger Gemeindearchivs an das Gesamtarchiv der deutschen Juden in Berlin.

1925/26 zählten zum Vorstand die Herren Julius Benjamin, Eli Simon, Julius Magnus und Bernhard David. Die drei erstgenannten dürften noch die Vorkriegstradition der alten Gemeinde vertreten haben. Sechs Jahre später bestand der Gemeinderat aus Julius Benjamin und Julius Magnus, während die aus dem Osten stammenden Bernhard David und Max Ring die Ämter der Deputierten ausübten. Eine Aufstellung 1935 weist noch die Namen des Vorstehers und der beiden Deputierten auf, eine letzte Veröffentlichung aus dem Jahre 1937 erwähnt nur noch Julius Magnus. Weitere offizielle Einzelheiten zur Gemeindeorganisation dieser Jahre liegen nicht vor. Allein die Betreuung des Friedhofes dürfte in den zwanziger und dreißiger Jahren geregelt worden sein. Der heute neben dem Friedhof wohnende, 1935 von der ehemaligen Gemeinde in Rendsburg angestellte Friedhofswärter betreute und beaufsichtigte das Gelände in Westerrönfeld bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. In der Zeit von 1925 bis 1938 sind hier 16 Bestattungen durchgeführt worden, drei der Verstorbenen kamen allerdings von auswärts. Hierzu gehörten u. a. der in Kiel geborene Rechtsanwalt Dr. Friedrich Schumm, der während des sogenannten Boykotts in Kiel am 1. April 1933 im Polizeigefängnis von SS-Leuten ermordet wurde. Andere Eintragungen im Sterberegister dieser Jahre beziehen sich auf drei Kinder einer Rendsburger Familie, auf eine ohne Wissen des Oberrabbiners beigesetzte Urne und auf die Bestattung der christlichen Ehefrau eines früh

verstorbenen Rendsburger Gemeindemitgliedes, die 1937 darauf bestanden hatte – gegen den Widerstand des Vorstandes – neben ihrem Mann beerdigt zu werden.

Ein Verzeichnis der Juden in Rendsburg am 16. Juni 1933, das die Stadtverwaltung vor 25 Jahren für Yad Washem in Jerusalem zusammenstellte, enthält die Namen von 36 Personen, 20 Männer und 16 Frauen. Diese Zahl ist sicherlich zu niedrig: Es fehlen zum Beispiel mehrere dem Verfasser namentlich bekannte Kinder. Die Liste berücksichtigt offenbar sämtliche Personen, die nach den Eintragungen in der Meldekartei aufgrund bestimmter abstruser, für die Betroffenen aber lebensbedrohenden Kriterien der Nationalsozialisten als Juden zu bezeichnen waren. Hierzu gehörten einerseits diejenigen Bürger der Stadt, die zu ihrer Synagoge standen, andererseits aber auch areligiöse oder zum Christentum Konvertierte und die christliche Ehefrau eines dem jüdischen Glauben Fernstehenden. Diese Gruppe wird im folgenden nicht berücksichtigt werden, sondern allein die Angehörigen der Synagogengemeinde. Nach Auskunft von Fritz Ring, Sohn des Deputierten Max Ring, zählten hierzu sieben Familien mit 20 der 36 genannten Personen. Die Alters Struktur bezogen auf das Jahr 1933 verteilte sich wie folgt:

Unter 20 Jahren = 3 (+ eine unbekannte Zahl)

21-40 Jahre. = 10

41 Jahre u. älter. = 6.

Obleich dieser Aufbau als gesund zu bezeichnen wäre, darf angezweifelt werden, ob sich die Gemeinde in diesem Zustand der kleinen Zahlen selbst hätte regenerieren können, denn allein vier aus der Mittelgruppe im zeugungsfähigen Alter waren 1933 ohne eigene Familie. Ohne einen Zuzug jüdischer Bürger von außerhalb, wie er zum Beispiel nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte, hätte die Gemeinde vermutlich eines Tages aufgelöst werden müssen.

Lediglich zwei oder drei der sieben Familien wiesen ältere Bindungen zur Rendsburger Gemeinde auf, wie sich anhand der Geburtsorte feststellen ließ. Sechs Mitglieder der Gemeinde waren in Rendsburg geboren, – darunter aber vier Kinder, deren Eltern von außerhalb kamen –, aus dem südlichen Holstein stammten ein Mitglied, aus dem Deutschen Reich vier und aus Osteuropa acht. Die Liste enthält außerdem das Datum der Abmeldung in Rendsburg. Dieses konnte durch Umzug innerhalb Deutschlands, Emigration, natürlichen Tod, Freitod oder Deportation ins Vernichtungslager bestimmt worden sein. Von den namentlich aufgeführten Gemeindeangehörigen ist außer einer 1934 in Rendsburg verstorbenen Frau allein ein junger Mann bereits 1937 ausgewandert, die Abmelde- oder Sterbedaten der übrigen Gemeindemitglieder beziehen sich auf die Jahre 1938 (3), 1939 (10), 1942 (3), und unbekannt (2). Bei zwei Familien gab es offenbar starke ostjüdische Bindungen zum Judentum, die in verschiedener Weise zum Ausdruck kamen: Die Frauen trugen den sogenannten Scheitel, eine Perücke, als Kopfbedeckung, die Männer besuchten regelmäßig

die Synagoge. Als der 14jährige Fritz Ring im Jahre 1935 einen Urlaub bei seinem Religionslehrer, dem Rabbiner Dr. Cohen in Friedrichstadt, verbrachte, hat er, wie er schrieb, zum ersten Mal Fleisch essen können. Es gab damals in Rendsburg keinen Schächter, um die traditionell geführten Haushalte zu versorgen.

### *3. Verfolgung und Untergang in nationalsozialistischer Zeit*

Im Juli 1933 unterrichtete der Altonaer Oberrabbiner Dr. Carlebach die Rendsburger Juden über die Lage der Glaubensgemeinschaft nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Vorher, am 1. April 1933, während des sogenannten Judenboykotts, hatten aber bereits mehrere Gemeindeangehörige selbst erleben müssen, wie das neue Regime mit der jüdischen Minorität zu verfahren gedachte. Zu Beginn des Jahres 1934 übernahm Dr. Cohen offiziell den Religionsunterricht in Rendsburg, während der Altonaer Verband durch einen Zuschuß für einen auswärtigen Vorbeter die Abhaltung eines feierlichen Gottesdienstes zum Neujahrs- und zum Versöhnungsfest ermöglichte. Eine Bar-Mizwa-Feier, vergleichbar mit der christlichen Konfirmation, im September 1935 dürfte noch einen letzten Höhepunkt im Gemeindeleben dargestellt haben. Ein ganzes Jahr hatte Dr. Cohen den 14jährigen Fritz Ring für diesen Tag vorbereitet. 12 Männer waren anwesend in der Synagoge, anschließend gab es im Zimmer neben der Frauenempore einen Imbiß. Geschirr und Silberbestecke waren von Frau Magnus zur Verfügung gestellt worden.

Die Entwicklung der folgenden Jahre ist weitgehend unbekannt. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 zerstörten die Nationalsozialisten jüdische Institutionen im gesamten Reichsgebiet, plünderten Geschäfte und Privatwohnungen im jüdischen Besitz, ermordeten zahlreiche jüdische Mitbürger und verschleppten andere in Konzentrationslager. Auch in Rendsburg haben Angehörige des braunen Pöbels durch eine Gewalttat ihren, durch nichts begründeten Haß gegen die Juden der Stadt ausgelassen. Gegen 23 Uhr explodierte eine Bombe im Betsaal, ein erkannter Täter verschwand über die Mauer zu den rückwärtigen Grundstücken. Bei der Sprengung sind Fenstergläser zersprungen, das Inventar vernichtet und demoliert worden. Gebrannt hat es in der Synagoge allerdings nicht. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch 15 Gemeindeangehörige in Rendsburg, ihre Zahl reduzierte sich aber erheblich bis zum Ausbruch des Krieges. Am 1. September 1939 wohnten nur noch zwei Familien mit fünf Personen in dieser Stadt.

Nach dem Novemberpogrom unterlag jüdischer Besitz besonderen Einschränkungen, die darauf zielten, das Leben der jüdischen Restbevölkerung weiter einzuengen. Auf Ersuchen des Kulturamtes in Heide vom 28. März 1939 wurde ein Verzeichnis jüdischen Eigentums in Rendsburg zusammengestellt, bereits wenige Tage später bekam der Vorsteher Julius Magnus durch einen eingeschriebenen Brief der Oberfinanzbehörde eine Sicherungsanordnung mit Strafandrohung für die Gebäude in der Prinzessinstraße einschließlich der

Moorareale, den Friedhof und die Sparguthaben in Höhe von 1541,29 Reichsmark. Im Sommer mußte Magnus den nicht belegten Teil des Friedhofes an den Rendsburger Schützenverein veräußern. Der Friedhof, der heute noch erhaltene Weg, die Leichenhalle und das Wärterhaus nebst Garten blieben allerdings in jüdischem Besitz. Während bei den ersten Verhandlungen im März 1939 die Kaufsumme noch 4000 Reichsmark betragen hatte, die zu dreiviertel zweckgebunden für Auswanderungen auf ein Konto der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, zu einem Viertel auf ein Sperrkonto der Israelitischen Gemeinde in Rendsburg überwiesen werden sollte, konnte der Preis im Vertrag vom 30. August 1939 zu Gunsten des Käufers erheblich reduziert werden: Der Schützenverein übernahm jetzt das Grundstück in Westerrönfeld kostenlos, er verpflichtete sich dafür aber, die auf dem Friedhof befindlichen Gräber 30 Jahre lang zu pflegen und instand zu halten.

Auch die Synagoge und die ehemalige Schule verkaufte Julius Magnus auf Anordnung der Machthaber: Zwischen dem 23. Juli 1939 und dem 7. November 1939 regelte ein Rendsburger Notar die Übergabe beider Gebäude. Den Erlös erhielt ausschließlich die Reichsvereinigung in Berlin. Das bei der Sprengung nicht zerstörte Inventar wurde nach Hamburg gebracht. Einige besondere Stücke, so zum Beispiel leicht beschädigte Leuchter von der Bima, dem Vorlesepult im Betraum, gelangten aber in die Wohnung des Vorstehers in der Rosenstraße 5. Hier sind sie auf Veranlassung von Pastor Schröder, Rendsburg, am 24. Juli 1940 fotografiert worden. Damit war eine fast 250jährige jüdische Tradition in Rendsburg beendet.

Mitte Juli 1942 wurde in Kiel ein Transport nach Theresienstadt in Böhmen zusammengestellt. Mit diesem sollten auch Julius Magnus und seine Frau deportiert werden. Sie wählten jedoch den Freitod in Rendsburg statt einer ungewissen Zukunft. Am Tage vorher besuchten sie noch den Friedhof in Westerrönfeld und sprachen dabei mit der Frau des Wärters. Zwei damals junge Straßenpassanten haben dem Verfasser berichtet, wie sie in diesen Julitagen dem Ehepaar Magnus auf dem Wege durch die Stadt begegnet sind. Auf beide hat die stolze Haltung der Sterntragenden einen bis heute nicht verdrängten, nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Das Schicksal anderer Mitglieder der Rendsburger Gemeinde ist nur in wenigen Fällen bekannt. Es gibt sichere Nachrichten über die geglückte Auswanderung einiger Familien, aber auch Hinweise auf Deportation in die Vernichtungslager des Ostens oder auf den selbstgewählten Tod vor Antritt des Transportes. Einen besonderen Fall stellt der Weg einer 1910 in Rendsburg geborenen Jüdin dar. Sie zog im Herbst 1938 zunächst zu einer Tante nach Itzehoe, später mit dieser nach Berlin in der Hoffnung, hier untertauchen zu können. In Rendsburg hatte sie vorher einen nichtjüdischen Mann kennengelernt; eine Heirat war nach den Bestimmungen der sogenannten Nürnberger Gesetze ausgeschlossen. Diesem Bekannten gelang es nun, unter Vortäuschung der schrecklichsten Krankheiten

vom Militärdienst zurückgestellt zu werden und ebenfalls vor Kriegsbeginn nach Berlin zu ziehen. Als die Rendsburgerin rechtzeitig einen Hinweis auf eine bevorstehende Deportation erhielt, mußte sie untertauchen. Es gelang ihrem Bekannten, sie drei Jahre in einem vorbereiteten Versteck einer Laubenkolonie am Stadtrand zu verbergen und sich selbst in dieser Zeit weiterhin unter Vorgabe von Krankheiten übelster Art sogar vom Dienst im Volkssturm zu retten. Er wußte, daß die versteckte Verlobte ohne seine Hilfe verloren gewesen wäre. Den Schutz mußte er jedoch auch in der Zeit nach der Kapitulation gewähren; die russischen Soldaten nahmen kaum Rücksicht auf die Leiden der vorhergehenden Jahre. Mit Hilfe jüdischer Organisationen gelang es dem 1945 getrauten Paar nach Argentinien auszuwandern. 1976 kehrte es nach Rendsburg zurück, die Frau starb drei Jahre später in ihrer Heimatstadt.

Die Ausstellung in der ehemaligen, heute restaurierten Rendsburger Synagoge zur Geschichte jüdischer Gemeinden in Schleswig-Holstein enthält nur wenige Bilder und Exponate der 12 Jahre zwischen 1933 und 1945. Die Fotos belegen den Boykott am 1. April 1933, den November-Pogrom 1938 und einige Details aus den Zwischenjahren, während die Zeit nach 1938 durch eine besondere, für Juden diskriminierende Kennkarte, einen Judenstern und einen unmittelbar nach der Kapitulation niedergeschriebenen Bericht über Auschwitz und andere Lager dokumentiert wird. Die wenigen Stücke vermögen vielleicht als Zeugnisse der Zeit, die historische Entwicklung zu veranschaulichen, das Leid der einzelnen, die Angst, Todesfurcht und Vereinsamung der Betroffenen, den Hunger, Durst und Schmerz der Ausgelieferten können sie kaum nachvollziehen. Dies vermögen allein persönlich vorgetragene Schilderungen ehemaliger Verfolgter und Opfer.

Ansprache zur Eröffnung der Julius-Magnus-Ausstellung in der ehemaligen Rendsburger Synagoge (Dr. Bamberger-Haus) am 10. Juni 1985 – zuerst veröffentlicht in: Flensburg Avis v. 4. Juli 1985.

#### LITERATURHINWEISE

- M. Stern, Festschrift zum 200jährigen Jubiläum der israelitischen Gemeinde in Rendsburg und zum 50jährigen Bestehen der Synagoge daselbst. Die israelitische Bevölkerung der deutschen Städte, Bd. IV, Rendsburg 1895.
- H. M. Johannsen, Studien zur Wirtschaftsgeschichte Rendsburgs. Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte 60,1931, S. 102 ff. Hier S. 145 ff.
- E. Dukesz, Synagoge und Friedhof in Rendsburg. Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden 7, 1935-36, 44 ff.
- B. Brillling, Zur Geschichte des Rabbinats in Rendsburg (Schleswig-Holstein). Udim 2, 1971, 7 ff.
- H. Behrens, O. Harck, A. Junken, G. Kaster, U. Lemaitre, Synagoge Rendsburg. Baudenkmale in Gefahr 6, Kiel 1982.
- K. Hamer, K.-W. Schunck, R. Schwarz (Hrsg.), Vergessen + verdrängt. Eine andere

- Heimatgeschichte. Eckernförde 1984. Hier: R. Schwarz, Diskriminiert, verfolgt, ermordet! Anmerkungen zum Schicksal der Rendsburger Juden, 213 ff. E. Heinz, Der jüdische Friedhof in Westerrönfeld, 218 ff. E. Bevendorf, Gestrandete Jüdinnen vor Bookniseck, 220 ff.
- O. Harck, Synagogen i Rendsborg. Sønderjysk Månedsskrift 1985, 65 ff. – Nachgedruckt: Jødisk Orientering (Kopenhagen) 56, 1985, 11 ff.
- O. Harck, Julius Magnus-Ausstellung. Zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein, Rendsburg 1985.
- O. Harck, Om jøderne i Rendsborg. Rendsburg/Eckernförde 1985

## Der 9./10. November 1938 in Kappeln

Die »Reichskristallnacht« in einer schleswig-holsteinischen Kleinstadt

### 1. Weiterer Schritt zum Holocaust

»Jeder Tag ist ein Gedenktag« nennt Simon Wiesenthal, der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, sein neuestes Buch, für das er für jeden Tag des Jahres Ereignisse aus der jahrhundertelangen Verfolgungsgeschichte des jüdischen Volkes zusammengestellt hat. Breiten Raum nimmt in dieser erschütternden Chronik des Leidens die Nacht zum 10. November 1938 ein, in der ein staatlich gebilligter und geförderter Terror in den Straßen deutscher Städte tobte: Synagogen, jüdische Schulen und Gemeindehäuser wurden angezündet, Geschäfte und Warenhäuser demoliert und geplündert, jüdische Bürger verhöhnt, gedemütigt, mißhandelt, in großer Zahl in Konzentrationslager verschleppt und in Einzelfällen ermordet.

Am Morgen des 10. November waren die Straßen übersät mit dem Glas zerschlagener Fenster- und Schaufensterscheiben – Anlaß für die geschickte NS-Propaganda, diesem reichsweiten Judenpogrom die ironisch-beschönigende Bezeichnung »Kristallnacht« zu geben. Sie war ein weiterer unübersehbarer Schritt auf dem Wege zur späteren »Endlösung der Judenfrage«, dem Holocaust, dem sechs Millionen Juden aus fast allen Teilen Europas zum Opfer gefallen sind. Als Vorwand für diese Nacht des Schreckens diente der nationalsozialistischen Führung das Attentat des aus Polen stammenden 17jährigen Juden Herschel Grynspan: Er drang am 7. November in die deutsche Botschaft in Paris ein und erschoss den Sekretär Ernst vom Rath. Damit wollte er seine Eltern rächen, die im Zuge der ersten Massendeportation des Dritten Reiches aus Hannover ausgewiesen und in Eisenbahnwaggons in ein polnisches Lager abgeschoben worden waren. Mit diesem Rache- und Verzweiflungsakt löste der Attentäter – ungewollt – den bis dahin größten Schlag gegen die Juden und ihre Einrichtungen in Deutschland aus.

### 2. Vor den Augen der Nachbarn

Wenn die Bevölkerung auch nicht über jedes Gesetz, jede Anordnung und jeden Erlaß aus dem umfangreichen antijüdischen Katalog der Nazis detailliert informiert war, so mußte sie spätestens am 9./10. November 1938 den menschenverachtenden Charakter der NS-Politik erkennen. Denn: Die Ausschreitungen gegen jüdische Mitbürger spielten sich nicht allein in finsternen Kellern, in fernab gelegenen Lagern ab, sondern – wie in der »Kristallnacht« – auch vor den Augen der Nachbarn, auf deren Zurückhaltung sich die Machthaber allerdings verlassen konnten. Widerspruch und Solidarität gab es nur in

Einzelfällen.

Der nationalsozialistische Rassenwahn überzog wie ein Flächenbrand alle Regionen des damaligen »Großdeutschen Reiches« und erfaßte auch jene Städte und Dörfer, in denen es bis dahin ein friedliches Miteinander zwischen jüdischen und nichtjüdischen Einwohnern gegeben hatte. Zum Beispiel in der Kleinstadt Kappeln an der Schlei.

### *3. Jüdisches Leben in Kappeln*

Die »zwölf braunen Jahre« – so lange dauerte dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte – bedeuteten auch das Ende der kleinen jüdischen Lebensgemeinschaft in Kappeln. Aus der Zeit um 1800 stammen die ersten konkreten Hinweise auf jüdisches Leben in diesem Ort. Seitdem lebten hier stets nur ein oder zwei jüdische Familien. Jüdische Einrichtungen, zum Beispiel ein Bethaus oder eine Schule, gab es zu keiner Zeit, auch nicht eine Gemeinde im eigentlichen Sinne. Daß Kappeln im »Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte« (1932/33) dennoch in die Liste der Gemeinden eingereiht wurde, hatte eher demonstrativen Charakter. Der auch für die in Angeln lebenden Juden zuständige Bezirksrabbiner Dr. Benjamin Cohen, der seinen Sitz in Friedrichstadt hatte, wollte mit der Nennung Kappelns im Rechenschaftsbericht wohl seine besondere Aktivität und den Selbstbehauptungswillen der hiesigen Juden angesichts der heraufziehenden Katastrophe unterstreichen. Eine eigenständige jüdische Gemeinde in Kappeln hätte ausschließlich aus den Mitgliedern einer einzigen Familie bestanden – den Eichwalds.

Der Religionsunterricht in Kappeln wurde von dem Bezirksrabbiner erteilt. Als Ansprechperson vor Ort wird in dieser Übersicht »A. Eichwald« genannt. Dabei muß es sich um Alfred Eichwald gehandelt haben, den Senior der Familie, die in dem Doppelhaus Mühlenstraße 36 wohnte und zwei Ladengeschäfte betrieb – Sohn Richard eine Tabakwarenhandlung und Sohn Arthur ein Textilgeschäft (Abb. 1).

### *4. Bürgerliches Leben*

Die Familie hatte sich hier mit Fleiß und Ausdauer eine bürgerliche Existenz aufgebaut. Die Eichwalds genossen als Bürger und Geschäftsleute ein hohes Ansehen in der Stadt. Sie fühlten sich in Kappeln heimisch und nahmen aktiv am gesellschaftlichen Leben in der Kleinstadt teil. So war es für Richard Eichwald eine Ehrenpflicht, den »blauen Rock« der Freiwilligen Feuerwehr zu tragen. Ein Gruppenfoto – aufgenommen im Jahre 1925 auf der bald danach abgebrochenen Pontonbrücke – zeigt ihn einträchtig im Kreis der meist schnauzbärtigen Kameraden. Alfred Eichwald, der Großvater der Familie, war Mitglied der Distrikt-Loge »Schleiwacht« des Guttemplerordens zum Kampf gegen den Alkohol.

Richard Eichwald kam hochdekoriert aus dem Ersten Weltkrieg nach Hause zurück: Er war wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde mit den Eisernen Kreuzen I. und II. Klasse ausgezeichnet worden. »Er muß in der Tat schon etwas

Außergewöhnliches geleistet haben«, urteilt heute das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg/Breisgau und verweist darauf, daß bei der Vergabe von Tapferkeitsauszeichnungen jüdische Soldaten durchweg strenger beurteilt wurden. In den dreißiger Jahren (!) erhielt Richard Eichwald überdies noch das 1934 von Adolf Hitler gestiftete Erinnerungskreuz für die Frontkämpfer aus dem Ersten Weltkrieg.

### *5. Kappeln wählt »braun«*

Der erste Versuch eines demokratischen Staates auf deutschem Boden, die Weimarer Republik, ging mit der Machtergreifung Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 zu Ende. Bei den entscheidenden Reichspräsidenten- und Reichstagswahlen von 1932 hatten die Kappeiner Bürger mehrheitlich »braun« votiert: Die Zahl der NSDAP-Stimmen in der Schleistadt lag dabei prozentual noch deutlich über den Ergebnissen, die diese Partei auf Reichsebene erzielte.

Damit begann der lange und dornenvolle Weg der deutschen Juden in den Abgrund – auch in Kappeln. Die ersten Schritte mußte die Familie Eichwald schon bald tun. Johnny Blunt alias John Eichwald – 1923 als ältester von drei Söhnen (Abb. 1) von Richard und Emilie Eichwald in Kappeln geboren und heute als einziger Überlebender der Familie britischer Staatsbürger – erinnert sich: »Plötzlich mieden mich einige Schulkameraden und spielten nicht mehr mit mir. Auch besuchten sie mich nicht mehr zu Hause, und ich durfte nicht bei ihnen sein. Bis dahin war mir gar nicht bewußt geworden, daß es einen Unterschied gab zwischen ihnen und mir... Besonders ein Lehrer nannte mich bei mehreren Gelegenheiten vor der ganzen Klasse Judenbengel. Als ich beim Vogelschießen der Kindergilde mit drei Volltreffern der beste Schütze war, wurde ich auf den zweiten Platz gesetzt. Als Klassenkameraden den Lehrer auf den Fehler aufmerksam machten, entgegnete er ihnen: ‚Wir können doch nicht einen Judenjungen als Schützenkönig haben.‘« – Antisemitische Haßgefühle machten sich Luft.

### *6. Der Boykott vom 1. April 1933*

Daß es die Nationalsozialisten mit der angedrohten Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft ernst meinten, demonstrierten sie unmißverständlich am 1. April 1933 mit einem von der Parteileitung der NSDAP ausgerufenen reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte. Betroffen von dieser Willkürmaßnahme waren auch die Eichwald-Läden: Vor den Geschäften zogen SS-Posten mit Plakaten auf. Parolen wie »Deutsche kauft nicht bei Juden« waren darauf zu lesen (Abb. 2). Kunden, die dennoch die Ladengeschäfte betraten, wurden heimlich fotografiert. Diese öffentliche antijüdische Aktion blieb auf einen Tag beschränkt. Fortgesetzt wurden aber – zunächst – die stilleren Methoden: Schikanen jeglicher Art durch Mitbürger und Behörden. Die Verwaltung konnte sich dabei in zunehmender Weise auf Gesetze, Verordnungen und Anweisungen stützen, die die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung zum Ziel hatten. Dafür einige Beispiele: Richard

Eichwald mußte einen Tabakautomaten, der vor seinem Ladengeschäft angebracht war, auf Anordnung der Stadtverwaltung kurzfristig abmontieren. Der Automat war plötzlich zum »offenen Geschäft« erklärt worden, das nachts nicht betrieben werden dürfe. Der Hund der Familie, eine deutsche Dogge, sollte nicht mehr frei herumlaufen; denn – so die Stadt – »jüdische Hunde« dürften deutsche Straßen nicht beschmutzen. Der Familienvater – wie erwähnt ein hochdekoriertes Offizier aus dem Ersten Weltkrieg – mußte Pistole und Waffenschein abgeben. Die häßlichen Diffamierungen durch Lehrer und Mitschüler wurden immer schlimmer, so daß sich die Familie entschied, John und seinen zwei Jahre jüngeren Bruder Erik nach Hamburg auf eine jüdische Schule zu schicken.

### *6. Die Nacht des Schreckens*

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die antisemitische Kampagne in der berüchtigten Nacht zum 10. November, in der auch die Eichwalds Opfer des nationalsozialistischen Pogroms wurden: Ihre Wohnungen und Geschäfte wurden demontiert und geplündert und damit der Familie, die mit ihrer Heimatstadt eng verwachsen war, die wirtschaftliche und bürgerliche Existenz zerstört; die Familienväter Arthur und Richard Eichwald kamen für zwei Monate ins Konzentrationslager Sachsenhausen; die Eichwalds sahen sich gezwungen, Kappeln zu verlassen – bald nach der »Reichskristallnacht« war die Schleistadt »judenfrei«...

Was am frühen Morgen des 10. November 1938 in Kappeln geschah, dem ging zehn Jahre später das Landgericht Flensburg nach. Presseberichte über die Verhandlung 1948 gegen drei ehemalige SA-Männer, Erinnerungen von Zeitzeugen und Hinweise aus Privatpapieren der Familie Eichwald, die sich jetzt im Besitz von Johnny Blunt in London befinden, erlauben, den Hergang der »Reichskristallnacht« in der Schleistadt zu rekonstruieren.

Auch im Fall Kappeln läßt sich eindeutig belegen, daß die »spontane Volkswut« – so die NS-Terminologie – sorgsam und von langer Hand in Szene gesetzt worden war: Die Anweisung einer Vorgesetzten Dienststelle, eine Aktion gegen die jüdische Familie Eichwald in Kappeln einzuleiten, ging etwa gegen Mitternacht beim Führer der SA-Standarte 86 in Schleswig, dem später im Zweiten Weltkrieg gefallenen SA-Sturmbannführer Seemann, ein, der seinerseits den hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer der NSDAP in der Kreisstadt, Hans Petersen, alarmierte. Gemeinsam ließen sie sich in einem Personenwagen nach Kappeln fahren, wo sie gegen 4 Uhr in der Früh eintrafen. Dort setzten sie sich mit dem örtlichen SA-Chef, dem Obersturmführer Konrad Burose, in Verbindung und forderten ihn auf, sich an dem Vorhaben zu beteiligen und zur Unterstützung zusätzlich einige SA-Männer in die Mühlenstraße zu den Eichwald-Geschäften zu beordern.

Durch lautes Klopfen an die Tür, kräftiges Rütteln am Regenabflußrohr und Rufe wie »Macht auf, Ihr Schweine, Ihr sollt verschickt werden« oder »Aufmachen, Ihr Juden habt ausgespielt, um fünf Uhr geht Euer Zug« wurde die Familie aus dem

Schlaf gerissen. Richard Eichwald öffnete verstört das Haus. Die gesamte Familie sei festgenommen, erklärte ihm Seemann. Außerdem seien die Sparbücher, das gesamte Bargeld und alle Wert- und Schmucksachen herauszugeben. Fragen der überraschten Familienmitglieder nach dem Grund der Festnahme wurden mit rüden Äußerungen, Fußtritten und Ohrfeigen quittiert. Um seinen Forderungen zusätzlich Nachdruck zu verleihen, zog Seemann seine Pistole und erschoss den Hund der Familie. Unter der Aufsicht von Burose mußten sich die Familienangehörigen rasch ankleiden und ihre Koffer packen. Die SA-Männer nahmen den Eichwalds neben Sparbüchern, Bargeld und Schmuck auch die Tapferkeitsorden aus dem Ersten Weltkrieg ab und führten die komplette Familie zum Rathaus, um sie dort in der Arrestzelle im Keller einzusperrten: Senior Alfred Eichwald und seine Frau Emma, Arthur Eichwald und seine Frau Selly, Richard Eichwald und seine Frau Emilie und ihren jüngsten Sohn Kurt.

Vor dem verwaisten Eichwald-Haus hatten SA-Leute Posten bezogen, als gegen 8 Uhr ein Personenwagen mit Flensburger Autokennzeichen vorfuhr. Dem Fahrzeug entstiegen zwei Männer in Zivil. Sie verschafften sich Eintritt in das Haus, indem sie sich gegenüber der SA mit SS- und Gestapopapieren auswiesen. Kaum hatten die beiden bis heute unbekanntenen Männer das Haus betreten, begannen sie ihr Zerstörungswerk: Sie demolierten Möbelstücke, schlugen Geschirr kurz und klein und warfen – auch mit Unterstützung von Burose – Einrichtungsgegenstände auf den Hof.

Einer Augenzeugin, die am nächsten Morgen in das Haus schaute, bot sich ein Bild der Verwüstung: »In sämtlichen Räumen sah es wüst aus. Es war eben alles zerschlagen und demoliert. Es lag alles durcheinander. Sämtliche Bilder, auch die kleinen, waren zerschlagen. Die Marmorplatten waren zertrümmert, ebenso sämtliche Möbelstücke. Man kann sich gar kein Bild davon machen, wenn man es nicht selbst gesehen hat.«

Ein Malermeister aus der Stadt wurde von Burose beauftragt, die Schaufensterscheiben der Eichwald-Läden mit Farbe zu überstreichen und mit der Aufschrift »Jude verhaftet – Geschäft geschlossen« zu versehen. Der Meister seinerseits betraute einen Lehrling mit dieser Aufgabe.

Im Laufe des Vormittags wurden Arthur und Richard Eichwald abtransportiert und – wie viele weitere während der »Reichskristallnacht« festgenommene Juden – über Kiel ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und dort für zwei Monate festgehalten. Für die übrigen Familienangehörigen öffnete sich in den Abendstunden des 10. November die Zellentür des kleinen Kappeler Polizeigefängnisses. Der Anschlag auf die jüdische Familie in Kappeln sprach sich rasch in der Stadt herum. Am Morgen danach strömten Schaulustige in die Mühlenstraße. Burose versuchte, die Menschenansammlung zu zerstreuen. Dabei soll er auch handgreiflich geworden sein. Die örtliche Presse erwähnte die Vorgänge in der »Reichskristallnacht« in Kappeln mit keiner Zeile.

## *8. Das Schicksal der Opfer*

Angesichts der demolierten und zum Teil geplünderten Wohnungen und Geschäfte mußten die Eichwalds erkennen, daß es in Kappeln für sie keine Zukunft mehr geben würde. Ihre erste Sorge galt den Kindern. Es gelang der Familie, Kurt, Erik und John von Hamburg aus mit einem der letzten Kindertransporte nach England in Sicherheit zu bringen. Ihre Eltern, Großeltern sowie Tante und Onkel flüchteten in die Anonymität der Großstadt Hamburg. Außerdem hofften sie, von dort aus leichter eine Möglichkeit zu finden, ebenfalls nach England oder in ein anderes für sie sicheres Land auswandern zu können. Hinter sich brachen sie alle Brücken ab: Sie verkauften das Haus in Kappeln und ließen den Hausstand – soweit er von den Randalieren in der »Reichskristallnacht« nicht zertrümmert worden war – öffentlich versteigern (Abb. 3).

In Briefen an ihre Jungen in England haben Richard und Emilie Eichwald immer wieder ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Familie bald wieder vereint sein würde. Ferner berichteten sie über ihre vielfältigen Bemühungen um eine Ausreisegenehmigung nach England. »Mit Gottes Hilfe werden wir auch einmal das Glück haben, nach England zu kommen, und dort werden wir dann gemeinsam unser Familienglück wieder aufbauen«, schrieb Richard Eichwald im Juli 1939 an seinen ältesten Sohn John. Erste resignative Töne klangen in einem Brief vom Dezember 1939 an: »Nun seid Ihr (Kurt, Erik und John) schon über ein Jahr dort und habt Euch wohl gut eingelebt. Wir hatten bestimmt gehofft, inzwischen bei Euch zu sein, aber es sollte wohl nicht sein. Möge unser Wunsch in Erfüllung gehen, daß wir im kommenden Jahr wieder vereint werden, es ist wohl Euer und auch unser sehnlichster Wunsch.«

Gegen Ende Juni 1941 traf bei der Familie Eichwald in Hamburg eine Hiobsbotschaft aus England ein: In einem Brief unterrichtete John seine Eltern, daß sein Bruder Erik in einem britischen Sanatorium an Tuberkulose gestorben sei. »Wenn der Krieg vorüber ist, fahren wir alle zum Friedhof und besuchen sein Grab«, versuchte John seine Eltern zu trösten. Und: »Ich weiß, daß wir bald alle wieder Zusammenkommen werden und eine glückliche Zukunft vor uns haben.« Dazu sollte es nicht kommen: Richard und Emilie Eichwald wurden im November 1941 nach Minsk deportiert, wo sie Opfer des Holocaust wurden. Auch die Großeltern Alfred und Emma Eichwald sowie Arthur und Selly Eichwald fanden in Vernichtungslagern der Nazis den Tod.

### *9. »Kristallnacht« vor Gericht*

Zwei Beteiligte des Überfalls auf die Familie Eichwald in der »Reichskristallnacht« – Burose und Petersen – wurden 1948 von der III. Strafkammer des Landgerichts Flensburg wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu einem Jahr und sechs Monaten bzw. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. »Mäßige Sühne für Willkürakte« lautete die Schlagzeile einer Tageszeitung nach der Urteilsverkündung.

### *10. Einst vertrieben – heute herzlich empfangen*

Auf das tragische Schicksal der Familie Eichwald waren die heutigen Stadtväter von Kappeln aufmerksam geworden, als Johnny Blunt im vergangenen Jahr in der deutschen Botschaft in London die seinerzeit von den Nazis gestohlenen Kriegsauszeichnungen seines Vaters in Form von Repliken zurückerhielt und die Medien über diese Geste der Versöhnung berichteten. Sie beschlossen daraufhin, den 50. Jahrestag des Judenpogroms von 1938 zum Anlaß zu nehmen, Johnny Blunt in seine Geburtsstadt, aus der er einst vertrieben wurde, einzuladen. Die Stadt sei sich bewußt – so schrieb Bürgermeister Michael Arendt in der Einladung –, daß sie ein solch ungeheures Unrecht, das der Familie Eichwald widerfahren sei, nicht wiedergutmachen könne. »Wir möchten aber nach so vielen Jahren eine Möglichkeit der Begegnung suchen und Ihnen Gelegenheit geben, das heutige Kappeln und seine Einwohner kennenzulernen.«

»Es ist unmöglich, das Gefühl zu beschreiben, als ich den Brief des Bürgermeisters öffnete«, sagte Johnny Blunt in einem Gespräch mit dem Flensburger Tageblatt. Freude und Wehmut habe er verspürt – Freude über die Einladung nach Kappeln, Wehmut angesichts des Schicksals seiner Eltern und Großeltern und weiterer Verwandter. Sein Blick zurück sei aber frei von Zorn und Haß. Die Stadt und ihre Bürger bereiteten Johnny Blunt einen außerordentlich herzlichen Empfang (Abb. 4). Er mußte viele Hände drücken, wurde immer wieder von früheren Mitschülern, Nachbarskindern und Freunden umarmt. Mr. Blunt war überwältigt von der Herzlichkeit und Offenheit der Begegnung: »Es ist phantastisch, daß ich das noch erleben darf.«

### LITERATURHINWEISE

Simon Wiesenthal, Jeder Tag ein Gedenktag – Chronik des Leidens, Gerlingen 1988.

Rita Thalmann / Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt 1987.

Bruno Blau, Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933-1945, Düsseldorf 1954.

Fritz-Werner Dehncke, Die Geschichte Kappeln während des Nationalsozialismus, Kappeln 1988.

# Die Judenpogrome am 9./10. November 1938 in Schleswig-Holstein

Eine organisationsgeschichtliche Skizze

## Teil I

Historische Mythen sind zäh und langlebig. So ist noch heute die von den Nationalsozialisten selbst ausgestreute Fama verbreitet, daß es sich bei den Geschehnissen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 um »spontane Aktionen« gehandelt habe. Ihre Geschichtsmächtigkeit aber haben auch die ebenso verkürzten wie bildhaften Darstellungen der Massenmedien bewiesen. Und so meinen nicht wenige, vor allem jüngere Zeitgenossen, daß es sich bei den Vorgängen am 9./10. November 1938 um einen von langer Hand geplanten und sorgfältig inszenierten Zwischenschritt auf dem Weg von den antijüdischen Boykottaktionen des Jahres 1933 zu den Verbrennungsöfen von Auschwitz gehandelt habe. Beide Auffassungen sind historisch nicht haltbar und bedürfen der Revision. Die nachfolgende organisationsgeschichtliche Skizze möchte zu einer differenzierten Betrachtung der Ereignisse beitragen, die meist immer noch verharmlosend als »Reichskristallnacht« bezeichnet werden, obwohl ja nicht nur Fensterscheiben zu Bruch gingen. Hier soll daher stattdessen der Begriff »Pogrom« Verwendung finden, der aus dem Russischen stammt und »Verwüstung, Zerstörung, Krawall« bedeutet.

Um die Durchführung der Judenpogrome in Schleswig-Holstein rekonstruieren zu können, wird im vorliegenden Teil I dieser Untersuchung der Versuch unternommen, einen Bogen von den zentralen Vorgaben aus München über deren Vermittlung durch die Kieler Zwischeninstanzen bis zu den Geschehnissen in den einzelnen Städten und Dörfern Schleswig-Holsteins zu spannen. Im Mittelpunkt steht dabei ein »Bericht der SA-Gruppe Nordmark zu den Aktionen am 9./10. November 1938«. Die lokalen Ereignisse in Schleswig-Holstein können allerdings auf Grund der schwierigen Quellenlage und der gebotenen Kürze nur cursorisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit geschildert werden. – Für Teil II (GFH 4/1988) ist vorgesehen, die Reaktionen der Justiz auf die verübten Verbrechen unter rechtsgeschichtlichen Aspekten kurz zu beleuchten. Abschließend soll dann eine zusammenfassenden Einordnung der November-Pogrome in die nationalsozialistische Judenpolitik insbesondere des Jahres 1938 erfolgen.

In fast allen Bundesländern sind während der vergangenen Jahrzehnte umfangreiche Dokumentationen zur Geschichte der Juden und ihrer Verfolgung unter dem Nationalsozialismus entstanden. Schleswig-Holstein bildet dabei jedoch eine der Ausnahmen. Und so finden sich nur in der vorzüglichen Quellenedition von

Lawrence D. Stokes zur Geschichte Eutins zwischen 1918 und 1945, in einem Wegweiser zu den jüdischen Stätten in Lübeck von Albrecht Schreiber, in den Staatsexamensarbeiten von Dietrich Hausschildt und Harald Kirschnick sowie einigen Broschüren und Aufsätzen, insbesondere von Ole Harck, verstreute Angaben zu den Geschehnissen am 9./10. November 1938 in Schleswig-Holstein.<sup>1</sup> Die Ursachen für diesen desolaten Forschungsstand sind sicher vielfältig – und zu ihnen gehören die Versäumnisse des Landesarchivs bei der Sicherstellung von Akten aus der NS-Zeit wohl ebenso wie die bis in die 70er weitverbreiteten Auffassung, bei der Landesgeschichte handle es sich um einen »absterbenden Zweig« der historischen Wissenschaft.<sup>2</sup> Zudem entwickelte sich Schleswig-Holstein nach 1945 zu einem Refugium für NS-Täter. Nicht wenige gelangten in führende Positionen und hatten aus naheliegenden Gründen kein besonderes Interesse daran, für die Erforschung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu sorgen.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund kann die hier wiedergegebene organisationsgeschichtliche Skizze allenfalls einen Ansatz zur systematischen Erforschung zu der im Lande verübten NS-Verbrechen im allgemeinen und der Verfolgung des jüdischen Bevölkerungsteils im besonderen darstellen.

### *1. Das Pariser Attentat und die Ereignisse in München:*

#### *Eine Verzweiflungstat und die Inszenierung der Pogrome*

In den frühen Morgenstunden des 7. November 1938 wurden in der Deutschen Botschaft zu Paris zwei Schüsse auf den Legationsrat Ernst vom Rath abgegeben. Der schwerverletzte Diplomat rang darauf über zwei Tage lang mit dem Tode. Als Täter verhaftete die französische Polizei den 17jährigen Juden Herschel Grynszpan, der als Sohn polnischer Einwanderer in Hannover geboren war. Der Jugendliche hatte einen Tag zuvor die Pariser Wohnung seines Onkels im Streit verlassen, in einem Hotel übernachtet und morgens einen Revolver gekauft, mit dem er in die Deutsche Botschaft ging, dort auf den Legationsrat vom Rath stieß und nach kurzem Wortwechsel das Feuer eröffnete. Sowohl bei Begehung der Tat, als auch nach seiner Festnahme erklärte Herschel Grynszpan, dessen Aufenthaltserlaubnis in Frankreich bereits am 15.8.1938 abgelaufen war, daß ihn die Abschiebung seiner Eltern und Geschwister aus Deutschland nach Polen zu dem Attentat veranlaßt habe.<sup>4</sup>

Nachdem die polnische Regierung im Zuge ihrer antisemitischen Politik nämlich die in Deutschland lebenden Juden polnischer Staatsangehörigkeit ab 30.10. 1938 ausbürgern wollte, um sie damit an einer Rückkehr in die Heimat zu hindern, hatte der »Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei«, Heinrich Himmler, seine Dienststellen am 26. 10. 1938 angewiesen, die Juden polnischer Nationalität kurzerhand nach Osten über die Grenze abzuschieben. In den folgenden Tagen wurden etwa 17000 Personen festgenommen und per Bahn an die polnische Grenze transportiert. Doch Polen verweigerte ihnen die Enreise. So irrten

Abgeschobene im Niemandsland hin und her, und in Zbaszyn, der Grenzstation an der Hauptstrecke Berlin-Posen, wurden die Ankommenden tagelang im überfüllten Bahnhof festgehalten, bis die polnischen Behörden sie in sogenannten »Baracken«, bei denen es sich um halboffene Pferdeställe der Armee handelte, internierte. Zu den so nach Zbaszyn gelangten Juden gehörte auch die Familie Grynszpan aus Hannover. Durch eine Postkarte der Mutter hatte Herschel Grynszpan in Paris am 3. 11. 1938 von ihrem Schicksal erfahren – und am folgenden Tag las er weitere Einzelheiten über die bedrückende Situation der Abgeschobenen in der Zeitung.<sup>5</sup>

Die Nachricht vom Attentat auf den Legationsrat vom Rath in Paris durch einen Juden polnischer Herkunft hatte Propagandaminister Joseph Goebbels sofort aufmerken lassen. Denn bei ihm handelte es sich um einen nicht weniger pathologischen Judenhasser als bei seinem »Führer« oder dem von vielen Deutschen als »gemütlich« geschätzten Hermann Göring. Zudem war Goebbels unablässig um seinen Einfluß bei Hitler besorgt. Und im Fall Grynszpan witterte er nun die Chance, sich einmal mehr profilieren zu können.<sup>6</sup> So mußten die deutschen Tageszeitungen am 8. November 1938 in großer Aufmachung über das Attentat berichten, und in einem Leitartikel des »Völkischen Beobachters« wurde bereits mit drohendem Unterton der »Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage« angekündigt.<sup>7</sup> Schon in der Nacht zum 9. November 1938 kam es in Hessen und der Umgebung von Magdeburg zu ersten antisemitischen Ausschreitungen.

Während sich der Zustand des Legationsrats Ernst vom Rath in Paris weiter verschlechterte, sollten am 9. November 1939 überall im Reich die sogenannten »Revolutionsfeierlichkeiten« der NSDAP stattfinden. Dabei jährte sich 1938 Hitlers mißglückter Putschversuch, den die Bayerische Landespolizei am 9. 11. 1923 beim »Marsch auf die Feldherrnhalle« ohne viel Aufhebens beendet hatte, zum 15. Male. Neben »Führers Geburtstag« am 20. April galt der 9. November als höchster Feiertag der »nationalsozialistischen Bewegung« – und war z. B. ein regelmäßiger Beförderungstermin für die Angehörigen der SS. Anders als die Nürnberger Parteitage wurden die Veranstaltungen zum 9. November dezentral organisiert. Und während in Nürnberg Aufmärsche und Massenkundgebungen das Bild prägten, herrschte am 9. November eine bierseelige und rauchgeschwängerte Wirtshausatmosphäre vor, bei der nostalgische Erinnerungen an die »Kampfzeit« von SA und NSDAP vor 1933 beschworen wurden.<sup>8</sup> In München, dem eigentlichen Ort des Geschehens, versammelten sich nur jene »alten Kämpfer«, die sich zur Kerntruppe ihres »Führers« rechnen durften. Aus Schleswig-Holstein zählten dazu insbesondere der Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse sowie der SA-Obergruppenführer und Kieler Polizeipräsident Joachim Meyer-Quade. Der 9. November 1938 verlief wie gewohnt: Am Vorabend hatte Hitler im »Hofbräuhaus« gesprochen, mittags fand der »feierliche Gedenkmarsch zur Feldherrnhalle« statt

und für 20 Uhr war der obligate »Kameradschaftsabend« mit einer Ansprache Hitlers im »Alten Rathaus« angesetzt.

Um 17.30 Uhr starb Ernst vom Rath in Paris. Goebbels ließ die Nachricht jedoch zunächst zurückhalten. So konnte der »Kameradschaftsabend« im »Alten Rathaus« wie vorgesehen beginnen. Erst beim Essen wurde Hitler um 21.00 Uhr Meldung über den Tod des Legationsrats gemacht. Darauf kam es noch bei Tisch zu einer längeren und intensiven Unterredung zwischen Hitler und Goebbels, von der auch die in der Nähe sitzenden »alten Kämpfer« nichts verstanden. Kurze Zeit später verließ Hitler überraschend die Versammlung, ohne gesprochen zu haben. Um etwa 22.00 Uhr ergriff dann Joseph Goebbels das Wort. Zu seinen etwa halbstündigen Ausführungen stellte das Oberste Parteigericht der NSDAP in einem Bericht vom 13. 2. 1939 zusammenfassend fest: »Am Abend des 9. November teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den... versammelten Parteiführern mit, daß es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesetzt worden. Der Führer habe auf seinem Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten. ... Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nach außen hin nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort – also geraume Zeit vor der Durchgabe des ersten Fernschreibens – von einem großen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gaue weitergegeben.«<sup>9</sup> Tatsächlich löste sich der »Kameradschaftsabend« nach der Rede von Goebbels um 22.30 Uhr auf. Die Partei- und SA-Führer versuchten, ihren Stellvertretern in den Heimatgauen telefonisch Anweisungen für die beabsichtigten Aktionen zu erteilen. Die Inszenierung der Pogrome hatte begonnen.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers-SS, Reinhard Heydrich, wurde um 23.15 Uhr im Münchner »Hotel Vier Jahreszeiten« von der Nachricht über die anlaufenden Aktionen überrascht. Er ließ sofort bei Heinrich Himmler, der sich zu dieser Zeit bei Hitler in dessen Münchner Privatwohnung an der Äußeren Prinzregentenstraße aufhielt, nähere Weisungen einholen. Himmler fragte seinen »Führer«, was zu veranlassen sei, und legte dessen Weisungen einige Stunden später in einem Aktenvermerk schriftlich nieder: »Der Führer antwortete mir, daß sich die SS aus dieser Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen.«<sup>10</sup> Heydrich wurde darüber sofort informiert – und bereits um 23.55 Uhr wies sein in Berlin befindlicher Gestapo-Chef Heinrich Müller in einem Fernschreiben sämtliche Staatspolizei(leit)stellen an, die

bevorstehenden Aktionen nicht zu stören, Archivmaterial aus den Synagogen sicherzustellen und 20-30000 »vermögende« Juden in »Schutzhaft« zu nehmen.<sup>11</sup> Nachdem Hitler und Himmler zwischen 24.00 und 1.00 Uhr die Vereidigung der neuen SS-Rekruten auf dem Odeonsplatz abgenommen hatten, erteilte der »Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei« seinen Mitarbeitern im »Hotel Vier Jahreszeiten« weitere Instruktionen. So konnte Reinhard Heydrich seine Weisungen an Gestapo und SD um 1.20 Uhr in einem weiteren Blitz-Fernschreiben dahingehend präzisieren, daß die Aktionen »keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen« dürften, Plünderungen zu vermeiden seien und ausländische Juden verschont werden sollten.<sup>12</sup> Kurz darauf scharte Himmler auch die in München versammelten SS-Führer um sich und verbot eine Beteiligung der allgemeinen SS an den Aktionen. Die SS-Führer gaben diesen Befehl ab 1.30 Uhr wiederum telefonisch an ihre Heimatdienststellen weiter.<sup>13</sup>

Doch die Befehle an Gestapo, SD und SS, sich bei den Ausschreitungen zurückzuhalten, zeitigten nur eine begrenzte Wirkung. Insbesondere konnte eine Beteiligung der allgemeinen SS, bei der es sich ja um eine Parteiformation handelte, an den Pogromen nicht mehr verhindert werden. Und mancherorts – wie etwa in Hannover – war es sogar vor allem die SS, die bei den Ausschreitungen in Erscheinung trat.<sup>14</sup> Denn lange bevor die Fernschreiben Heydrichs und die mündlichen SS-Befehle bei den lokalen Formationen eintrafen, hatten sich die Anweisungen der Partei- und SA-Führer nach dem Schneeballsystem überall im Reich verbreitet. Dabei konnten auf Grund der mündlichen Weitergabe dieser Anweisungen natürlich auch Übermittlungsfehler nicht ausbleiben. Und so stellte das Oberste Parteigericht in seinem Bericht vom 13. 2. 1939 ebenfalls fest, daß es vor Ort z. B. hieß: »Nicht der Jude Grünspan, das gesamte Judentum trage die Schuld an dem Tod des Pg. vom Rath, das Deutsche Volk nehme infolgedessen Rache am gesamten Judentum, im ganzen Reich brennten die Synagogen, jüdische Wohnungen und Geschäfte seien zu verwüsten,... die Aktion werde auf Befehl des Führers durchgeführt, die Polizei sei zurückgezogen, Pistole sei mitzubringen, bei geringstem Widerstand sei rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen, als SA-Mann müsse nun jeder wissen, was er zu tun habe, usw. ...«<sup>15</sup> Bei dieser »Befehlslage« aber waren alle Schleusen geöffnet. Die Pogrome hatten ihre Inszenierung erfahren. Und sie brachen in den frühen Stunden des 10. November 1938 mit einer Intensität los, die alle Erwartungen – auch in Schleswig-Holstein – weit übertraf.

## *2. Die Umsetzung der Anweisungen aus München durch die »SA-Gruppe Nordmark« in Kiel: »Blut muß mit Blut bezahlt werden...«*

Über die Weitergabe und Umsetzung der Weisungen aus München für die Durchführung der Judenpogrome in Schleswig-Holstein gibt das nachfolgend erstmals korrekt und vollständig wiedergegebene Dokument Auskunft.<sup>16</sup> Es umfaßt

im Original vier Schreibmaschinenseiten, die mit doppeltem Zeilenabstand großzügig beschrieben sind, und alle den Briefkopf »SA der NSDAP/ Der Führer der Gruppe Nordmark« tragen (siehe Abb. 2). An vier Stellen sind handschriftliche Änderungen bzw. Hinzufügungen im Text vorgenommen worden, die hier in kursiver Schrift wiedergegeben werden, während die ursprünglichen Angaben in der normalen Schrifttype, aber in Klammern gesetzt, erscheinen. Das Dokument trägt auf der ersten Seite einen Bearbeitungsvermerk des schleswig-holsteinischen Gauleiters und Oberpräsidenten Hinrich Lohse, der ebenfalls in kursiver Schrift wiedergegeben wird. Von Lohse stammen mit großer Wahrscheinlichkeit auch die handschriftlichen Änderungen bzw. Hinzufügungen im laufenden Text. Bei der Wiedergabe sind offenkundige Schreibfehler und die Interpunktion stillschweigend korrigiert worden.

SA der NSDAP

Der Führer der Gruppe Nordmark

Abteilung

Breifb.-Nr.

Betrifft:

Bezug:

Kiel, den 9. Dezember 1938.

Niemannsweg 46a. Fernruf: Kiel 7007-7009

Bankkonto: Landesbank Kiel

Postscheckkonto:

SA Gruppe Nordmark Kiel, Hamburg 85771

Bericht

der

SA-Gruppe Nordmark zu der Aktion in der Nacht  
vom 9./10. November 1938

*Mit Lütt besprochen*

*10/12 L.*

Als am 9. November abends etwa 22.00 Uhr im Hotel »Schottenhammel« in München durch einen mir unbekanntem Parteigenossen der Reichsleitung der N.S.D.A.P. einigen der dort versammelten Gauleitern die Notwendigkeit der Aktion mitgeteilt wurde, habe ich dem Gauleiter Hinrich Lohse die Mitwirkung der SA-Gruppe Nordmark freiwillig und unaufgefordert angeboten.

Daraufhin rief ich den Stabsführer der SA-Gruppe Nordmark, Oberführer Volquardsen, in Kiel an und übermittelte Folgendes etwa um 23.20 Uhr:

»Ein Jude hat geschossen. Ein deutscher Diplomat ist tot. In Friedrichstadt, Kiel, Lübeck und anderswo stehen völlig überflüssige Versammlungshäuser. Auch Läden haben diese Leute bei uns noch. Beide sind überflüssig. Es darf nicht geplündert werden. Es dürfen keine Mißhandlungen Vorkommen. Ausländische Juden dürfen nicht angefaßt werden. Bei Widerstand von der Waffe Gebrauch machen. Die Aktion muß in Zivil durchgeführt werden und um 5.00 Uhr beendet sein.«

Um 23.40 Uhr rief ich meinen Vertreter im Polizeipräsidium Kiel, Oberregierungsrat Dr. Deutschbein, an und unterrichtete ihn über diesen Vorgang. Ich wies ihn an, den Kommandeur zu benachrichtigen und sich mit dem Oberführer Volquardsen und der Staatspolizei in Verbindung zu setzen.

Von hier ab berichtet der Oberführer Volquardsen folgendermaßen:

## S. 2

In der Nacht vom 9./10. November bekam ich um etwa 23.30 Uhr aus München von Obergruppenführer Meyer-Quade telefonisch den Befehl, die Synagogen im Gruppengebiet mit Männern in Zivil zu vernichten, desgleichen die Läden der reichsdeutschen Juden zu zerstören. Daraufhin habe ich folgendes veranlaßt:

Wegen der an diesem Abend durchgeführten Feiern zum 9. November befanden sich viele SA-Führer in den Lokalen der Stadt, von diesen erhielten einige von mir den Befehl, sich sofort in Zivil auf die Gruppe zu begeben. Von der Gruppe aus befahl ich durch Blitzgespräche

dem Oberführer Claussen	in Schleswig	(Brigade 16),
dem Oberführer Währer	in Lübeck	(Standarte 162),
dem Standartenführer Köhler	in Heide	(Standarte 85) und
dem Standartenführer Becker	in Pinneberg	(Standarte 265)

die Synagogen in ihrem Gebiet zu vernichten, desgleichen die noch vorhandenen Geschäfte reichsdeutscher Juden. Es dürften dabei keine Plünderungen und keine Mißhandlungen Vorkommen. Bei Widerstand sei von der Waffe Gebrauch zu machen. Ausländische Juden müßten in Ruhe gelassen werden. Die Aktion sei in Zivil durchzuführen. Zeit bis zum 10. November 5.00 Uhr.

Auf der Gruppe versammelten sich unterdessen verschiedene Führer und Männer des Gruppenstabes und verschiedene SA-Führer aus dem Standort Kiel. Ich wurde dann in dieser Sache vom Adjutanten des Gauleiters, Pg. Beckmann, angerufen, desgleichen von der Staatspolizei und vom Vertreter des Polizeipräsidenten. Die Gespräche ließen erkennen, daß alle drei bereits unterrichtet waren. Ich

## S. 3

bat den Pg. Beckmann sowie einen Beamten der Staatspolizei auf die Gruppe zu kommen. Dies geschah auch. Zuletzt waren auf der Gruppe versammelt:

Der Kreisleiter der NSDAP, Kreis Kiel, Pg. Otto Ziegenbein,  
der Adjutant des Gauleiters, Pg. Beckmann,  
der Führer des SS-Abschnitts XX, SS-Standartenführer Schulz,  
ein Verbindungsbeamter der Kriminalpolizei, Kriminalkommissar Jung,  
mehrere Beamte der Staatspolizei unter *Kommissar Hein* (Assessor Böhme),  
einige Angehörige des Sicherheitsdienstes *unter Führung von Schiersky*  
ca. 20 SA- und SS-Führer in Zivil

In der Zwischenzeit hatte ich durch den Polizei-Offizier vom Dienst die in den einzelnen Revieren befindlichen Wohnungen und Geschäfte der reichsangehörigen Juden aufgegeben bekommen. Wir ordneten einstimmig an, die Juden der Stadt Kiel festzunehmen und im Polizeipräsidium einzuliefern.

Von mir wurden dazu alarmiert:

die Gruppenschule Stift,  
die Marine-SA-Schule Düsternbrook,  
der Verband zur See und  
ein weiterer Teil des Gruppenstabes.

Zeit und Sammelplatz: 3.30 Uhr Adolf-Hitler-Platz (vor dem Stadttheater), alles Zivil. Für die Durchführung der Festnahme aller Juden wurde für jede Wohnung und für jeden Laden ein Führer bestimmt, dem drei bis vier Mann zugeteilt wurden. Die Kriminalpolizei stellte an jedem Laden nach Durchführung der Aktion einen Beamten als Posten auf. Diese Aktion begann schlagartig um 3.45 Uhr.

In der spontanen Erregung über die jüdische Mordtat an dem

#### S. 4

Gesandtschaftsrat vom Rath waren alle Anwesenden einheitlich der Meinung, daß Blut mit Blut bezahlt werden müßte und daß für den ermordeten Parteigenossen vom Rath mindestens zwei Juden aus Kiel mit dem Tode zu büßen hätten. Es wurden deshalb auf einer Liste, die *Schiersky* (der Assessor Böhme) hatte, und die einige der politisch gefährlichsten Juden enthielt, diejenigen festgestellt, die sich noch in Kiel aufhielten. Es waren das der Jude Lask und der Jude Leven. Beide sollten verhaftet und bei der geringsten Regung erschossen werden. Dazu wurde eingeteilt:

je ein Angehöriger der SA und SS, die begleitet waren von

je einem Beamten der Staatspolizei.

Die beiden Kommandos erhielten die entsprechenden Befehle und setzten sich in Marsch. Gegen Morgen wurde bekannt, daß die beiden Juden in schwerverletztem Zustand in die Chir.Klinik der Universität eingeliefert worden seien. Damit war die Aktion abgeschlossen. Es ist nachzutragen, daß die beiden schwerverletzten Juden sich auf dem Wege der Besserung befinden.

Der Stabsführer der  
Gruppe Nordmark:  
*Volquardsen*,  
Oberführer

Der Führer der SA-Gruppe Nordmark  
*J. Meyer-Quade*  
Obergruppenführer.

Im Rahmen einer quellenkritischen Einordnung des vorstehenden Dokuments ergibt sich zunächst die Frage, in welchem Zusammenhang der »Bericht der SA-Gruppe Nordmark« entstand, und welche Intentionen die Verfasser damit verfolgten. Dazu geben die Überlieferungsgeschichte und der archivalische Zusammenhang allerdings keine Auskunft. Denn das Original findet sich in einem Ordner der im Bundesarchiv überlieferten »Sammlung Schumacher«, die erst nach 1945 aus verschiedenen NS-Aktenbeständen wider das archivistische Provenienzprinzip zusammengestellt wurde.<sup>17</sup> Aufschlußreich ist jedoch der Umstand, daß der »Stellvertreter des Führers«, Rudolf Heß, den Reichsleitern, Gauleitern, Führern der Gliederungen und Leitern der angeschlossenen Verbände der NSDAP am 7. 12. 1938 – also zwei Tage vor Abfassung des »Berichts der SA-Gruppe Nordmark« – mitgeteilt hatte, daß das Oberste Parteigericht der NSDAP mit einer Untersuchung der Ausschreitungen am 9./10. November 1938 befaßt sei.<sup>18</sup> Mit dieser Untersuchung, in die auch die Gaugerichte der NSDAP eingeschaltet wurden, sollten vor allem Strafverfolgungsmaßnahmen der

ordentlichen Justiz unmöglich gemacht werden (vgl. hierzu Kapitel 4 im Teil II der vorliegenden Arbeit), dabei mußten aber auch die antisemitischen Ausschreitungen in Schleswig-Holstein ins Blickfeld rücken. Und in diesem Zusammenhang ist die von Hinrich Lohse stammende, handschriftliche Notiz »Mit Lütt besprochen« auf dem wiedergegebenen Dokument sehr aufschlußreich. Denn bei »Lütt« handelte es sich um den Leiter des schleswig-holsteinischen Gaugerichts, Hans Wilhelm Lütt, mit dem Lohse schon in den vorausgegangenen Jahren eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte – etwa als es um die Absetzung des stellvertretenden Gauleiters und Altonaer Oberbürgermeisters Emil Brix ging. Über Lütt scheint das wiedergegebene Dokument schließlich an das Oberste Parteigericht der NSDAP gelangt zu sein, in dessen bereits mehrfach zitiertem Bericht sich nämlich sogar eine Passage – » ... daß für das Blut des Pg. vom Rath Judenblut fließen müsse ... « – fand, die wohl dem »Bericht der SA-Gruppe Nordmark« entlehnt war.<sup>19</sup> Jedenfalls entsprach es auch der üblichen Vorgehensweise des schleswig-holsteinischen Gauleiters und Oberpräsidenten Lohse, sich gegenüber einer Untersuchung etwa der Mordversuche an den Juden Lask und Leven in Kiel rechtzeitig abzusichern, indem er einen entsprechenden Bericht der »SA-Gruppe Nordmark« anforderte und ihn mit dem zuständigen Gaurichter Lütt besprach. Der 1896 in Mühlenbarbek (Kreis Steinburg) geborene Lohse, der aus kleinbäuerlichen Verhältnissen stammte, hatte es zum kaufmännischen Angestellten und Bankbeamten gebracht, bevor er 1925 Gauleiter in Schleswig-Holstein wurde, das sich in den Folgejahren zu einem der eigentlichen »Kernlande« des Nationalsozialismus entwickelte. 1933 auch zum Oberpräsidenten avanciert, profilierte sich Lohse im Gegensatz zu Gauleiter-Kollegen wie Julius Streicher oder Erich Koch weder durch besondere antisemitische Hetzkampagnen, noch durch ein absolutistisches Regiment, so daß nach außen das Bild eines zwar etwas kleinkarierten, aber im Grunde doch biedereren Mannes entstand. Tatsächlich aber nutzte Hinrich Lohse seine Ämter nicht nur zur persönlichen Bereicherung aus, sondern schreckte auch vor verbrecherischen Handlungen nicht zurück. Als »Reichskommissar für das Ostland« war er ab 1941 federführend an der Vernichtung der europäischen Juden beteiligt.<sup>20</sup> Auch hatte Lohse am 9. November 1938 in München ja nichts gegen »die Mitwirkung der SA-Gruppe Nordmark« an den Judenpogromen in Schleswig-Holstein einzuwenden.

Diese Mitwirkung war ihm vom zweiten Unterzeichner des wiedergegebenen Dokuments, dem SA-Obergruppenführer und Kieler Polizeipräsidenten Joachim Meyer-Quade, angeboten worden. Der 1897 in Düsseldorf geborene Meyer-Quade hatte nach 1920 eine landwirtschaftliche Ausbildung in Schleswig-Holstein absolviert, dann als Agrarjournalist gearbeitet und 1925 seinen Aufstieg in der SA zum »Führer der Gruppe Nordmark« begonnen. Vor seiner Ernennung zum Kieler

Polizeipräsidenten amtierte Meyer-Quade 1933/34 noch als Landrat in Schleswig, wo er besonders rabiate, antisemitische Aktenvermerke hinterließ.<sup>21</sup> Über den Erstunterzeichner des wiedergegebenen Dokuments, den »Stabsführer der SA-Gruppe Nordmark« Carsten Volquardsen, konnte bislang nur in Erfahrung gebracht werden, daß er 1902 geboren war.<sup>22</sup> Mithin handelte es sich um die Anstifter und Hauptakteure der Judenpogrome in Schleswig-Holstein, die hier über ihre Taten berichtet, bzw. wie Gauleiter Lohse den vorliegenden Text »besprochen« und möglicherweise auch verändert haben. Dabei war das wiedergegebene Dokument offenbar zur Vorlage beim Obersten Parteigericht bestimmt, um weitere Untersuchungen unnötig erscheinen zu lassen, und hat dort wohl auch vorgelegen.<sup>23</sup> Dies zwingt aber zu besonderer quellenkritischer Vorsicht gegenüber dem »Bericht der SA-Gruppe Nordmark«, denn die Verfasser wollten sich damit natürlich nicht selbst belasten, sondern ihr Vorgehen nach Möglichkeit rechtfertigen. So stimmt denn auch der ganze militärisch-exakte Stil der Darstellung – wie noch zu zeigen sein wird – mit den tatsächlichen Geschehnissen am 9./10. November 1938 nicht überein. Weder begannen die Ausschreitungen »schlagartig« um 3.45 Uhr, noch wurden die ausländischen Juden »in Ruhe gelassen«, oder die Pogrome am 10. November 1938 um 5.00 Uhr beendet. Insbesondere die Planung der Mordanschläge auf die Kieler Juden Lask und Leven erfuhr mit der offiziellen Sprachregelung von »der spontanen Erregung« eine Rechtfertigung, und die Verantwortung wurde bei »allen Anwesenden« plaziert. Damit aber konnten konkrete Nachforschungen »abgebogen« werden – und die Angehörigen der Mord-Kommandos wurden tatsächlich nie ermittelt.

Trotz solcher Einschränkungen darf der Quellenwert des vorliegenden Dokuments nicht zu gering veranschlagt werden. Denn die Berichterstatter und ihr Gauleiter konnten sich gegenüber weiteren Nachforschungen wohl von daher in Sicherheit wiegen, als sie bereits erwarteten, daß das Oberste Parteigericht auf Grund der unklaren Befehlsverhältnisse »die Verantwortung nach oben verschieben« würde, was dann auch tatsächlich geschah.<sup>24</sup> Vor allem aber hat die im nachfolgenden Kapitel skizzierte Auswertung von Straf- und Ermittlungsakten der Justizbehörden aus der Zeit nach 1945 ergeben, daß der äußerste Ablauf der Judenpogrome in Schleswig-Holstein im vorliegenden Dokument weitgehend richtig wiedergegeben wurde – jedenfalls was die Weitergabe und Umsetzung der Anweisungen aus München betraf. Dabei waren im einzelnen folgende organisatorische Schritte auf den verschiedenen Ebenen zu unterscheiden:

1.) Gauleiter und Oberpräsident Lohse akzeptierte kurz nach 22.30 Uhr in München das Angebot für »die Mitwirkung der SA-Gruppe Nordmark« an den Judenpogromen. Der SA-Obergruppenführer und Kieler Polizeipräsident Meyer-Quade leitete die entsprechenden Weisungen daraufhin zwischen 23.00 und 24.00 Uhr telefonisch an den »Stabsführer der SA-Gruppe Nordmark« Volquardsen in Kiel weiter. Die im ersten Satz des vorliegenden Dokuments enthaltene Zeitangabe »um

etwa 22.00 Uhr« für die Einholung der Zustimmung Lohses zur Durchführung der Pogrome ist allerdings unzutreffend. Zwar konnte nicht geklärt werden, ob Lohse am »Kameradschaftsabend« im »Alten Rathaus« teilnahm und dort selbst die Rede von Goebbels hörte, aber ihr Inhalt konnte jedenfalls erst nach Beendigung der Veranstaltung bekannt werden, so daß auch Meyer-Quade erst nach 22.30 Uhr in der Lage war, Lohse »die Mitwirkung der SA-Gruppe Nordmark« anzubieten. Meyer-Quade selbst hatte offenbar erst im Münchner Hotel »Schottenhammel« von einem unbekanntem NSDAP-Mitarbeiter erfahren, daß etwas im Gange war.

2.) Nachdem der »Stabsführer der SA-Gruppe Nordmark« Volquardsen in Kiel die Weisungen Meyer-Quades entgegengenommen hatte, begann er nach 23.30 Uhr wiederum telefonisch, die wichtigsten SA-Führer in Schleswig-Holstein entsprechend zu instruieren. Der »SA-Gruppe Nordmark« unterstanden 1938 die drei Brigaden 14 »Ostholstein«, 15 »Westholstein« und 16 »Schleswig«, die Marinebrigade 4 »Nordmark« sowie drei Reiter-Standarten, ein Hilfswerklager und die Führerschule »Gut Stift«. Die einzelnen Brigaden untergliederten sich wiederum in vier bis sechs Standarten bzw. Reserve-Standarten.<sup>25</sup> Volquardsen alarmierte von der Brigade 16 »Schleswig« den Oberführer Clausen in Schleswig, von der Brigade 14 »Ostholstein« den Oberführer Dr. Währer in Lübeck (Standarte 162) und von der Brigade 15 »Westholstein« den Standartenführer Köhler in Heide (Standarte 85) sowie den Standartenführer Becker in Pinneberg (Standarte 265). Bei der Alarmierung dieser SA-Führer dürfte sowohl die Frage ihrer Erreichbarkeit als auch ihres Standortes (Nähe zu jüdischen Synagogen und Einrichtungen) eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Nach der telefonischen Unterrichtung waren die genannten SA-Führer für die weitere Umsetzung der Befehle in ihren jeweiligen Bezirken allein verantwortlich.

3.) Der »Stabsführer der SA-Gruppe Nordmark« Volquardsen setzte daneben auch die Kieler SA-Führer über die Weisungen aus München in Kenntnis. Er arrangierte zudem die Besprechung im Gebäude der »SA-Gruppe Nordmark«, die wegen der zahlreichen Telefonate und Rücksprachen allerdings kaum vor 1.00 Uhr begonnen haben dürfte und mit Sicherheit bis 3.00 Uhr abgeschlossen wurde. Dabei war diese Besprechung von Repräsentanten der Gau- und Kreisleitung der NSDAP, der SA, der SS, des SD, der Gestapo und der Kriminalpolizei ein außergewöhnlicher Vorgang. Denn andernorts kam es auf Grund der unterschiedlichen Befehlswege von Partei und SA einer- sowie von Gestapo und SS andererseits zu vollkommen unkoordinierten Aktionen oder gar zu Reibereien und Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Formationen. In Kiel aber wurde durch die Besprechung für ein Zusammenwirken der unterschiedlichen Kräfte gesorgt, wobei die »harmonische Atmosphäre« in den Mordplänen gegen die Juden Lask und Leven gipfelte. Dabei hatte diese Besprechung vor allem lokale Bedeutung, wirkte über die Repräsentanten sämtlicher beteiligten Mittelinstanzen aber wohl ebenfalls auf die Aktionen im übrigen Schleswig-Holstein zurück.

Die Anweisungen aus München hatten somit ihre Umsetzung durch die »SA-Gruppe Nordmark« in Kiel erfahren. Kurz darauf sollten auch in der nördlichsten Provinz des Reiches die antijüdischen Ausschreitungen beginnen. Die Lunte an das Pulverfaß des Antisemitismus war gelegt.

### 3. Zum Ablauf der Judenpogrome in Schleswig-Holstein:

*»Das alte Kampflied der SA ‚Halloh, die Synagoge brennt‘ wurde Wirklichkeit...«*

Der folgende Versuch, den Ablauf der Judenpogrome in Schleswig-Holstein überblickartig darzustellen, folgt den Geschehnissen in den Bezirken der drei schleswig-holsteinischen SA-Brigaden, wobei zunächst auf die unmittelbar von der »SA-Gruppe Nordmark« beeinflussten Aktionen in Kiel eingegangen wird. Anschließend sollen dann die Ausschreitungen im Gebiet der Brigade »Ostholstein« (Lübeck, Bad Segeberg), der Brigade »Westholstein« (Elmshorn, Rendsburg) und der Brigade »Schleswig« (Flensburg, Friedrichstadt, Kappeln, Satrup) geschildert werden.

Diese Darstellung muß allerdings unvollständig und cursorisch bleiben. Zwar sind die einschlägigen Straf- und Ermittlungsakten der schleswig-holsteinischen Justizbehörden aus der Zeit nach 1945 im Landesarchiv, einige verstreute Hinweise in den Akten der Spruchgerichte für die Britische Zone im Bundesarchiv sowie die landesgeschichtliche Literatur hinsichtlich der Ausschreitungen am 9./10. November 1938 in Schleswig-Holstein herangezogen und ausgewertet worden.<sup>26</sup> Aber wie bereits dargelegt, ist der Forschungsstand zur Geschichte der Juden und ihrer Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein außerordentlich schlecht. Auch haben die Staatsanwaltschaften bei den Spruchgerichten und in Schleswig-Holstein offenbar keinen Versuch unternommen, die antisemitischen Ausschreitungen systematisch und als Gesamtkomplex aufzuklären, wie dies in den Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen seit Anfang der 60er Jahre meist geschieht. Stattdessen begnügten sich die Staatsanwälte in den bis Anfang der 50er Jahre abgeschlossenen Verfahren offenbar damit, zufällig bekanntgewordene oder internierte Einzeltäter zu verfolgen. Schließlich konnte bislang auch der Verbleib einer Reihe von Straf- und Ermittlungsverfahren der schleswig-holsteinischen Justizbehörden nicht geklärt werden. Einige dieser Akten sind sogar vernichtet worden, was als skandalöser Vorgang bezeichnet werden muß, da der hohe zeitgeschichtliche Quellenwert von Straf- und Ermittlungsakten aus Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen seit langem bekannt und ihre archivische Sicherung mehrfach durch entsprechende Weisungen verfügt worden ist.<sup>27</sup>

### 3.1. Kiel

Hinsichtlich der Ereignisse in Kiel vom November 1938 ist zunächst auf die schon im vorstehenden Kapitel enthaltenen Angaben vor allem im »Bericht der SA-Gruppe Nordmark« hinzuweisen. Auch in der schleswig-holsteinischen Provinzhauptstadt hatte alles mit den »Revolutionsfeierlichkeiten« der NSDAP am Abend des 9. November 1938 begonnen.<sup>28</sup> Kreisleiter Otto Ziegenbein sprach auf einer Kundgebung vor dem Rathaus, und für die SA war »Dienst« angesetzt. Im weiteren Verlauf des Abends herrschte dann ein reges, vom zunehmenden Alkoholgenuß geprägtes Treiben in den SA-Sturmlokalen. Dort stellten sich gegen 1.00 Uhr auch die ersten höherrangigen SA-Führer ein, um »auf gut Glück« nach Aktivisten für die bevorstehenden Ausschreitungen zu suchen. Um 1.30 Uhr wurde ebenfalls der Führer des Pioniersturms Kiel-West aus dem Bett geholt. Ab 3.00 Uhr versammelten sich die mehr oder weniger alkoholisierten oder verschlafenen SA-Männer gemeinsam mit ihren eigens alarmierten und als besonders »zackig« geltenden Kameraden von der Marine-SA auf dem »Adolf-Hitler-Platz« vor dem Rathaus. Wer noch Uniform trug, erhielt eine Bürojacke aus dem Rathaus, um sie über das Braunhemd zu ziehen. Doch lange bevor die Versammelten angeblich »schlagartig« um 3.45 Uhr auf zwei LKW abrückten, hatten die Ausschreitungen begonnen.

Einzelne SA- und SS-Führer, die von ihren Kameraden bei der »SA-Gruppe Nordmark« über die bevorstehenden Aktionen informiert worden waren, hatten nämlich bereits eigene »Stoßtrupps« zusammengestellt. Und so wurde ab etwa 2.00 Uhr das Textil- und Bettengeschäft der jüdischen Familie Wincelberg am Knooper Weg 42 demoliert. Eine Horde mit Äxten und Beilen bewaffneter SA- und SS-Angehöriger zog anschließend um die Ecke zur Wohnung der Familie, deren Mitglieder ausländische Staatsangehörige waren. Über die weiteren Ereignisse berichtete der kurz darauf noch in die USA entkommene Sohn Wincelberg 1948: »Meine Eltern und ich wurden im Nachthemd mit vorgehaltener Pistole an die Wand gestellt. Während einige der Banditen die Wohnung sinnlos zerstörten, wurden wir erbarmungslos geschlagen, mit Drohung auf Erschießen... Ich erinnere mich... an Ausdrücke wie: 'Juden-Schweine!', 'Halts Maul - sonst schieße ich!'... Nach dem Überfall wurden mein Vater und ich von dem Haupt-Rädelsführer nur dürtig bekleidet durch die dunklen und kalten Straßen zum Polizeipräsidium geführt.«<sup>29</sup> Wie der Familie Wincelberg, so erging es in dieser Nacht zahlreichen Kieler Juden und ihrem Eigentum. Für alle Passanten deutlich sichtbar bot etwa das Pelzgeschäft »Hurtig« in der Holstenstraße am nächsten Morgen ein Bild der Verwüstung.

Schon gegen 3.00 Uhr war zudem ein SA-Vorauskommando bei der Kieler Synagoge an der Ecke Goethe-/Humboldtstraße eingetroffen. Die dort wohnende Witwe des Synagogenkastellans mußte das Gebäude öffnen – und sofort begannen die SA-Männer mit ihrem Zerstörungswerk. In 20-Liter Milchkanen wurde Benzin

herbeigeschafft und damit versucht, die Inneneinrichtung zu entzünden. Kurz darauf traf auch der Führer des SA-Pioniersturms Kiel-West mit seinem Sprengkoffer ein und verlegte sechs Patronen á 100 Gramm Sprengstoff im unteren Raum des massiven Gebäudes. Da die Patronen aber nicht ins Mauerwerk eingelassen wurden, blieb der durch die Sprengung selbst angerichtete Schaden relativ gering. Nur das Feuer wurde nun erst richtig entfacht. Unterdessen waren auch die SA-Männer vom Rathausplatz auf ihren LKW eingetroffen. Schließlich erschien ebenfalls die um 4.08 Uhr alarmierte Feuerwehr. Der Brandmeister war jedoch schon von Volquardsen instruiert worden, nicht den Brand in der Synagoge zu löschen, sondern lediglich die umliegenden Gebäude zu sichern. Über die Situation in der Goethestraße sagte der Führer des Pioniersturms Kiel-West 1947 aus: »Von einer gewissen Planung in der Durchführung konnte ... keine Rede sein, weil am Tatort alles durcheinanderlief und ein gewisses System fehlte.«<sup>30</sup> Die Inneneinrichtung der Kieler Synagoge wurde in dieser Nacht vernichtet – und in dem während des Bombenkrieges schließlich völlig zerstörten Gebäude sollte nie mehr ein Gottesdienst stattfinden.

Ab 3.00 Uhr morgens waren schließlich auch die Mordkommandos von Angehörigen der SA, SS und Gestapo unterwegs, um ihrer Opfer Lask und Leven habhaft zu werden, die zu den bekanntesten jüdischen Geschäftsleuten Kiels zählten. Der noch 1939 nach Großbritannien entkommene Leven berichtete 1946 über die Geschehnisse: »... um 3.30 Uhr morgens wurde ich durch Schläge an die Tür meiner Wohnung im Forstweg 77 geweckt.... Nachdem ich angezogen war, schlugen sie (die Angehörigen des Mordkommandos, Anm. K. Bä.) mich mit ihren Pistolen auf den Kopf und warfen mich die Treppe hinunter. Ich marschierte mit ihnen bis zur Moltkestraße, wo sie mir befahlen loszurennen. Ich weigerte mich zu rennen. Ich ging etwa drei Meter vor diesen Gangstern, als sie plötzlich gleichzeitig aus ihren Pistolen auf mich feuerten. Ich wurde von drei Schüssen getroffen, und sie ließen mich auf dem Bürgersteig liegen, damit ich dort stürbe.«<sup>31</sup> Ähnlich erging es in der Nacht zum 10. November 1938 auch Lask, der früher die Kieler Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten geleitet hatte und seit 1933 dem Vorstand der jüdischen Gemeinde angehörte. Sowohl Lask als auch Leven überlebten die Mordanschläge nur auf Grund glücklicher Umstände; beide emigrierten im Anschluß an die Genesung nach Großbritannien. – Während der Pogromnacht waren insgesamt 55 Juden aus Kiel festgenommen worden, d. H. nahezu alle jüdischen Männer der Stadt. Mindestens zehn von ihnen wurden an den folgenden Tagen in das KZ Sachsenhausen und ein weiterer in das KZ Dachau verschleppt; zwei andere bleiben noch längere Zeit in Kiel inhaftiert.

### 3.2. Lübeck

Die Vorgänge in Lübeck während der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 weisen manche Ähnlichkeiten, aber auch einige Abweichungen von den

Geschehnissen in Kiel auf.<sup>32</sup> Zunächst war es ebenfalls in der Hansestadt zu den obligaten Partei-Feierlichkeiten gekommen, die im »Kolosseum« an der Kronsforderallee stattfanden. Anschließend verlagerten sich die Feiern dann in die SA-Sturmlokale. Eine besondere Rolle sollte in dieser Nacht die Wirtschaft »Zum Schwarzen Bären« in der Mühlenstraße spielen. Dort nämlich hatte der SA-Oberführer Dr. jur. Georg Währer, ein 1893 in Lübeck geborener Rechtsanwalt, ehemaliger Freikorps-Kämpfer und Angehöriger der »Alten Garde« der NSDAP (Mitgliedsnummer 6287), vorübergehend sein »Hauptquartier« eingerichtet.<sup>33</sup> Bereits vor 24.00 Uhr war Währer fernmündlich von Volquardsen aus Kiel instruiert worden. Und daraufhin wurde zunächst auch der Sprengexperte des Lübecker Pioniersturms aus dem Bett geholt. Da er jedoch kein explosives Material bei sich hatte, mußte er mit dem Dienstwagen Währers nach Bad Oldesloe fahren, um dort aus einem SA-Übungsobjekt Robaurit zu holen. Auf Grund dichten Nebels waren die Sichtverhältnisse allerdings so schlecht, daß der Sprengexperte erst Stunden später wieder die Hansestadt erreichte.

Dr. Währer hatte unterdessen zunächst die im Lokal »Zum Schwarzen Bären« versammelten SA-Leute nach Hause geschickt, damit sie Zivilkleidung anlegen konnten. Um 1.30 Uhr sollten die SA-Angehörigen sich darauf wieder in der Wirtschaft einfinden. Währer hielt eine kurze Ansprache. Sein Adjutant teilte dann »Zerstörungstrupps« von je etwa fünf Mann ein. In den beiden folgenden Stunden wurden nahezu sämtliche jüdischen Geschäfte in der Lübecker Innenstadt demoliert. Die mit Äxten, Beilen und Brechstangen ausgerüsteten SA-Horden zogen kreuz und quer vom Ladenlokal Langner in der Mariesgrube über das Geschäft »Globus« und die Textilhandlung »Etam« in der Breiten Straße sowie ein Ladengeschäft in der Fleischhauer- und einen Kürschnerladen in der mittleren Huxstraße bis zu dem Geschäft von Hurtig in der Straße Schüsselbuden. Dabei wurde so »gründliche Arbeit« geleistet, daß in vielen Geschäften am Morgen sogar die Wasserleitungen zerstört waren. Passanten und Schaulustige schlossen sich dem johlend durch die Straßen ziehenden Mob an.

Gegen 4.00 Uhr klingelte der Lübecker Gestapo-Chef Kriminalrat John dann den Hausmeister der Synagoge in der St.-Annen-Straße wach. Er mußte das Gebäude öffnen und dafür sorgen, daß die anliegenden Wohnungen von ihren jüdischen Mietern geräumt wurden. John stellte einige ihm wertvoll erscheinende Kultgegenstände aus der Synagoge in einem Nebenraum sicher. Kurz darauf traf dann der Mob vor der Synagoge ein. In einem Urteil des Landgerichts Lübeck aus dem Jahre 1950 hieß es über die weiteren Geschehnisse: »Die Menge war in die Synagoge und in die Wohnungen der Juden eingedrungen. Die gesamte Inneneinrichtung der Synagoge und der Wohnungen der Juden wurde zerstört, insbesondere wurden sämtliche Fensterscheiben zerschlagen, die Vorhänge heruntergerissen, die Bilder zerschlagen, die Betten aufgeschnitten und die Ausgußhähne abgeschlagen. Es stand kein Ofen und kein Toilettenbecken

mehr.«<sup>34</sup> Ein an der Außenfront der Synagoge befestigter Davidstern wurden von Navigationsschülern heruntergerissen und als »Trophäe« zunächst in die Seefahrtsschule und später in die Wirtschaft »Zum Schwarzen Bären« gebracht. Von dort gelangte der Davidstern zur NSDAP-Kreisleitung, die ihn schließlich einer Altmetallsammlung zuführte. Am Ort des Geschehens waren endlich auch der bestellte Sprengstoff, der SA-Oberführer Währer und der Lübecker Polizeipräsident und SS-Führer Walther Schröder eingetroffen. Währer wollte die Synagoge sprengen lassen. Doch Schröder trat dem unter Hinweis auf die angrenzenden Gebäude, zu denen das St.-Annen-Museum gehörte, entgegen. Es kam zu einem erregten Wortwechsel, aber schließlich konnte sich der 1902 in Lübeck geborene Polizeipräsident durchsetzen, der schon seit 1932 dem Reichstag angehörte, bis 1937 als Kreisleiter in seiner Heimatstadt fungiert hatte und zu den aufstrebenden Nachwuchskräften unter den SS-Führern zählte. Schröder handelte bei der Verhinderung der Sprengung im übrigen sicher nicht aus philosemitischen Motiven – denn nur drei Jahre später beteiligte er sich als »SS- und Polizeiführer Lettland« federführend an der Vernichtung der europäischen Juden.<sup>35</sup>

### 3.3. *Bad Segeberg*

Über die weiteren Ereignisse im Bereich der Brigade »Ostholstein« ist nur wenig bekannt. So konnte nicht einmal verifiziert werden, ob auch in Lübeck Festnahmen von Juden erfolgten, die dann in Konzentrationslager verschleppt wurden, obwohl dies auf Grund der entsprechenden zentralen Anweisungen wahrscheinlich ist. Lediglich über die Geschehnisse in Bad Segeberg liegen einige zusätzliche Informationen vor.<sup>36</sup> Dort blieb zwar die Synagoge verschont, aber das Kaufhaus und die Wohnung der Witwe Baruch wurden mit einem Steinhagel bombardiert. Bis zum 2. 12. 1938 hielt die Polizei den Segeberger Juden Labowski, der nach 1945 als Stadtdirektor wirkte, in »Schutzhaft«. In Eutin wurden an den Tagen nach der Pogromnacht ebenfalls Verhaftungen vorgenommen, und »lichtscheue Elemente« schändeten den kleinen jüdischen Friedhof der Stadt.<sup>37</sup>

### 3.4 *Elmshorn*

Noch schlechter ist der Kenntnisstand über die Geschehnisse im Bezirk der Brigade »Westholstein«. Hier läßt sich auch die Umsetzung der aus Kiel stammenden Instruktionen nicht mehr eindeutig rekonstruieren. Fest steht lediglich, daß ein SA-Obersturmführer Meyer, der dem Pinneberger Standartenführer Becker unterstand, der ja mit Volquardsen telefoniert hatte, in der Nacht zum 10. November 1938 in Elmshorn auftauchte.<sup>38</sup> Dort wurde nach Mitternacht zunächst der Kultusbeamte der jüdischen Gemeinde, David Baum, aus dem Bett geholt. Er mußte die Synagoge am Flammweg öffnen. Kurz darauf warfen SA-Männer in Räuberzivil die schweren Eichenschränke von der Balustrade in den Innenraum des Gebäudes. Andere schafften von einer nahegelegenen Tankstelle Benzin in Kanistern herbei.

Als der Brand entfacht war, wurde die Wohnung des Rabiners verwüstet. Ein Anwohner, der um die Alarmierung der Feuerwehr bat, erhielt von den Brandstifter, zu denen auch Feuerwehrmänner zählten, die Antwort: »Hol din Schnut, suns kriegst wat mit dem Gummiknüppel!«<sup>39</sup> Unterdessen spazierte der kommissarische Elmshorner Bürgermeister vor dem brennenden Gebäude auf und ab. Erst um 5.15 Uhr wurde die Feuerwehr alarmiert. Sie beschränkte sich wie in Kiel auf den Schutz der umliegenden Gebäude. Am nächsten Tag war dann in den »Elmshorner Nachrichten« zu lesen: »Die Synagoge auf dem Flammweg in Elmshorn ist während der Nacht ausgebrannt; das alte Kampflied der SA 'Halloh, die Synagoge brennt' wurde Wirklichkeit.«<sup>40</sup> In der Pogromnacht erfolgte darüber hinaus die Verhaftung aller jüdischen Männer der Stadt – bis auf zwei Kranke. Die Verhafteten wurden kurz darauf in das KZ Sachsenhausen deportiert.

### 3.5. Rendsburg

Auch in Rendsburg fiel die Inneneinrichtung der Synagoge den antisemitischen Ausschreitungen zum Opfer.<sup>41</sup> Kurz vor Mitternacht soll dort ein unbekannter Mann in den Betsaal eingedrungen und eine Bombe zur Explosion gebracht haben, durch die das Inventar weitgehend zerstört wurde. Nach einem Bericht der »Landeszeitung« wurden überdies wie bei der Boykott-Aktion 1933 Geschäfte mit der Aufschrift »Jude« versehen. Daneben sollen auch Schaufensterscheiben eingeschlagen worden sein. Von den Behörden wurde der jüdische Inhaber des Uhrengeschäfts »Flybu« am 19. 1. 1939 in das KZ Buchenwald »abgemeldet«. Auf welche Weise die Rendsburger NS-Formationen von den Befehlen zur Durchführung der Aktionen Kenntnis erhielten, konnte nicht festgestellt werden. Jedenfalls unterstand die SA der südlichsten Stadt Schleswigs formal der Brigade »Westholstein«.

### 3.6 Flensburg

Im Bereich der SA-Brigade »Schleswig«, die das übrige Gebiet des Landesteils umfaßte, traten schließlich sogar zwei »Einsatzzentralen« hervor. Denn neben dem SA-Oberführer Claussen in der Stadt Schleswig hatte offensichtlich auch der Flensburger Polizeidirektor und SS-Standartenführer Hinrich Möller schon frühzeitig von den beabsichtigten Ausschreitungen erfahren. Bei dem 1906 in Grevenkop (Kreis Steinburg) geborenen Möller handelte es sich um einen SS-Karrieristen, der seinen Aufstieg unter anderem der Ermordung des ehemaligen Flensburger KPD-Unterbezirksleiters Christian Heuck 1934 im Gefängnis Neumünster verdankte, und der wegen seines selbstherrlichen Auftretens auch mit den nationalkonservativen Beamten der Schleswiger Regierung häufig im Streit lag.<sup>42</sup> Mit den Judenpogromen war für Hinrich Möller nun »eine große Stunde« gekommen. Am Abend des 9. November 1938 fanden zunächst auch in Flensburg die üblichen »Revolutionsfeierlichkeiten« statt.<sup>43</sup> Während die SA sich im Saale

vergnügte, ließ Möller seine SS-Männer auf dem Bremer Platz antreten. Kurz darauf kehrte der SS-Standartenführer in das Polizeipräsidium Norderhofenden zurück. Dort lief bereits kurz nach 23.00 Uhr eine Aktion gegen die jüdische Familie Wolff auf dem »Gut Jägerslust« westlich Flensburgs an. Die damit in Zusammenhang stehenden Geschehnisse, über die zahlreiche, sich zum Teil widersprechende Aussagen vorliegen, können hier nicht abschließend behandelt werden, sondern bedürfen einer separaten quellenkritischen Untersuchung.<sup>44</sup> Fest steht aber der folgende Sachverhalt: Seit Mitte der 30er Jahre bildete Alexander Wolff Mitglieder zionistischer Organisationen, die nach Palästina auswandern wollten, in Jägerslust landwirtschaftlich aus. In einer gemeinsamen Aktion der Flensburger Polizei, SS und Gestapo, bei der Möller und der örtliche Gestapo-Chef Hermannsen die Federführung hatten, wurden in der Nacht zum 10. November 1938 in Jägerslust die Wohnräume verwüstet und alle dort anwesenden Juden verhaftet. In den frühen Morgenstunden jagte man dann Alexander Wolff nach Mißhandlungen und nur spärlich bekleidet über die dänische Grenze, wo er sofort von Grenzgendarmen aufgenommen und versorgt wurde. Damit war diese Aktion beendet. Und in Flensburg selbst blieb das Einschlagen von Schaufenster­scheiben der jüdischen »Klempreis GmbH« sowie die Verwüstung der Wohnung eines Juden allem Anschein nach den SA- und Parteiformationen vorbehalten. Der Tatendrang des Polizeidirektors und SS-Standartenführers Möller schien jedenfalls nicht befriedigt, denn er sollte einige Zeit später an anderer Stelle wieder auftauchen.

### *3.7. Friedrichstadt*

Im nordfriesischen Friedrichstadt, einer ursprünglichen Holländer-Siedlung, wo während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit zeitweilig über 400 Mitgliedern eine der größten jüdischen Gemeinden im dänischen Gesamtstaat bestanden hatte, lebten im November 1938 nur noch weniger als zwanzig Juden.<sup>45</sup> Aber das tolerante Zusammenleben verschiedener Religionsgemeinschaften in der Kleinstadt war offenbar zu einem Symbol geworden, so daß der SA-Obergruppenführer Meyer-Quade selbst in seiner Weisung aus München ja an erster Stelle die Friedrichstädter Synagoge nannte. Die jahrhundertelange, friedliche Symbiose unterschiedlicher Kulturen an der Eider sollte jetzt ausgelöscht werden. Am Morgen des 10. November 1938 waren zunächst gegen 5 Uhr Husumer SA-Angehörige auf einem schweren Pionier-LKW in Friedrichstadt eingetroffen, die offenbar über den Schleswiger SA-Oberführer Claussen instruiert worden waren. Ihnen wurde von einigen einheimischen Kameraden mit ihren Ortskenntnissen assistiert. Zunächst löste man auch hier eine Detonation in der Synagoge an der Ecke Westermarktstraße/Am Binnenhafen aus, bei der wohl mindestens eine Handgranate zur Explosion gebracht wurde. Anschließend legten die SA-Männer im Gestühl des Betsaales Feuer. Der kurz darauf herbeigeeilte Friedrichstädter NS-Bürgermeister Albin Rühling sorgte für die Löschung des

Brandes, damit die anliegenden Gebäude nicht gefährdet wurden. Die mit Spitzhacken und Spaten ausgerüsteten SA-Horden zogen nun zum Ladengeschäft des Schlachters Julius Wolff und hatten kurz nach den Ruf »Aufmachen!« bereits die Tür eingeschlagen. Marodierend ging es dann zum Tabakladen von Heymann in der Prinzenstraße 24, der vollkommen verwüstet wurde. Auch die Schaufensterscheiben des Produkthändlers Leopold Meyer am Markt und seine Auslagen fielen der Meute zum Opfer. Und schließlich wurde ebenfalls die Textil- und Bettenhandlung von Levi in der Westerhafenstraße heimgesucht. Etwa um 7.00 Uhr bestiegen die Husumer SA-Männer wieder ihren Pionier-LKW und fuhren auf der Reichsstraße 5 in nördlicher Richtung davon.

In Husum traf bald darauf auch Hinrich Möller ein und ließ sich in »Obsens Hotel« ein Frühstück kredenzen. Darüber hinaus waren ebenfalls einige Gestapo-Beamte und SS-Angehörige aus Flensburg in Richtung Friedrichstadt aufgebrochen. Möller erteilte zudem einzelnen Husumer SS-Männern den Befehl, dorthin zu kommen. Um etwa 9.00 Uhr traf er selbst im Friedrichsstädter Rathaus ein, wo sich Bürgermeister Rühling und der einzige Polizist am Ort eingefunden hatten. Möller erkundigte sich zunächst, ob die SA halbe oder ganze Arbeit geleistet habe, und verkündete dann, nunmehr das Zerstörungswerk »vollenden« zu wollen. Schon in der Nacht war der 32jährige Polizeichef in Flensburg und Jägerlust mit einer grünen Lodenjoppe und Schlapphut bekleidet umhergezogen und ließ sich nun ebenfalls in diesem Aufzug vom Friedrichstädter Polizisten zu den »Judenhäusern« und der Synagoge führen, wo der Kronleuchter seine besonderes Interesse erregte. Es soll »ulkig ausgesehen« haben, sagte ein ehemaliger Gestapo-Beamter 1948 aus, als der Flensburger Polizeidirektor und SS-Standartenführer in Lodenjoppe und mit Schlapphut am Kronleuchter hing, um ihn niederzureißen. Das Unternehmen mißlang, aber über die weiteren Aktivitäten Möllers berichtete der ehemalige Friedrichstädter Polizist 1948: »Bei Levi gingen wir in das Lager. Dort befanden sich fertige Betten und Stoffe. Möller zog sein Taschenmesser, schlitzte ein Bett auf, so daß die Federn herausflogen. Dann ergriff er einen Stuhl und zerschlug mit diesem vier Fensterscheiben.«<sup>46</sup> Flensburger Gestapo-Beamte, die die Geschäftsbücher und Privatunterlagen durchwühlten, stellten dabei fest, daß alte Dithmarscher Parteigenossen noch vor kurzem bei Levi gekauft hatten, was nicht ohne Konsequenzen für diese Nationalsozialisten blieb.

Unterdessen zogen auch SS-Männer aus Flensburg und Husum marodierend durch Friedrichstadt. Zu ihnen hatten sich Soldaten gesellt, die mit Fahrschul-Fahrzeugen der Luftwaffe aus Hohn bei Rendsburg gekommen waren. Der Judenpogrom entwickelte sich zu einer touristischen Attraktion, und immer mehr Schaulustige kamen in die Stadt. Zur Bewachung der zerstörten Wohnungen und Geschäfte mußte schließlich die Feuerwehr alarmiert werden. Dennoch blieben einzelne Plünderungen nicht aus. Nachdem Hinrich Möller noch die Festnahme sämtlicher Juden angeordnet hatte, verließ er nach 11.00 Uhr abgekämpft

Friedrichstadt. Am Nachmittag wurden die im Rathaus arrestierten Juden in einem geschlossenen Gefangenenwagen nach Flensburg transportiert. Die meisten konnten an den folgenden Tagen zurückkehren, einzelne Männer aber wurden über Kiel und Hamburg in das KZ Sachsenhausen nördlich Berlins verschleppt. Bald nach 11.00 Uhr erschien schließlich ebenfalls der Heider Bürgermeister und SD-Mitarbeiter Carl Herwig in Friedrichstadt. Auch er inspizierte die Zerstörungen und soll auf den bewußten Kronleuchter – nach einem allerdings unbestätigten Bericht – noch mehrere Schüsse abgegeben haben. Endlich verließ nach zwei Stunden auch Herwig die Stadt, um seiner Vorgesetzten SD-Dienststelle in Kiel Bericht zu erstatten.

### *3.8. Kappeln*

In Kappeln an der Schlei hatten die antisemitischen Ausschreitungen ebenfalls um etwa 5.00 Uhr morgens begonnen.<sup>47</sup> Der Schleswiger SA-Sturmbannführer Seemann, der wohl vom SA-Oberführer Claussen instruiert worden war, hatte schon um 2.00 Uhr zunächst den NSDAP-Kreisgeschäftsführer Petersen aus dem Bett geholt. Gemeinsam fuhren Seemann und Petersen dann über Satrup nach Kappeln, wo sie gegen 4.00 Uhr eintrafen und den örtlichen SA-Führer Konrad Burose alarmierten. Unter dem Schlachtruf »Macht auf, Ihr Schweinehunde, Ihr sollt verschickt werden!« drang man dann mit vereinten Kräften in die Wohn- und Geschäftsräume der jüdischen Familie Eichwald ein, deren Mitglieder nach Mißhandlungen im Rathaus eingesperrt wurden. Gegen 8.00 Uhr traf zudem ein PKW mit Gestapo- und SS-Angehörigen aus Flensburg ein, die wiederum das Zerstörungswerk »vollendeten«. An den folgenden Tagen wurden Arthur und Richard Eichwald in das KZ Sachsenhausen deportiert (zu den Ereignissen in Kappeln siehe auch den ausführlichen Beitrag von Bernd Philipsen in diesem Heft).

### *3.9 Satrup*

In Satrup hatten Seemann und Petersen schon auf der Fahrt nach Kappeln drei SA-Angehörige aufgeschreckt.<sup>48</sup> Sie sollten um 6.00 Uhr morgens den 1891 in Odessa geborenen Peter Levin festnehmen, der die Staatsbürgerschaft der Sowjetunion besaß. Seit 1927 betrieb er gemeinsam mit seiner Ehefrau, die er in Tondern kennengelernt hatte, eine Gemischtwarenhandlung in Satrup-Kirchenholz. Auch dort wurde zunächst die ganze Familie festgenommen, es kam aber nicht zu Mißhandlungen. Als Frau Levin allerdings nachmittags zurückkehrte, war ebenfalls in ihrem Haus randaliert worden und an den Schaufensterscheiben stand: »Jüdisches Geschäft - Geschlossen - Inhaber verhaftet«. Gemeinsam mit den Eichwalds aus Kappeln wurde Peter Levin am 11.11.1938 nach Flensburg und von dort mit weiteren 45 Juden aus dem Landesteil Schleswig über Kiel und Hamburg in das KZ Sachsenhausen transportiert. Nach schweren Mißhandlungen wurde er am 30.1.1939 entlassen und erlebte im Mai 1945 in Satrup die Befreiung von der

NS-Herrschaft.

### 3.10. Die Folgen

Weitere Angaben über die Geschehnisse in Schleswig-Holstein am 9. und 10. November 1938 konnten bislang nicht ermittelt werden. Allerdings läßt sich auch bei diesem Kenntnisstand feststellen, daß die Pogromnacht praktisch das Ende des jüdischen Gemeindelebens in der nördlichsten Provinz des Reiches bedeutete. Die Synagogen in Kiel und Elmshorn waren ausgebrannt und wurden später dem Erdboden gleichgemacht. In die Friedrichstädter Synagoge ließ sich der Nachfolger Meyer-Quades als Kieler Polizeipräsident noch während des Krieges zwei Wohnungen einbauen. Die Rendsburger Synagoge wurde als Fischräucherei mißbraucht und erst auf Initiative von Ole Harck in den 80er Jahren restauriert, wobei der Betsaal heute für expressionistische Kunstausstellungen zweckentfremdet ist. Lediglich die jüdische Gemeinde in Lübeck erhielt nach 1945 ihre Synagoge zurück; die Zahl ihrer Mitglieder ist allerdings heute so gering, daß sie keine zehn Männer mehr für die Durchführung selbständiger Gottesdienste stellen kann. Darüber hinaus wurden bei den Pogromen in November 1938 die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen vieler schleswig-holsteinischer Juden vernichtet. Wohnungseinrichtungen und Geschäftslokale fielen den »Zerstörungstrupps« und marodierenden Horden zum Opfer. Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. In mindestens zwei Fällen kam es zu Mordversuchen. Frauen bangten wochenlang um das Leben ihrer in die Konzentrationslager verschleppten Väter, Männer und Söhne. Im Rückblick wog für viele Juden aber die Erfahrung der Verfolgung durch Menschen, mit denen sie gemeinsam die Schulbank gedrückt hatten und die nun Gestapo-Beamte waren, oder die Verhöhnung durch Bauernjungen in SA-Uniform, mit denen sie seit Jahren in besten Geschäftsbeziehungen standen, besonders schwer. Dadurch wurde nämlich das Vertrauen zu den Mitmenschen erschüttert. Und über alle Zerstörungen, Mißhandlungen und Festnahmen hinaus sollte etwas am nachhaltigsten wirken: Die Mißachtung der menschlichen Würde der Opfer.

Teil II der Untersuchung folgt im Grenzfriedensheft 4/1988

#### ANMERKUNGEN:

- 1 Siehe: Lawrence D. Stokes, »Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945« (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 82), Neumünster 1984, S. 717-755; Albrecht Schreiber, »Wegweiser durch die Geschichte der Juden in Moisling und Lübeck«, Lübeck 1984, S. 52-66; Dietrich Hauschildt, »Juden in Kiel im Dritten Reich«, Staatsexamenarbeit Universität Kiel (Maschinenschrift), Kiel 1980; Harald Kirschninck, »Judenverfolgung und jüdisches Leben im Dritten Reich. Die nationalsozialistische

- Judenpolitik und ihre Auswirkungen unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Elmshorn«, Staatsexamensarbeit Universität Hamburg (Maschinenschrift), Elmshorn 1981; Ole Harck, »Julius Magnus-Ausstellung. Zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein«, Rendsburg 1985. Bibliographische Angaben zur Situation der Juden unter dem Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein finden sich bei: Margot Knäuper/Detlef Korte, »Bibliographie zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (Berichtszeitraum 1945-1985)«, Kiel 1987 (Veröffentlichung des Beirats für die Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Bd. 3), insb. S. 144. Literaturhinweise zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein finden sich bei: Ole Harck, »Om jøderne i Rendsborg«, Rendsburg 1985 (Sonderdruck aus »Rendsborg/Egernførde amt – Julen 1985«), S. 15 f.
- 2 Auf die Geringschätzung der Landesgeschichte in den 50er und 60er Jahren hat kürzlich Manfred Jessen-Klingenberg in einer Besprechung für die GFH 2/1988, S. 132 f., aufmerksam gemacht. Zu den Problemen im staatlichen Archivwesen Schleswig-Holsteins vgl. die Ausführungen bei: Klaus Bästlein, »Zum Erkenntniswert von Justizakten aus der NS-Zeit. Erfahrungen in der konkreten Forschung«, in: »Datenschutz und Forschungsfreiheit. Die Archivgesetzgebung des Bundes auf dem Prüfstand«, hrsg. und eingeleitet von Jürgen Weber, München 1986, S. 85-102, insb. S. 98 ff.
  - 3 Zu den personellen Kontinuitäten siehe vor allem: »Von der NSDAP zur CDU – Politische Karrieren in Schleswig-Holstein«, hrsg. von der Liste für Demokratie und Umweltschutz, den Jungdemokraten Schleswig-Holstein und den Jungsozialisten Schleswig-Holstein, Handewitt 1979. Vgl. des weiteren: Anders Ture Lindström, »Landet Slesvig-Holstens politiske historie i hovedtræk 1945-1954«, Flensburg 1975; Heinz Josef Varain, »Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verpflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945-1958«, Köln und Opladen 1964; Heinz Sahner, »Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Häberles: Landbevölkerung und Nationalsozialismus«, Meisenheim am Glan 1972.
  - 4 Zu Herschel Grynszpan und seiner Tat siehe vor allem: Helmut Heiber, »Der Fall Grünspan«, in Vierteljahrshfte für Zeitgeschichte, 5. Jahrg./1957, S. 154-172. Nachdem Grynszpan im Anschluß an die militärische Niederlage Frankreichs 1940 in deutsche Hände gefallen war, wollte Propagandaminister Goebbels noch 1942 einen Schauprozeß zur »Entlarvung des Weltjudentums« vor dem Volksgerichtshof gegen ihn inszenieren lassen. Doch auf Grund verschiedener Unwägbarkeiten wurde von dem Plan schließlich Abstand genommen. Die bereits vorliegende Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof, Ernst Lautz, mit dem Aktenzeichen 8 J 393/41g ist überliefert im Institut für Zeitgeschichte, Nachlaß Hammer, ED 106/Bd. 47.
  - 5 Zur Ausweisung der in Deutschland lebenden Juden polnischer Staatsangehörigkeit und zur Situation an der polnischen Grenze siehe: Trude Maurer, »Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die 'Kristallnacht'«, in: »Der Judenpogrom 1938. Von der 'Reichskristallnacht' zum Völkermord«, hrsg. von Walter H. Pehle, Frankfurt/M. 1988, S. 52-73.
  - 6 Zu Joseph Goebbels siehe: Elke Fröhlich, »Joseph Goebbels und sein Tagebuch. Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941«, in: Vierteljahrshfte für Zeitgeschichte, 35. Jahrg./1987, S. 489-522. Bedauerlicherweise sind gerade Goebbels Tagebuchaufzeichnungen vom 7. bis 11.11.1938 nicht überliefert, vgl.: »Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente«, Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, hrsg.

- von Elke Fröhlich, 4 Bde., München 1987.
- 7 Zitiert nach: Uwe Dietrich Adam, »Wie spontan war der Pogrom?«, in: »Der Judenpogrom. Von der 'Reichskristallnacht' zum Völkermord«, hrsg. von Walter H. Pehle, Frankfurt/M. 1988, S. 74-93, Zitat S. 76.
  - 8 Zu den »Revolutionsfeierlichkeiten« der NSDAP am 9. November vgl. ebenda.
  - 9 Bericht des Obersten Parteigerichts der NSDAP an Göring vom 13. 2.1939, Nürnberger Dokument PS 3063, in: »Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof«, 42 Bde., Nürnberg 1947 ff. (im folgenden als »IMT« zitiert), Bs. XXXII, S. 20-29, Zitat S. 21. Einen vorzüglichen Überblick über die Geschehnisse am 9./10. November 1938 und ihre zeitgeschichtlichen Hintergründe bietet Wolfgang Scheffler, »Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Novemberpogroms 1938«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), Nr. B 44/78 vom 4.11.1978, S. 3-30. Im Rahmen dieses Beitrags wurde auch ein Großteil der hier zitierten Dokumente vollständig oder auszugsweise wiedergegeben.
  - 10 Zitiert nach der eidesstattlichen Erklärung des Luitpold Schallermeier vom 5. 7.1946, Affidavit SS(A)-5, in: IMT, Bd. XLII, S. 510-513, Zitat S. 512. Himmler diktierte Schallermeier den Aktenvermerk am 10. November 1938 gegen 3.00 Uhr morgens.
  - 11 Fernschreiben des Chefs der Geheimen Staatspolizei Heinrich Müller an die Staatspolizei(leit)stellen vom 9.11.1938, 23.55 Uhr, Nürnberger Dokument PS 374, in: IMT, Bd. XXV, S. 377 f. Zu Aufbau und Struktur der Geheimen Staatspolizei siehe vor allem: Johannes Tuchel/Reinold Schattenfroh, »Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Hauptquartier der Gestapo«, Berlin 1987.
  - 12 Blitz-Fernschreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, an die Staatspolizei(leit)stellen und die SD-Abschnitte vom 10.11.1938, 1.20 Uhr, Nürnberger Dokument PS 3051, in: IMT, Bd. XXI, S. 515-518.
  - 13 Vgl. hierzu: Uwe-Dietrich Adam, »Wie spontan war der Pogrom?« (wie Anm.7), S. 79.
  - 14 Siehe: »'Reichskristallnacht' in Hannover. Eine Ausstellung zur 40. Wiederkehr des 9. November 1938. Beiträge zur Ausstellung«, hrsg. vom Museum am Hohen Ufer, Hannover 1978.
  - 15 Bericht des Obersten Parteigerichts der NSDAP an Göring vom 13. 2.1939. Nürnberger Dokument PS 3063, in: IMT, Bd. XXXII, S. 20-29, Zitat S. 27.
  - 16 Das Original des Dokuments befindet sich im Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Schumacher, Ordner 409 SA, Bl. 1-4. Weite Teile sind zuerst von Dietrich Hausschildt in seiner Examensarbeit »Juden in Kiel im Dritten Reich« (wie Anm. 1) zitiert worden. In nahezu identischer Weise wie bei Hausschildt wurden dann Teile des Dokuments abgedruckt in: »Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins. Teil III: Von 1920 bis zur staatlichen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg«, 2. überarbeitete Aufl., Kiel 1986 (IPTS-Beiträge für Unterricht und Lehrerbildung, Heft 16), S. 123-125. Obwohl es sich bei diesem Band um eine Quellenedition handelt, wurde von den Bearbeitern offenbar nicht auf das Original zurückgegriffen, so daß es zu einer Reihe von Fehlern und Mißgriffen bei der Wiedergabe des Dokuments kommen mußte. Dabei erscheint zunächst der zusammenhängende Bericht der »SA-Gruppe Nordmark« in Gestalt zweier selbständiger Berichte unterschiedlicher Autoren. Dann hat man einen Satzanfang, der von Hausschildt auf Grund seiner Zitierweise nicht wiedergegeben wurde, offenbar kurzerhand selbst ergänzt und dabei unkorrekt wiedergegeben; die zusätzliche Auslassung eines Namens wurde nicht kenntlich gemacht. Und schließlich fehlt jeder

Hinweis auf den wichtigen Umstand, daß Hinrich Lohse den »Bericht der SA-Gruppe Nordmark« abgezeichnet hat. – Zwar verdient die Intention der Bearbeiter des Quellenbandes hohe Anerkennung, durch die Wiedergabe des Dokuments eine auch landesgeschichtlich orientierte Behandlung der Judenpogrome vom 9./10. November 1938 im Schulunterricht zu ermöglichen. Aber schon die Art der Umsetzung ist durch die verfehlte Form der Edition nicht gerade als »vorbildlich« zu bezeichnen. Und vor allem erhebt sich sehr nachdrücklich die Frage, ob Schüler und Lehrer durch die bloße Wiedergabe des Quellentextes hinsichtlich der sehr komplexen organisationsgeschichtlichen Zusammenhänge nicht überfordert werden. Für den Schulgebrauch erscheint nämlich gerade bei diesem Dokument eine weiterführende Kommentierung und Einordnung unerlässlich, wie sie etwa Lawrence D. Stokes in seinem Werk »Kleinstadt und Nationalsozialismus« (wie Anm. 1) jeweils in mustergültiger Form vorgenommen hat. Auch bei einer für den Unterricht bestimmten Hamburger Dokumentation ist entsprechend verfahren worden, vgl. Peter Freimark/Wolfgang Kopitzsch, »Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumentation zur ‚Kristallnacht‘«, 3. Aufl. Hamburg 1981 (Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung.) Dort finden sich ebenfalls Hinweise für die Unterrichtsplanung.

- 17 Vgl. in diesem Zusammenhang den instruktiven Beitrag von Josef Henke, »Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30. Jahrg./1982, S. 557-620. Siehe des weiteren auch: Heinz Boberach, »Die schriftliche Überlieferung der Behörden des Deutschen Reiches 1871-1945. Sicherung Rückführung, Ersatzdokumentation«, in: »Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte«, hrsg. von Heinz Boberach und Hans Booms, Boppard am Rhein 1977 (Schriften des Bundesarchivs Nr. 25). S. 50-61.
- 18 Siehe hierzu: Lothar Gruchmann, »Justiz im Dritten Reich. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner«, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 28), S. 488 f., insb. Anm. 17a.
- 19 Bericht des Obersten Parteigerichts der NSDAP an Göring vom 13. 2.1939, Nürnberger Dokument PS 3063, in: IMT, Bd. XXXII, S. 20-29, Zitat S. 27. Zur vertrauensvollen Zusammenarbeit von Lohse und Lütt im Fall Brix vgl. das entsprechende Parteigerichtsverfahren im Berlin Document Center, Personalakte Emil Brix.
- 20 Bislang mangelt es an einer biographischen Studie über den schleswig-holsteinischen Gauleiter und Oberpräsidenten sowie späteren »Reichskommissar für das Ostland«, Hinrich Lohse. Ein knapper biographischer Abriss findet sich bei Peter Hüttenberger, »Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP«, Stuttgart 1969 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 19), S. 216; eine Reihe zusätzlicher biographischer Details bringt Rudolf Rietzler, »Kampf in der Nordmark'. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein«, Neumünster 1982 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Landes Schleswig-Holstein, Bd. 4). Zur bisherigen Charakterisierung Lohses in der Landesgeschichtsschreibung siehe: Erich Hoffmann, »Die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft für Schleswig-Holstein«, in: »Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Resümee einer Ausstellung«, zusammengestellt von Dieter Pust, Flensburg 1984, S. 49-82, insb. S. 52. Zu der darüber entstandenen Kontroverse vgl. Klaus Bästlein, »Die Akten des ehemaligen Sondergerichts Kiel als zeitgeschichtliche Quelle«, in: ZSHG, Bd. 113/1988, S. 187 f.

- und die »Antwort« Erich Hoffmanns, ebenda, S. 210, sowie Klaus Bästlein, »Ideologische Geschichtsbetrachtung. Zum Streit um Erich Hoffmann«, in: INFO des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Nr. 12 (1988), S. 39-41. Die Charakterisierung Lohses in der »Neuen Deutschen Biographie« von Frank Lubowitz folgt der Darstellung Erich Hoffmanns. Es muß dabei Verwunderung auslösen, daß die Herausgeber der angesehenen »Neuen Deutschen Biographie« den Beitrag, der Fehler, Mängel und Unrichtigkeiten enthält, zum Abdruck gebracht haben.
- 21 Zu Meyer-Quade, der im Zweiten Weltkrieg gefallen ist, siehe die Angaben bei Erich Stockhorst, »Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich«, Velbert und Kettwig 1967, S. 294. Einige biographische Details finden sich auch bei Rudolf Rietzler, »Kampf in der Nordmark« (wie Anm. 20). Vgl. des weiteren die geschönte Selbstdarstellung Meyer-Quades, die nur mit besonderer quellenkritischer Vorsicht herangezogen werden kann, in: »Männer des Dritten Reiches«, hrsg. von der Orientalischen Cigaretten-Compagnie »Rosma«, Bremen 1934, S. 161. Hinsichtlich der antisemitischen Vermerke Meyer-Quades vgl. die Akten des Kreises Schleswig aus den Jahren 1933/34 im Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 320 Schleswig.
- 22 Zu Carsten Volquardsen, der im Zweiten Weltkrieg gefallen ist, siehe: Stockhorst, »Fünftausend Köpfe« (wie Anm. 21), S. 432.
- 23 Vgl. die vorausgegangenen Ausführungen und die Anm. 18 und 19.
- 24 Vgl. hierzu die Ausführungen im Kapitel 4 dieser Arbeit und den Bericht des Obersten Parteigerichts der NSDAP an Göring vom 13. 2.1939, Nürnberger Dokument PS 3063, in: IMT, Bd. XXXII, S. 20-29.
- 25 Siehe: »Handbuch für die Provinz Schleswig-Holstein 1936«, bearbeitet im Büro des Oberpräsidenten von Heinrich Langmaack, Kiel 1936, S. 110 f. Zum Aufbau der SA vgl. auch das »Organisationshandbuch der NSDAP«, 3. Aufl., Berlin 1937.
- 26 Für die Darstellung wurden insbesondere folgende, im Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS) überlieferten Akten herangezogen: Abt. 351 (Generalstaatsanwaltschaft), Nr. 352, Nr. 748; Abt. 352 (Justizbehörden Kiel), Nr. 1699-1701 (Az. 2 Js 657/48), Nr. 2648 (Az. 2 Ks 5/47), Nr. 2687 (Az. 2 Ks 4/49); Abt. 352 (Justizbehörden Lübeck), Nr. 577 (Az. 14 Ks 42/49), Nr. 580 (Az. 2 Ks 1/50); Abt. 354 (Justizbehörden Flensburg), Nr. 965 (Az. 2a KLs 9/48), Nr. 989 (Az. 2a Ks 6/49), Nr. 994 (Az. 2a Ks 20/49), Nr. 3160 (Az. 2a Js 114/52); Abt. 371 (Provinzialverband), Nr. 1481-1 (Az. 2101/43). Verstreute Angaben finden sich in den nachstehend aufgeführten Akten der Spruchgerichte für die Britische Zone, die im Bundesarchiv (BA) überliefert sind: Bestand Z 42, Nr. V/1473 (Az. 3 Sp Ls 159/48); Nr. III/3655 (Az. 2 Sp Ss 208/49); Nr. IV/1542 (Az. 2 Sp Ls 292/48); Nr. IV/1428 (Az. 2 Sp Ls 161/48). – An dieser Stelle sei den Mitarbeitern des Landesarchivs Schleswig-Holstein und insbesondere Herrn Archivdirektor Dr. Reißmann und Herrn Ltd. Archivdirektor Dr. Witt gedankt, die nach anfänglichen Irritationen bereit waren, die einschlägigen Justizakten beschleunigt zur Auswertung vorzulegen. Den Mitarbeitern des Bundesarchivs und insbesondere Frau Archivoberrätin Kinder, Frau Archivoberinspektorin Schöttler, Herrn Archivoberrat Dr. Henke und Herrn Ltd. Archivdirektor Dr. Oldenhege bin ich seit Jahren für die stete Förderung meiner Forschungsarbeiten durch zahlreiche Anregungen, Hinweise und eine liberale Benutzungspraxis zu Dank verpflichtet.
- 27 Zur Bedeutung der Akten aus Straf- und Ermittlungsverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen für die zeitgeschichtliche Forschung vgl. nur: Adalbert Rückerl, »NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer

- Vergangenheitsbewältigung«, Hedelberg 1982; Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hrsg.), »Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland«, München 1984 (siehe dort insbesondere die wichtigen Beiträge von Wolfgang Scheffler und Johannes Tucheil); Peter Steinbach, »Zum Aussagewert der nach 1945 entstandenen Quellen zur Geschichte der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen«, in: INFO des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Nr. 11 (1988), S. 15-30.
- 28 Für die folgende Darstellung der Vorgänge in Kiel wurden herangezogen: IAS, Abt. 352 Kiel, Nr. 2648, Nr. 2687; Hauschildt, »Juden in Kiel im Dritten Reich« (wie Anm. 1).
- 29 Schreiben von M. Wincelberg an die Staatsanwaltschaft Kiel vom 22. 7. 1948, in: LAS, Abt. 352 Kiel, Nr. 2687, Bl. 112.
- 30 Aussage des ehemaligen Führers des SA-Pioniersturms Kiel-West vor der Kieler Polizei 1947, in: LAS, Abt. 352 Kiel, Nr. 2648, Bl. 9.
- 31 Zitiert nach: Hauschildt, »Juden im Dritten Reich« (wie Anm. 1), S. 106 f. (Übersetzung des Verfassers aus dem Englischen)
- 32 Für die nachfolgende Darstellung der Vorgänge in Lübeck wurden herangezogen: LAS, Abt. 352 Lübeck, Nr. 577, Nr. 580; Albrecht Schreiber, »Wegweiser durch die Geschichte der Juden in Moisling und Lübeck« (wie Anm. 1), S. 52-66; ders., »Zwischen Hakenkreuz und Holstentor. Lübeck 1925 bis 1939 – von der Krise bis zum Krieg«, Lübeck 1983.
- 33 Zu Georg Währer, der im Zweiten Weltkrieg gefallen ist, siehe: Stockhorst »Fünftausend Köpfe« (wie Anm. 21), S. 434; »Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935«, Berlin 1934, S. 510 f.
- 34 Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht Lübeck vom 22. 2. 1950, in: LAS, Abt. 352 Lübeck, Nr. 580, Bl. 110-122, Zitat Bl. 112 RS.
- 35 Zu Walther Schröder siehe: Stockhorst »Fünftausend Köpfe« (wie Anm. 21), S. 397; Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, »Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942«, Stuttgart 1981 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 22), S. 642.
- 36 Zu den Vorgängen in Segeberg siehe: BA, Z 42, Nr. IV/1428, Bl. 9-11.
- 37 Siehe: Lawrence D. Stokes, »Kleinstadt und Nationalsozialismus« (wie Anm. 1), S. 717-755, insb. S. 734-736, 746. In Eutin kam es in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 nicht unmittelbar zu Ausschreitungen. Lawrence D. Stokes hat jedoch die Geschichte der Juden in Eutin in einem eigenen Kapitel seiner vorbildlichen Arbeit ausführlich dokumentiert.
- 38 Hinsichtlich der folgenden Darstellung der Vorgänge in Elmshorn vgl.: Harald Kirschninck, »Judenverfolgung und jüdisches Leben im Dritten Reich« (wie Anm. 1), insb. S. 40-46; ders. »Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches«, in: Fritz Bringmann/Herbert Diercks, »Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung«, Frankfurt/M. 1983, S. 95-107.
- 39 Zitiert nach: Kirschninck, »Judenverfolgung und jüdisches Leben im Dritten Reich« (wie Anm. 1), S. 43.
- 40 Zitiert nach: Kirschninck, »Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches« (wie Anm. 36), S. 102.
- 41 Zu den Geschehnissen in Rendsburg siehe: Ole Harck, »Om jøderne i Rendsborg« (wie Anm. 1), S. 9; Rolf Schwarz, »Diskriminiert, verfolgt, ermordet! Anmerkungen zum Schicksal der Rendsburger Juden«, in: »Vergessen und verdrängt. Eine andere Heimatgeschichte. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen

- Rendsburg und Eckernförde«, hrsg. von Kurt Hamer/Karl-Werner Schunck/Rolf Schwarz, Eckernförde 1983, S. 213-217. Die Ausführungen von Schwarz hinterlassen allerdings zum Teil einen verwirrenden Eindruck, wenn er etwa – ohne den zeitgeschichtlichen Kontext zu beachten – aus einem Schreiben vom 18. 10. 1941 über den beabsichtigten Einsatz bestimmter Tötungsmittel im »Reichskommissariat Ostland« zitiert und in diesem Zusammenhang die Ehrenbürgerschaft Hinrich Lohses in Nortorf heraushebt (S. 217).
- 42 Zu Hinrich Möller vgl. die Angaben, die das gegen ihn gerichtete Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht Flensburg vom 19. 4. 1949 enthält, in: LAS, Abt. 354, Bl. 105-111.
- 43 Für die nachfolgende Darstellung der Geschehnisse in Flensburg und Jägerslust wurden herangezogen: LAS, Abt. 354, Nr. 989; BA, Z 42, Nr. III/3655; »Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Publikation zur Ausstellung im Städt. Museum Flensburg Sept./Okt. 1983«, hrsg. von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Flensburg 1983 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e. V. Nr. 32); »Flensburg in Geschichte und Gegenwart. Information und Materialien«, hrsg. von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Flensburg 1972 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e. V. Nr. 22), S. 386 f.
- 44 Zahlreiche Aussagen zu den Vorgängen in und um Jägerslust finden sich in: LAS, Abt. 354, Nr. 989, Bl. 63-72; BA, Z 42, Nr. III/3655, Bl. 50-55. Danach sind insbesondere die bisherigen Darstellungen der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (vgl. die in Anm. 43 genannten Publikationen) zur Rolle des Flensburger Gestapo-Chefs Hermannsen nicht stichhaltig.
- 45 Für die nachstehende Darstellung der Vorgänge in Friedrichstadt wurden herangezogen: LAS, Abt. 354, Nr. 989, Nr. 3160; BA Z 42, Nr. V/1473, Nr. IV/1542; Karl Michelson, »Aus der israelitischen Gemeinde«, in: Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte, Nr. 16 (1980) S. 11-21. Die Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte und Stadtarchivar Karl Michelson haben sich auch im übrigen in besonderer Weise der Geschichte der Juden in Friedrichstadt angenommen und in ihrem »Mitteilungsblatt« eine Fülle ebenso aufschlußreicher wie fundierter Beiträge nicht nur zur Geschichte der Juden, sondern auch zur NS-Zeit in Friedrichstadt publiziert. Das Buch von Hermann Hansen, »Unsere Friedrichstädter Juden«, Friedrichstadt 1976, ist zwar als Zeugnis individueller Bemühungen um die Geschichte und eine ausgelöschte Kultur anerkennenswert, enthält jedoch derart zahlreiche und nicht mehr entwirrbare Fehler und Unrichtigkeiten, daß es im Rahmen historischer Untersuchungen kaum herangezogen werden kann.
- 46 Aussage des ehemaligen Friedrichstädter Ortspolizisten vor dem Polizeiposten Friedrichstadt vom 25.11. 1948, in: LAS, Abt. 354, Nr. 989, Bl. 49 RS.
- 47 Zur folgenden Darstellung der Ereignisse in Kappeln siehe: LAS, Abt. 354, Nr. 965. Dort findet sich auch der zitierte Schlachtruf »Macht auf, Ihr Judenschweine, Ihr sollt verschickt werden!«.
- 48 Zu den Vorgängen in Satrup siehe: LAS, Abt. 351, Nr. 748, Abt. Nr. 354, Nr. 994.

## Dänemark '88: Krise ohne Ende

In der ganzen dänischen Nachkriegsgeschichte ist kein Parlament so ratlos in die Sommerpause gegangen wie das am 10. Mai neu gewählte Folketing. Denn die von vielen Wählern und manchen Politikern für überflüssig, ja sogar schädlich gehaltene Wahl hatte den falschen Sieger: die reaktionäre Fortschrittspartei. Die 1972 vom ehemaligen Steuer-Anwalt Mogens Glistrup gegründete Steuerprotest- und Anti-Wohlfahrtsstaats-Bewegung konnte ihre Stimmzahl fast verdoppeln und erhielt 16 statt bisher 9 Mandate.

Wahlergebnis der dänischen Folketingswahl vom 10. Mai 1988

Partei	Stimmen	% Veränd. Mandate in %		
A Socialdemokraten	992682	29,8	+ 0,5	55 + 1
B Radikale Venstre	185707	5,6	- 0,6	10 - 1
C Konservative	642048	19,3	- 1,5	35 - 3
F Sozialistisk Volkspartei (SF)	433261	13,0	- 1,6	24 - 3
G Die Grünen	44960	1,3		
K Kommunisten	27439	0,8	- 0,1	
M Centrum-Demokraten (CD)	155464	4,7	- 0,1	9
P Fælles Kurs	63263	1,9	- 0,3	- 4
Q Christliche Volkspartei (KRF)	68047	2,0	- 0,4	4
V Venstre	394190	11,8	+ 1,3	22 + 3
Y Linkssozialisten	20303	0,6	- 0,8	
Z Fortschrittspartei (FRP)	298132	9,0	+ 4,2	16 + 7

Regierungsmehrheiten waren nach diesem Wahlergebnis nicht in Sicht. Die alte Regierung-Minderheitskoalition aus Konservativen, rechtsliberaler Venstre, Centrums-Demokraten (CD) und Christlicher Volkspartei (KRF), genannt »vierblättriges Kleeblatt«, hatte zwar ihre Mandatszahl halten können, aber die Partei des Staatsministers Poul Schlüter, die Konservativen, war einer der Verlierer der Wahl. Außerdem hatte die Koalition weiterhin keine Mehrheit im Folketing. Also trat Schlüter zurück, um den Weg freizumachen für Regierungsbildungs-Verhandlungen. Diese Verhandlungen zogen sich quälend lang hin, fast einen ganzen Monat lang. Erst am 3. Juni stand fest, daß der alte Regierungschef auch der neue sein werde – Poul Schlüter.

Die Regierung, die er dem Land als Wochenend-Gabe präsentierte, ist erneut eine Minderheitsregierung. Diesmal hat sie ein normales, dreiblättriges Kleeblatt hinter

sich: eine Drei-Parteien-Koalition aus Konservativen, Venstre und sozialliberaler Radikaler Venstre. 67 der 175 Folketings-Mandate (die vier »nordatlantischen« Mandate von den Färöern und Grönland nicht mitgerechnet) kann sie mustern. Das sind noch drei weniger als das »vierblättrige Kleeblatt« zusammengebracht hatte. Nun sind Minderheitsregierungen ja wirklich nichts Ungewohntes in der dänischen Politik. Sie sind eher die Regel. In der ganzen Nachkriegs-Geschichte gab es nur zwei Mehrheitsregierungen (1957-61 und 1968-71).

Was die Zukunftsaussichten der neuen Regierung so trübt, ist das Fehlen einer tragenden Struktur im Folketing, das in der Hauptstadt-Presse als »trübes Folketing« bezeichnet wird.

### *Atomwaffen-Streit*

Schon die Vier-Parteien-Regierung war 1987-88 an den unsicheren Mehrheits-Verhältnissen gescheitert. Wenige Monate nach einem wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Vergleich mit den Sozialdemokraten, an dem der Koalitionspartner Venstre nicht beteiligt war, stolperte sie über einen sicherheitspolitischen Beschluß einer oppositionellen Folketings-Mehrheit.

Gegenstand war die Durchsetzung eines Parlamentsbeschlusses aus der Nachkriegszeit, wonach in Friedenszeiten keine fremden Atomwaffen auf dänischem Territorium gelagert bzw. stationiert sein dürfen. Angesichts der atomaren Bewaffnung britischer und US-amerikanischer Kriegsschiffe wurde von Sozialdemokraten und Volkssozialisten die Forderung erhoben, das Einlaufen atomar bewaffneter Nato-Flotteneinheiten in dänische Häfen und damit in dänisches Territorium wirksam zu verhindern. Dem widersprach die Regierung unter Hinweis auf die Nato-Bündnistreue: Da es ein strenges militärisches Geheimnis sei, ob ein Nato-Kriegsschiff Atomwaffen an Bord hat oder nicht, laufe die Forderung der Opposition auf ein generelles Einlaufverbot für alle atomwaffenfähigen Nato-Marineeinheiten hinaus. Das aber sei mit der Nato-Mitgliedschaft Dänemarks unvereinbar. Die Nato-Führung ihrerseits unterstützte diese Haltung der Regierung Schlüter.

Ein Beschluß-Antrag der Sozialdemokraten fand eine Mehrheit, da auch die Radikale Venstre gegen die Regierung stimmte. Die sozialliberale Partei ist nämlich einerseits in den letzten Jahren in der Wirtschafts- und Sozialpolitik klar auf bürgerlichen Kurs eingeschwenkt. Andererseits aber pflegt sie in der Außen- und Sicherheitspolitik die auch in bürgerlichen Kreisen umstritten ist, wieder ähnlich deutlich wie in den 50er und 60er Jahren eine nordisch neutralistische und antimilitaristische Linie.

Die Folge der Affäre, der Regierungssturz, war zumindest von Seiten der Radikalen gar nicht beabsichtigt gewesen. Regierungschef Schlüter hatte frühere Abstimmungs-Niederlagen in der Außenpolitik ohne größere Konsequenzen hingenommen.

### *Falsch kalkuliert*

Aber Poul Schlüter wollte vermutlich die Eskalation – in der Hoffnung, in einem Wahlkampf zum Thema Sicherheitspolitik und Nato-Bündnis mit einem klaren Bekenntnis zu Landesverteidigung und Nato-Mitgliedschaft Pluspunkte bei den Wählern sammeln zu können.

Am Wahltag kam es dann ganz anders. Die Konservativen verloren drei Mandate, die Venstre gewann drei. Außenminister Uffe Ellemann Jensen von der Venstre hatte es besser als Schlüter verstanden, sich und seine Partei als Wächter der Bündnistreue darzustellen, Ihr gelang damit ein Einbruch in konservative Wählerschichten, zeigt eine an der Universität Århus erstellte Analyse der Wahlergebnisse und der Wählerwanderungen am 10. Mai.

Die Partei des Regierungschefs mußte dagegen die Ohrfeigen der Wähler kassieren, die gegen einschneidende Abgaben-Erhöhen zur Begrenzung der privaten Kaufkraft und Entlastung der defizitären Zahlungsbilanz protestieren wollten. Sie gingen zur wiedererstarkten Fortschrittspartei – der inzwischen traditionellen Steuerprotest-Partei.

Ähnlich verhielten sich viele Anhänger der Venstre aus dem bäuerlichen Lebenskreis. Sie reagierten mit ihrem Kreuz bei »Z«, dem Kennbuchstaben der Fortschrittspartei auf dem Stimmzettel, auf die Landwirtschaftskrise, die Dänemark wie alle anderen EG-Mitgliedsländer plagt. Wäre der Venstre nicht der Erfolg bei eher konservativen Wählern und vermutlich auch bei Anhängern der ebenfalls von Verlusten betroffenen Radikalen gelungen, hätte sie sich gleichfalls auf der Seite der Verlierer wiedergefunden.

Während die bürgerliche Koalition trotz umfangreicher interner Wählerwanderungen unterm Strich ihre Stärke im Folketing behielt – Centrums-Demokraten und Christliche Volkspartei verteidigten ja ihre Mandatszahlen–, führten auf dem linken Flügel die Wähler-Bewegungen zu einer Schwächung des traditionellen »Arbeiter-Blocks« aus Sozialdemokraten und Volkssozialisten (SF). Nach den Berechnungen der Wahlanalyse des Århusianischen Politik-Professors Søren Risbjerg Thomsen verlor die SF vor allem an die Sozialdemokraten. Der Verlust von drei Mandaten war die Folge. Die Sozialdemokraten ihrerseits gaben Nato-Befürworter an die »Partei der Nicht-Wähler« ab, so daß sie nur eines der drei Mandate »auffangen« konnten, das die SF einbüßte.

Beim links-populistischen »Newcomer« von 1987, »Fælles Kurs« (Gemeinsamer Weg), reichte der minimale Rückgang um 0,3 Prozent, um sie unter die Sperrgrenze zu drücken. Das brachte den Verlust von weiteren vier Sitzen auf dem linken Flügel.

### *Fremdenhaß*

Da nach Risbjerg-Thomsens Analyse auch zahlreiche »Fælles-Kurs«-Wähler zur

Fortschrittspartei gingen, paßt auf die FRP das Bild einer Partei, die die Proteststimmen aufsofg wie ein Schwamm.

Wie schon in den 70er Jahren konnte die Fortschrittspartei mit ihrer teilweise reaktionären Programmatik wieder in hellen Scharen die Opfer der gesellschaftlichen Entwicklung gewinnen. Solches Wahlverhalten vor allem kleinbürgerlicher Wählerschichten ist in der politischen Geschichte wohlbekannt: Auch der Nationalsozialismus, der Faschismus oder der Poujadismus im Frankreich der 50er Jahre bauten auf eine rückwärtsgewandte Dialektik, die den Ausweg aus Krise und Widersprüchen der Gegenwart nicht in einer der Zukunft zugewandten Analyse und Politik sucht, sondern die Lösung aktueller Nöte durch die Rückkehr zu den Verhältnissen der »guten alten Tage« erhofft.

Und wie im Nationalsozialismus oder im neuen Poujadismus des Jean-Marie Le Pen klingen in Parteigründer Mogens Glistrups Parolen Fremdenhaß und Intoleranz wie Fanfarenstöße: Dänemark müsse »all die Mohammedaner loswerden«, tönnte der »Kampagne-Leiter«, der nach dem Absitzen seiner Gefängnisstrafe wegen Steuerhinterziehung zwar wieder in das Führungsgremium der Fortschrittspartei zurückkehren durfte, nicht aber an ihre Spitze.

Um kein schiefes Bild von der Wählergemeinschaft der FRP zu zeichnen, muß hier klargestellt werden, daß die Spitzenkandidatin Pia Kjærsgaard solche Tiraden gegen Ausländer vermied. Sie betonte den wirtschaftsliberalistischen Widerstand gegen Einkommenssteuer und bürokratisierten Wohlfahrtsstaat, der traditionell eine tragende Säule der FRP-Programmatik ist. Und Wahlbeobachter schrieben einen großen Teil des Wahlerfolgs der Fortschrittspartei den Auftritten Frau Kjærsgaards zu. Bemerkenswert bleibt indessen, daß diese Wähler die Hetzparolen Glistrups zumindest tolerierten.

### *Wer mit wem ?*

Noch am Wahlabend trat Schlüter zurück, da die möglichen Mehrheitsverhältnisse im Folketing wieder völlig unklar waren:

- 70 Mandate (+ 3 »nordatlantische«) für die alte Regierungskoalition;
- 79 Mandate (+ 1 »nordatlantisches«) für die Arbeiterparteien
- 99 mögliche Mandate für alle bürgerlichen Parteien einschließlich Radikale Venstre und FRP;
- 90 mögliche Mandate für Sozialdemokraten, SF plus Radikale – die Parteien hinter dem Atomwaffen-Antrag, über den Schlüters Regierung gestürzt war.

Das Zustandekommen der großen bürgerlichen Koalition hätte vorausgesetzt, daß die Fortschrittspartei als Partner akzeptiert würde. Dagegen aber hatten sich Radikale und Christliche Volkspartei ganz eindeutig ausgesprochen, und auch Konservative, Venstre sowie Centrums-Demokraten waren dagegen.

Eine Mitte-Links-Mehrheit aus Arbeiter-Block und Radikalen scheiterte an

wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen zwischen Radikalen und SF – obwohl die SF noch vor der Wahl ihr Programm einer sozialistischen Planwirtschaft aufgegeben und durch eine global gesteuerte sozialistische Marktwirtschaft ersetzt hatte.

Mehrere Verhandlungsrunden der Parteien verliefen ohne Ergebnis: Weder Sozialdemokraten noch Konservative konnten eine Mehrheit finden.

Bevor Schlüter dann in den letzten Mai-Tagen mit den Radikalen übereinkam, zusammen mit der Venstre eine Neuauflage des bürgerlichen Drei-Parteien-Bündnisses aus den Jahren 1968-71 zu starten, hatten die Radikalen eine dicke Kröte zu schlucken:

Sie akzeptierten eine Regelung des Atomwaffen-Problems, die schwer mit dem Folketings-Beschluß vom April in Übereinstimmung zu bringen ist, der die Neuwahlen auslöste: Die Botschaften der Nato-Staaten erhalten zusammen mit der Einlauf-Genehmigung nur ein Schreiben, in dem lediglich auf die in Dänemark geltenden Regeln, nicht aber explizit auf die Atomwaffenfreiheit hingewiesen wird. »Wenn die Radikalen diese Regelung jetzt akzeptieren, dann war die Wahl vom 10. Mai überflüssig«, erklärte der sozialdemokratische Parteichef Sven Auken in einem Kommentar dazu.

Mit nur 70 sicheren Mandaten – einschließlich 3 »nordatlantischer« – im Rücken ist die »KVR-Regierung« (so die populäre, aus den Anfangsbuchstaben der Koalitionsparteien gebildete Bezeichnung; 1968-71 hieß es »RKV«- Regierung, weil die Radikalen mit Hilmar Baunsgaard der Staatsminister stellten) von vornherein auf Kooperation mit den Oppositionsparteien angelegt.

Dabei ist die Herausbildung einer dauerhaft tragfähigen Kooperations-Struktur nicht zu erwarten. Zwar hat die Fortschrittspartei ihren Willen zur Zusammenarbeit bekundet. Aber einem mehr als punktuellen Zusammengehen der Regierungskoalition mit ihr werden weder Radikale noch Centrums-Demokraten oder Christliche Volkspartei zustimmen. Und die Sozialdemokraten als größte Partei stehen natürlich nicht als »Reserve-Mehrheit« für die Bürgerlichen parat. Allenfalls werden sie im Einzelfall Kompromisse mit der Regierung eingehen, denen sie erkennbar ihren politischen Stempel aufdrücken können.

Auf der anderen Seite ist wiederum eine oppositionelle Mehrheit möglich. Centrums-Demokraten und Christliche Volkspartei haben bereits angedeutet, daß sie in der Sozial-, Flüchtlings- und Entwicklungshilfe-Politik mehr Gemeinsamkeiten mit Sozialdemokraten und SF als mit der KVR-Koalition sehen. In Mandaten wäre das eine 93:86-Mehrheit gegen die Regierung.

### *Spar-Politik*

Poul Schlüter und seine 21 Minister wollen ihre Anstrengungen zunächst darauf konzentrieren, den öffentlichen Sektor abzuschmelzen und zurückzudrängen. Dahinter steckt die Vorstellung, durch die Reagan'sche Politik der De-Regulierung

und geringere Ressourcen-Bindung durch die öffentliche Hand der Privatwirtschaft mehr Spielraum zu verschaffen; und die Hoffnung, der Fortschrittspartei das Wasser abzugraben, indem man die von ihr geforderte Politik ohne ihr Mitwirken macht.

Zunächst will die Regierung die öffentlichen Personalausgaben um zwei Prozent in diesem und um ein weiteres Prozent im nächsten Jahr kürzen. Dafür zeichnet sich eine Mehrheit unter Beteiligung der FRP ab. Das wird die Sozialdemokraten kompromißbereit machen, um die Hard-Liner von der Fortschrittspartei auszumanövrieren.

Aber die Opposition wird alles daran setzen, das Joch abzuschütteln, das sie vor den bürgerlichen Koalitions-Karren spannen will. Ein frühes Scheitern der KVR-Regierung ist daher wahrscheinlicher als ihre Bewährung über die ganze vierjährige Legislaturperiode.

Das erwartet auch eine Mehrheit der dänischen Wähler, wie aktuelle Meinungsumfragen zeigen. Sie messen Schlüters »Kleeblatt-Regierung« keine lange Lebensdauer zu.

## Deutschsprachige Minderheitenzeitungen in Nordschleswig, Ostbelgien und Südtirol

Bedeutet es für manchen, insbesondere jüngeren Bundesbürger schon eine Überraschung, von der Existenz deutschsprachiger Minderheiten in Nordschleswig, Ostbelgien und Südtirol zu erfahren, so entziehen sich die speziell diese Bevölkerungsgruppen ansprechenden deutschsprachigen Tageszeitungen wahrscheinlich erst recht seiner Kenntnis. Auch die Wissenschaft (Minderheitenforschung, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft) hat sich damit nur am Rande beschäftigt,<sup>1)</sup> so daß eine eingehendere Behandlung dieser Tageszeitungen und insbesondere ihr Vergleich untereinander zur Verminderung von Informationsdefiziten in diesem Forschungsbereich beitragen kann. Die folgende Darstellung stützt sich auf eine vom Verfasser durchgeführte systematische Inhaltsanalyse der Berichterstattung dieser Minderheitenzeitungen und wird ergänzt um einige Angaben zur Situation der Minderheiten und der Zeitungen selbst.

### *1. Die deutschsprachigen Minderheiten*

#### *in Nordschleswig, Ostbelgien und Südtirol*

Will man eine Aussage über die Berichterstattung von Tageszeitungen machen, die in verschiedenen Ländern (Dänemark, Belgien, Italien) erscheinen und sich dort jeweils an einen ganz bestimmten Leserkreis wenden, nämlich die deutschsprachige Bevölkerung in den Grenzregionen zur Bundesrepublik Deutschland und zu Österreich, so ist es zum besseren Verständnis angebracht, kurz auf die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einzugehen, die das Leben innerhalb der Minderheiten und deren Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung bestimmen.

#### *1.1 Nordschleswig<sup>2)</sup>*

Zur deutschen Minderheit gehören ca. 15-20000 Personen, was einem Anteil von etwa 10 % an der Bevölkerung im Siedlungsgebiet entspricht, in dem sie als Streuminderheit lebt. Die Stellung der Minderheit im dänischen Staat wird maßgeblich durch die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen von 1955 bestimmt, die sich entsprechend auch auf die dänische Minderheit im deutschen Südschleswig beziehen. Danach werden der deutschen Minderheit keine spezifischen Minderheitenschutz- oder Autonomierechte eingeräumt, ihre sprachlich-kulturellen und politischen Entfaltungsmöglichkeiten im Rahmen der dänischen Gesetzgebung werden jedoch garantiert. So verfügt die Minderheit über ein

privates (staatlich anerkanntes und gefördertes) Erziehungs- und Bildungssystem, das bis zur Hochschulreife führt und zum Studium an dänischen und deutschen Universitäten berechtigt. Die Interessen der deutschen Nordschleswiger werden vom Bund deutscher Nordschleswiger (BdN) und den ihm nachgeordneten Organisationen wahrgenommen. Parlamentarisch tritt der BdN durch die Schleswigsche Partei (SP) auf, dies auf kommunaler und Amtsratsebene. Im Folketing ist die SP seit 1979 nicht mehr vertreten, über das Sekretariat der deutschen Volksgruppe ist die Minderheit dennoch in Kopenhagen präsent. Über die innenpolitischen Belange der Minderheit verhandelt ein Kontaktausschuß bei Regierung und Parlament (ein ähnliches Gremium beim Schleswig-Holsteinischen Landtag nimmt sich der Minderheit aus deutscher Sicht an). Gravierende Probleme zwischen deutscher Minderheit und dänischer Mehrheitsbevölkerung gibt es zur Zeit im parlamentarisch-administrativen Bereich nicht, wenn auch der Wunsch nach eigenständiger Vertretung im Folketing (durch entsprechende Änderung des Wahlrechts u. U. möglich) und nach angemessener finanzieller Dotierung z. B. des deutschen Büchereiwesens bislang noch nicht berücksichtigt worden ist.

### *1.2 Ostbelgien<sup>3)</sup>*

Die deutsche Minderheit (ca. 65000 Personen) bildet mit ca. 95 % Anteil an der Bevölkerung eine kompakte Mehrheit im Gebiet um Eupen-St.Vith. Nach Verfassungsänderungen von 1970, 1980 und 1983 sind die ostbelgischen Kantone als Gebiet deutscher Sprache anerkannt, in dem der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft Legislativrechte in kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten besitzt, wofür auch eigene Finanzmittel zur Verfügung stehen. Eine vom Rat gewählte und ihm verantwortliche Exekutive sorgt für die Ausführung der vom Rat verabschiedeten Dekrete. Da das Gebiet deutscher Sprache Bestandteil der wallonischen Region ist, liegt die Zuständigkeit für regionale Angelegenheiten jedoch beim Wallonischen Regionalrat, in dem auch deutschsprachige Abgeordnete vertreten sind. Diese unterschiedlichen Zuständigkeiten werden von den deutschen Ostbelgiern als unbefriedigend empfunden, und auch die (de facto) Berücksichtigung der deutschen Sprache in Verwaltungs- und Gerichtsangelegenheiten erscheint verbesserungsbedürftig. Eine einheitlich nach außen wirkende Organisation der deutschen Ostbelgier gibt es nicht. Die parlamentarische Interessenvertretung wird von den deutschen Sektionen der landesweit operierenden belgischen Parteien sowie von der nach mehr Autonomie drängenden Partei Deutschsprachiger Belgier (PDB) wahrgenommen.

### *1.3 Südtirol<sup>4)</sup>*

Die ca. 285000 deutschen Südtiroler bilden mit etwa 66 % die größte

Bevölkerungsgruppe in der Provinz Südtirol, die ursprünglich fast ausschließlich deutschsprachig war und erst nach 1920 die Einwanderung italienischsprachiger Bevölkerung erfuhr. Den rechtlichen Rahmen für das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Südtirol, zu denen außer der deutschen und italienischen noch die ladinische gehört, gibt das Autonomie-Statut von 1972 ab, das die ursprünglich im Pariser Vertrag zwischen Österreich und Italien (1946) vereinbarten und von Italien auf die Region Trient-Südtirol ausgedehnten Regelungen von 1948 ablöste. Die unzureichende Umsetzung von Einzelbestimmungen des Autonomie-Statuts in die Realität, insbesondere die Gleichstellung der Sprachen betreffend, sowie die häufige Zurückweisung der vom Südtiroler Landtag verabschiedeten Regionalgesetze durch die Regierung in Rom führt immer wieder zu Kontroversen zwischen Rom bzw. der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols und den deutschen Südtirolern. Parlamentarisch werden die deutschen Südtiroler durch die Südtiroler Volkspartei (SVP) vertreten, die im Landtag über die Mehrheit verfügt, den Landeshauptmann stellt und auch im römischen Parlament mit einigen Abgeordneten präsent ist. Dieser Überblick mag genügen, um die wesentlichen Unterschiede zwischen den drei Minderheiten aufzuzeigen. Darauf wird bei der Erörterung der empirischen Befunde noch zurückzukommen sein. Weitere Hintergrundinformationen sollen nun noch die Stellung der Minderheitenzeitleitungen innerhalb ihrer jeweiligen Region verdeutlichen.

## *2. Die deutschsprachigen Minderheitenzeitungen<sup>5)</sup>*

Dabei handelt es sich um die Zeitungen DER NORDSCHLESWIGER (Nordschleswig; Redaktion in Apenrade), GRENZECHO (Ostbelgien; Eupen) und DOLOMITEN (Südtirol; Bozen), die in den Siedlungsgebieten der Minderheiten ansässig sind, mehr oder weniger als deren Sprachrohr angesehen werden und die Minderheitsangehörigen in ihrer eigenen Sprache mit minderheitsinternen, regionalen und überregionalen tagesaktuellen Informationen versorgen. Auf diese Zeitungen wird gleich noch näher einzugehen sein.

Natürlich stehen den Minderheitsangehörigen auch die Printmedien in der Sprache der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung zur Verfügung, mangelnde Sprachkenntnisse und/oder unzureichende Berücksichtigung der Minderheitenbelange in der Berichterstattung schränken deren Nutzung jedoch ein. Darüber hinaus können die Minderheitsangehörigen auf die (in ihrer Region angebotenen) Tageszeitungen aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Österreich zurückgreifen, von denen zwei größere Verbreitungschancen haben, weil sie sich einer Minderheitenregion näher annehmen: die TIROLER TAGESZEITUNG (Unabhängiges Tiroler Volksblatt für Westösterreich und Südtirol) mit Sitz in Innsbruck, die in Bozen ein eigenes Redaktionsbüro unterhält und Südtirol im Rahmen der Tirol-Berichterstattung berücksichtigt, und die

AACHENER VOLKSZEITUNG, die seit 1965 eine spezielle Ostbelgien-Ausgabe herausbringt (Auflage ca. 3500), deren 2-3 Seiten Ostbelgien-Berichterstattung von ihrer Eupener Redaktion betreut werden. Beide Zeitungen wurden deshalb ebenfalls in die empirische Untersuchung einbezogen.

### 2.1 *DER NORDSCHLESWIGER. Deutsche Tageszeitung in Dänemark*

Herausgeber der Zeitung, die ab 1946 zunächst als Wochenzeitung, ab 1951 dann als Tageszeitung erscheint, ist der Bund deutscher Nordschleswiger. Träger des Unternehmens ist der Deutsche Presseverein. Die verkaufte Auflage beträgt etwa 4000 Exemplare, die fast ausschließlich im Abonnement abgesetzt werden, davon ca. 3200 in Nordschleswig. Die (wirtschaftliche) Überlebensfähigkeit wird durch Zuschüsse (u. a. aus Mitteln des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen) gewährleistet.

Die Zeitung entsteht in Kooperation mit dem FLENSBURGER TAGEBLATT: Die Redaktionsarbeit beim NORDSCHLESWIGER wird von etwa einem Dutzend Redakteure (darunter 5 Lokalredakteure in Apenrade, Hadersleben, Sonderburg, Tingleff und Tondern) geleistet, die für die Titelseite (mit überwiegend innerdänischem Bezug) und die Regional- bzw. Lokalberichterstattung aus Nordschleswig (variierender Umfang: ca. 6-10 Seiten) verantwortlich zeichnen. Diese Seiten, die etwa ein Drittel des Gesamtumfanges des NORDSCHLESWIGERs ausmachen, werden in Apenrade gesetzt und zusammen mit den restlichen vom FLENSBURGER TAGEBLATT übernommenen Seiten in Flensburg gedruckt.

Das Blatt bezieht Informationen vom Ritzau-Büro in Kopenhagen (und versorgt es mit eigenen), arbeitet mit dpa in Flensburg zusammen und hat in seinem Chefredakteur, der in Personalunion das Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen leitet, dort auch seinen eigenen Korrespondenten. Für die Redaktionsarbeit sind dänische Sprachkenntnisse unerlässlich.

Im Vordergrund der Berichterstattung steht alles, was aus der Sicht der Zeitung für die deutschen Nordschleswiger wichtig erscheint: Informationen über Aktivitäten des BdN und seiner Organisationen; in Wahlkampfzeiten Unterstützung für die Schleswigsche Partei, aber auch Darstellung anderer Parteiprogramme; (kritische) Stellungnahme zu Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Minderheit, die die Minderheit in ihrer Binnenstruktur und das Verhältnis zwischen deutscher Minderheits- und dänischer Mehrheitsbevölkerung betreffen; Artikulation von Interessen der Minderheit, insbesondere die Überlebensfähigkeit der Minderheit als eigenständiges soziales Gebilde betreffend; losgelöst von spezifischen Minderheiteninteressen Eintreten für Belange der Region, einmal gesehen als Teil des dänischen Staates, aber auch unter dem eher gesamteuropäischen Aspekt der völkerverbindenden Funktion eines Grenzraumes.

Wenn dem Bund deutscher Nordschleswiger (als Herausgeber) und seiner politischen Programmatik viel Platz in der Berichterstattung eingeräumt wird, so liegt dies daran, daß der BdN als Vertretung der Minderheit mit seinen Aktivitäten zwangsläufig die Berichterstattung des NORDSCHLESWIGERS beeinflusst, der sich ja den Minderheitsangehörigen als Adressaten verpflichtet fühlt. Auf eine journalistische Abhängigkeit des Blattes vom Herausgeber kann daraus nicht geschlossen werden.

## *2.2 GRENZECHO. Die deutschsprachige Tageszeitung in Ostbelgien*

Da es in Ostbelgien keine einheitliche Vertretung der deutschsprachigen Bevölkerung gibt, die als Träger einer Zeitung auftreten könnte, wird dort der Pressemarkt von rein privaten und privatwirtschaftlichen Erwägungen bestimmt. Damit hängt zusammen, daß neben dem GRENZECHO auch die AACHENER VOLKSZEITUNG mit ihrer Ostbelgien-Ausgabe Absatzchancen sieht und daß das GRENZECHO (zuerst 1927 erschienen) 1986 in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen konnte. Seitdem liegt das GRENZECHO in der Hand ostbelgischer Geschäftsleute. Es wird eine verkaufte Auflage von ca. 13500 Exemplaren angegeben, die zumeist im Abonnement abgesetzt werden. Das GRENZECHO erscheint als Mittagszeitung.

Die Redaktion umfaßt 11 Redakteure, davon zwei Lokalredakteure (Eupen, St. Vith); hinzukommen 15-20 freie Mitarbeiter. Als Agenturdienste werden dpa und insbesondere für innerbelgische Angelegenheiten und Sport der französischsprachige Dienst von Belga aus Brüssel bezogen, weitere Informationen kommen von einem nebenberuflichen Korrespondenten aus Brüssel und von freien Mitarbeitern aus Lüttich und Aachen. Beherrschung der französischen Sprache ist für die Redaktionsarbeit notwendig, niederländische Sprachkenntnisse sind von Nutzen.

Das Blatt gibt sich parteipolitisch ungebunden, wenn auch von konservativer Grundtendenz und mit Neigung zur Christlich-Sozialen Partei (CSP). In Wahlkampfzeiten versteht sich das GRENZECHO als Meinungsmarkt, auf dem alle beteiligten Parteien möglichst ausgewogen mit ihren Ansichten und Anzeigen zu Wort kommen sollen. Dem Selbstverständnis nach primär Lokalzeitung berichtet das GRENZECHO entsprechend intensiv über inner-ostbelgische Angelegenheiten, vernachlässigt aber auch nicht die Information über generelle innerbelgische Belange und nimmt so eine wichtige Komplementärfunktion wahr: Die meisten deutschsprachigen Belgier sehen Nachrichten im deutschen Fernsehen, in denen Belgien nur am Rande vorkommt. Das GRENZECHO versucht mit seiner Berichterstattung, einem möglichen Informationsdefizit der deutschsprachigen Belgier über ihr eigenes Land zu begegnen. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Selbstverwaltungsorgane im Gebiet deutscher Sprache (z. B. Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft)

versteht sich das GRENZECHO als gemeinschaftsinternes Kritikforum, übernimmt gleichzeitig aber auch eine Art Sprachrohrfunktion für die Artikulation unumstrittener Gemeinschaftsinteressen gegenüber anderen belgischen Staatsorganen.

### *2.3 DOLOMITEN. Tagblatt der Südtiroler*

DOLOMITEN erscheint unter diesem Namen seit 1926, lässt sich mit seinen verschiedenen Vorläufern jedoch bis 1888 zurückverfolgen. Das privatwirtschaftlich orientierte Verlagshaus vertritt eine konservativ-christliche Ausrichtung unter besonderer Betonung des deutschen Volkstums in Südtirol. Es wird eine Auflage von 35-40000 Exemplaren genannt.

In der Bozener Hauptredaktion sind 10 Redakteure tätig, in den Lokalredaktionen Brixen, Bruneck und Meran weitere 5. An Nachrichtenagenturen werden die Deutsche Presse-Agentur (dpa), die österreichische Austria-Presse-Agentur (APA) und die italienische Agenzia Nazionale Stampa Associata (ANSA), deren Beiträge ggf. übersetzt werden, bezogen; eigene Korrespondenten berichten aus München, Wien und Innsbruck. Hinzu kommen Beiträge freier Mitarbeiter (darunter auch ein Mitarbeiter für die einmal wöchentlich erscheinende Sparte in ladinischer Sprache) sowie von Intellektuellen zu eher wissenschaftlichen Themenstellungen. Bei der Redaktionsarbeit ist ohne italienische Sprachkenntnisse nicht auszukommen.

Die Berichterstattung ist primär an der bodenständigen deutschsprachigen Bevölkerung orientiert, man versucht aber auch Informationsbedürfnissen deutscher Feriengäste entgegenzukommen. Erhaltung des deutschen Volkstums und Pflege der deutschen Sprache in der Berichterstattung sind als weitere besondere Anliegen zu nennen. Über Aktivitäten innerhalb der Südtiroler Volksgruppe wird ebenso berichtet wie über das Geschehen in den Selbstverwaltungsgremien der Provinz (z. B. Landtag), wo es besonders viele Berührungspunkte zwischen deutsch- und italienisch-sprachigem Bevölkerungsteil gibt. Politische Meinungen und Aktivitäten, die für die Volksgruppe und ihre Entwicklung wesentlich erscheinen, werden nachhaltig unterstützt (z. B. die Südtiroler Volkspartei in Wahlkampfzeiten), den Interessen der Südtiroler zuwiderlaufende entsprechend heftig kritisiert. Da sich DOLOMITEN als Zeitung für alle (deutschen) Südtiroler versteht, wird jedoch keine Hofberichterstattung für die SVP betrieben (diese wird dem im selben Verlag erscheinenden VOLKSBOTEN – dem Organ der SVP – überlassen).

### *3. Die Minderheitenberichterstattung in den Minderheitenzeitungen*

Die Lektüre einer Zeitung sowie Angaben von Verlag und Redaktion vermögen einen ersten, impressionistischen Eindruck von der Berichterstattung dieser Zeitung zu vermitteln, können aber nicht zu (wissenschaftlich) fundierten

Aussagen über die Berichterstattung führen. Deshalb muß bei dem angestrebten Vergleich der Berichterstattung der Minderheitenzeitungen auf ein Verfahren zurückgegriffen werden, mit dem sich formale und inhaltliche Elemente von Berichterstattung planmäßig und von subjektiven Kriterien unabhängig in Form von Daten erfassen lassen: die systematische Inhaltsanalyse.<sup>6)</sup>

### *3.1 Angaben zur empirischen Untersuchung*

Untersuchungsgegenstand ist die Berichterstattung der in Nordschleswig, Ostbelgien und Südtirol erscheinenden deutschsprachigen Minderheitenzeitungen DER NORDSCHLESWIGER, GRENZECHO und DOLOMITEN sowie der ebenfalls dort vertriebenen Zeitungen AACHENER VOLKSZEITUNG und TIROLER TAGESZEITUNG. Als Untersuchungsmaterial sind alle Ausgaben dieser Zeitungen im Zeitraum 1.-31. 10. 1986 herangezogen worden (je 27).

Da empirische Untersuchungen zeitlichen und ökonomischen Beschränkungen unterliegen, wurden nur solche Artikel für die Untersuchung ausgewählt, die bestimmte inhaltliche Kriterien erfüllen:

- Im Artikel muß die eigene oder eine andere Minderheit angesprochen werden oder von Minderheiten allgemein die Rede sein

Hinzu muß jedoch noch eine der folgenden Bedingungen treten:

- Es werden Minderheitenprobleme bzw. politische Zielsetzungen, die für Minderheiten von Bedeutung sind, angesprochen. Dabei kann es z. B. um die Feststellung rechtlicher oder sprachlicher Diskriminierung gehen oder um Maßnahmen zur Beseitigung solcher Ungleichbehandlungen.
- Der Artikel enthält Angaben über Ereignisse oder Aktivitäten, die die Beziehungen der Minderheitsangehörigen untereinander betreffen und den Zusammenhalt der Minderheit bzw. ihre Identität als eigenständiges soziales Gebilde beeinflussen können. Von den zahllosen Berichten über Veranstaltungen von Minderheitenorganisationen wurden nur solche, die Jubiläumsveranstaltungen betrafen, berücksichtigt.
- Es werden Ereignisse oder Aktivitäten (auch historische Prozesse) beschrieben, die etwas über das Verhältnis der Minderheiten zu Deutschland/Österreich und zu anderen Minderheiten aussagen.
- Schließlich sind noch Ereignisse oder Aktivitäten zu nennen, die das Verhältnis zwischen der Minderheit und der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung betreffen.

Außerhalb dieser Systematik wurden zudem alle Artikel erfaßt, die sich auf zwei Ereignisse im Untersuchungszeitraum beziehen: Die Berichterstattung zum damals besonders heftigen Sprachenstreit zwischen Flamen und Wallonen weist zwar keinen direkten Bezug zu Minderheiten i. e. S. auf, doch können von den

impliziten Folgen dieser Auseinandersetzungen im Hinblick auf Autonomie und Sprachregelungen auch die deutschsprachigen Belgier betroffen sein. Als zweites sind die Wahlen zum Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien am 26. 10. 1986 und der dazugehörige Wahlkampf zu nennen. Natürlich handelt es sich dabei um ein Ereignis, das die deutschsprachigen Belgier in besonderer Weise als eigenständigen Bevölkerungsteil anspricht und so besonders eng mit der interessierenden Minderheitenproblematik verbunden ist. Andererseits entspricht nur ein Teil der Wahlberichterstattung den o. a. Kriterien der Artikelauswahl (das betrifft hauptsächlich das GRENZECHO), so daß nur diese Artikel für die Untersuchung in Frage gekommen wären, die übrige Wahl(kampf)berichterstattung nicht. Deshalb wurde entschieden, alles, was zur Wahl veröffentlicht wurde (darunter auch Anzeigen der Parteien und Leserbriefe), in die Untersuchung aufzunehmen.

Anhand eines im Untersuchungsablauf erstellten Kategorienschemas wurden allen ausgewählten Artikeln bestimmte formale und inhaltliche Berichterstattungsmerkmale zugeordnet (Codierung), auf deren Vergleich sich dann die Auswertung stützt. In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß aufgrund der geschilderten Vorgehensweise Aussagen über die Minderheitenberichterstattung der untersuchten Zeitungen nicht verallgemeinert werden können, weil nur eine zeitlich begrenzte Momentaufnahme dieser Berichterstattung vorliegt. Allerdings sollten sich aus den Ergebnissen Hinweise auf mögliche Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in der Berichterstattung ablesen lassen.

### *3.2 Empirische Befunde zur formalen Struktur der Berichterstattung*

Insgesamt sind aufgrund der o. a. Auswahlkriterien 955 Artikel registriert worden, von denen fast die Hälfte auf das GRENZECHO entfällt<sup>7)</sup> (vgl. Tabelle 1). Bei näherer Betrachtung ist allerdings zu erkennen, daß sich diese hohen Werte erheblich verringern (das trifft auch auf die AACHENER VOLKSZEITUNG zu), wenn die beiden Sonderereignisse Wahl und Sprachenstreit nicht berücksichtigt werden. Bei der bereinigten »Normalberichterstattung« führt DOLOMITEN (182) deutlich vor den ziemlich gleichauf liegenden DER NORDSCHLESWIGER (105) und GRENZECHO (95) sowie AACHENER VOLKSZEITUNG (77) und TIROLER TAGESZEITUNG (33). Diese Zahlen lassen vorab schon einige interessante Rückschlüsse zu: Da in Südtirol die zahlenmäßig größte der betrachteten Minderheiten ansässig ist, ist es wahrscheinlich, daß hier mehr als in den anderen Regionen Ereignisse Vorkommen, in welche die Minderheit involviert ist und die deshalb für DOLOMITEN berichtenswert erscheinen (und so aufgrund des minderheitsbezogenen Auswahlprinzips in der Untersuchung auftauchen).

Tabelle 1: Angaben zur formalen Struktur der Berichterstattung in den Zeitungen

DOLOMITEN (DO), GRENZECHO (GE), NORDSCHLESWIGER (NS), AACHENER VOLKSZEITUNG (AV) und TIROLER TAGESZEITUNG (TT); Angaben in absoluten Zahlen (n) bzw. Prozent (%); Prozentuierung auf Basis aller Artikel

Strukturmerkmal	DO	GE	NS	AV	TT	Gesamt
Zahl der Artikel (n)	189	469	106	150	41	955
davon Wahl und Sprachenstreit	7	374	1	73	8	463
Bereinigte Artikelzahl	182	95	105	77	33	492
Artikelplatzierung (%)						
Erste Seite	4	15	12	7	15	11
Politik/Aktuelles	6	34	2	9	10	20
Regionalteil	65	28	85	83	61	51
Sonstiges	25	23	1	1	14	18
Verfasser (%)						
Redaktion, Verlag	78	45	87	76	59	61
Korrespondent	3	9	-	10	39	8
Andere	19	46 <sup>1)</sup>	13	14	2	31
Journalistische Form (%)						
Meldung	4	3	12	11	20	6
Bericht	45	34	50	45	58	41
Kommentar	4	9	5	4	10	7
Leserbrief	11	14	3	11	-	11
Terminankündigung	4	8	21	19	10	11
Sonstiges	32 <sup>2)</sup>	32 <sup>3)</sup>	9	10	2	24
1. davon 36 % Parteien    2. davon 20 % Verlagsanzeigen    3. davon 19 % Wahlwerbung						

Nun ist die Minderheitengröße nicht der allein ausschlaggebende Faktor, denn dann dürfte die TIROLER TAGESZEITUNG nicht soweit am Schluß rangieren und DER NORDSCHLESWIGER sollte auch nicht mehr über Minderheiten berichten als das GRENZECHO. So läßt sich die Diskrepanz zwischen DOLOMITEN und TIROLER TAGESZEITUNG wahrscheinlich darauf zurückführen, daß Südtirol für eine österreichische und speziell Tiroler Tageszeitung zwar von besonderem Interesse ist (was auch die eigene Redaktion in Bozen verdeutlicht), in der hauptsächlich auf ein österreichisches Publikum ausgerichteten Berichterstattung dieser Zeitung aber dennoch nicht soviel Platz einnehmen kann wie dies in DOLOMITEN geschieht. Das kann vom ähnlich gelagerten Fall GRENZECHO/AACHENER VOLKSZEITUNG nicht gesagt werden: Beide Zeitungen liegen in der bereinigten Artikelzahl (also ohne Wahl und Sprachenstreit) enger beisammen,

was einmal zeigt, daß die AACHENER VOLKSZEITUNG mit ihrer Ostbelgien-Ausgabe mehr auf Belange Ostbelgiens eingeht (und auch eingehen muß, um hier Käufer zu finden) als dies die TIROLER TAGESZEITUNG im Hinblick auf Südtirol tut. Zum anderen könnte es ein Hinweis darauf sein, daß andere Ereignisse, die die deutschsprachigen Belgier betreffen, von AACHENER VOLKSZEITUNG und GRENZECHO gleichermaßen in die Berichterstattung aufgenommen werden. Die angedeutete geringe Differenz zwischen GRENZECHO und NORDSCHLESWIGER im Umfang der Berichterstattung (im bereinigten Durchschnitt 3-4 Artikel täglich) könnte angesichts der politisch-gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Ostbelgien und Nordschleswig als mögliches Indiz für ein gewisses Mindestmaß von – an Minderheitenproblematik orientierter – Berichterstattung in Minderheitenzeitungen (und hier ließe sich auch die in der gleichen Größenordnung liegende AACHENER VOLKSZEITUNG einschließen) angesehen werden. Ostbelgien-Wahl und Sprachenstreit machen noch etwas anderes deutlich: Ereignisse, die eine Region, einen Staat oder Bevölkerungsteile betreffen, die aus der Sicht der Zeitung als »nah« empfunden werden, werden eher zum Gegenstand der Berichterstattung als wenn sie als »fern« bewertet werden.<sup>8)</sup> Beide Ereignisse besitzen für GRENZECHO und AACHENER VOLKSZEITUNG einen hohen Stellenwert, nicht aber für die in anderen Regionen agierenden Zeitungen, und so wird entsprechend viel bzw. wenig darüber berichtet.<sup>9)</sup>

Die Platzierung von Artikeln ist davon abhängig, welche Wichtigkeit einem Ereignis im Rahmen der tagesaktuellen Berichterstattung beigemessen wird und nach welchen inhaltlichen Kriterien die Berichterstattung einer Zeitung geordnet ist. Besonders bedeutsam erscheinende Vorfälle<sup>10)</sup> haben dabei die Chance, auf der ersten Zeitungssseite aufgegriffen zu werden; ansonsten entscheidet die Thematik darüber, ob ein Artikel unter der Rubrik Politik, Aktuelles Weltgeschehen, Regionales, Wirtschaft, Kultur/Feuilleton etc. erscheint. Dieses Zuordnungsschema läßt sich auf die Minderheitenberichterstattung der betrachteten Zeitungen nur bedingt anwenden, weil die Zeitungen – wie oben dargestellt – unterschiedlichen Herstellungsbedingungen unterliegen. Das zeigt sich am deutlichsten am NORDSCHLESWIGER und an der Ostbelgien-Ausgabe der AACHENER VOLKSZEITUNG, wo die Berichterstattung über interne Belange der jeweiligen Minderheit fast ausschließlich einem speziellen Regionalteil zugewiesen ist (von besonders wichtigen Ausnahmen abgesehen), was die im Vergleich zu den anderen Zeitungen extrem hohen Anteilswerte dieser Rubrik plausibel macht. Für die übrigen Zeitungen ist eine solche Fixierung nicht vorgegeben, so daß hier Minderheitenangelegenheiten eher in verschiedenen redaktionellen Sparten Vorkommen.

Der größte Teil der journalistischen Arbeit wird von den Redaktionen geleistet (61 % aller Artikel sind dort verfaßt). Dieser Anteil fällt noch höher aus (75 %), wenn

man den durch die Ostbelgien-Wahl verursachten Strom von Wahlwerbung und Leserbriefen im GRENZECHO als Sonderfall herausnimmt, wodurch sich auch das GRENZECHO mit dann 70% Redaktionsanteil den Werten der anderen Zeitungen annähert. Der niedrige Redaktionsanteil der TIROLER TAGESZEITUNG hängt damit zusammen, daß verständlicherweise ihre Bozener Außenstelle in erheblichem Maße zur Berichterstattung über die deutschen Südtiroler beiträgt. Die Korrespondentenberichte bei GRENZECHO und AACHENER VOLKSZEITUNG kommen – wie nicht anders zu erwarten – zum größten Teil aus Brüssel.

Als letztes formales Kriterium der Berichterstattung soll noch die journalistische Form der veröffentlichten Artikel behandelt werden. Die relativ meisten Artikel sind als Berichte oder Reportagen abgefaßt (41 %) und dieser Anteil erhöht sich noch (auf 45 %), wenn man die Wahlwerbungsanzeigen im GRENZECHO als Sondereinfluß herausrechnet (dort steigt der Anteil entsprechend von 34 % auf 42 %). Das läßt darauf schließen, daß in diesen Zeitungen der Erörterung von Minderheitenangelegenheiten, so wie sie für diese Untersuchung abgegrenzt worden sind, breiter Raum eingeräumt wird (entsprechend der vermuteten Wichtigkeit solcher Themen für die Leserschaft). Deshalb ist auch der Anteil von Kurzmeldungen nur gering, wobei DOLOMITEN und GRENZECHO als Richtwerte angesehen werden können, denn die hohen Anteile der AACHENER VOLKSZEITUNG und der TIROLER TAGESZEITUNG sind etwa hälftig auf Berichte über den belgischen Sprachenstreit zurückzuführen. Beim NORDSCHLESWIGER, wo die NORDSCHLESWIGER-Redaktion überregionale Themen nur auf der Titelseite anbietet, zwingt diese Platzbeschränkung dazu, vermehrt auf die journalistische Form der Meldung zurückzugreifen. Die Leserbriefanteile bei DOLOMITEN, GRENZECHO und AACHENER VOLKSZEITUNG deuten darauf hin, daß diese Zeitungen von ihren Lesern (und den Herausgebern) auch als Forum für einen Meinungs austausch über Minderheitenfragen verstanden werden. Das TIROLER TAGEBLATT mit einer primär außerhalb Südtirols ansässigen Leserzielgruppe wird in dieser Richtung überhaupt nicht aktiv, und in Nordschleswig ermöglicht es die relativ geringe Zahl von Minderheitsangehörigen – bei gleichzeitig hohem Organisationsgrad –, diesen Meinungs austausch noch im persönlichen Gespräch zu pflegen bzw. er wird vom NORDSCHLESWIGER im Rahmen seiner ausführlichen Berichterstattung über den BdN und seine Organisationen behandelt. Hier ist allerdings noch ein weiterer Gesichtspunkt zu beachten. Leserbriefe sind Ausdruck der Mobilisierung der Leserschaft für oder gegen ein Thema, das Gegenstand einer öffentlichen, zumeist politischen Kontroverse ist oder wird. Von daher gesehen lassen die Leserbriefanteile einen Rückschluß darauf zu, inwieweit in den drei Regionen Minderheitenprobleme virulent sind bzw. es im Untersuchungszeitraum waren. Wie schon die Darstellung der allgemeinen

politischen Situation zeigte, traf das auf Ostbelgien und Südtirol eher zu als auf Nordschleswig.

Als Besonderheit sei noch verzeichnet, daß in DOLOMITEN zahlreiche Anzeigen mit Buchwerbung erscheinen (übrigens vom gleichen Verlag, in dem auch DOLOMITEN erscheint). Dabei handelt es sich zumeist um Bücher, in denen Südtirol und seine deutsche Bevölkerung unter kulturhistorischen oder gesellschaftspolitischen Aspekten behandelt wird und deren Inhalt so mit einer der Zielsetzungen von DOLOMITEN in Einklang steht: der Erhaltung des deutschen Volkstums in Südtirol.

### 3.3 Inhaltliche Aspekte der Minderheitenberichterstattung

Diese Anmerkung leitet über zur Betrachtung des Berichterstattungsinhaltes. Entsprechend den Fragestellungen der Untersuchung sind 5 Themenschwerpunkte gebildet worden: interne Angelegenheiten der Minderheit in der Region (Personen, Organisationen und deren Aktivitäten werden beschrieben); das Verhältnis von Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung in der Region (insbesondere in lokalen und regionalen parlamentarischen Vertretungen); das Verhältnis von Minderheit und Mehrheit auf gesamtstaatlicher Ebene (zumeist vertreten durch Regierung und Parlament in Kopenhagen, Brüssel, Rom); das Verhältnis zwischen Österreich bzw. Deutschland und der Minderheit bzw. dem jeweiligen Herbergsstaat der Minderheit; Berücksichtigung anderer Minderheiten. Daneben wurden als besonders aktuelle Berichterstattungsereignisse die Ostbelgien-Wahl sowie der Sprachenstreit in Belgien erfaßt, der bei der folgenden Betrachtung jedoch ausgeklammert bleibt (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Thematischer Bezug der Minderheitenberichterstattung (Angaben in Prozent; ohne Artikel zum Sprachenstreit)

Artikelinhalt	DO n = 184	GE 413	NS 105	AV 126	TT 33	Gesamt 861
Minderheiten intern						
(Organisationen, Aktivitäten)	35	83	57	61	15	64
Verhältnis Minderheit – Mehrheit (in der Region)	23	3	10	7	25	11
Verhältnis						
Minderheit – Gesamtstaat	9	11	4	19	6	11
Verhältnis Dtl./Österreich – Minderheit/Staat	20	3	13	10	51	9
Andere Minderheiten	13	-	16	3	3	5

Um mit der TIROLER TAGESZEITUNG zu beginnen: Da sie die einzige der untersuchten Zeitungen ist, die nicht direkt für eine Minderheit erscheint (auch wenn diese im Untertitel angesprochen wird), haben interne Angelegenheiten einer Minderheit oder ihr Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung nicht die Bedeutung für die Berichterstattung wie bei den anderen Zeitungen. Dagegen wird den Südtirolern dann mehr Aufmerksamkeit gewidmet, wenn über Südtirol im Zusammenhang mit Österreich berichtet wird: 51 % der Minderheitenberichterstattung der österreichischen TIROLER TAGESZEITUNG haben diesen thematischen Bezug, der erneut auf die Wirksamkeit von zeitungsisernen Selektionsmechanismen bei der Entscheidung über Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung einer Nachricht verweist.

Von den untersuchten Zeitungen erscheint das GRENZECHO am stärksten auf die eigene Minderheit und ihr Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung zentriert. Nur 3 % der Berichterstattung betreffen Minderheitenangelegenheiten, die über Belgien hinausgehen. Das hängt sicherlich damit zusammen, daß Deutschland und Ostbelgien politisch weniger miteinander zu tun haben als Deutschland und Nordschleswig (z. B. finanzielle Unterstützung der Minderheit durch die Bundesrepublik) oder Österreich und Südtirol (z. B. österreichische Beteiligung an Autonomie-Verhandlungen über Südtirol). All das führt in den anderen Zeitungen zu entsprechend stärkerer Berücksichtigung von Themen, die die jeweiligen Minderheiten im Bezug zu Deutschland bzw. Österreich sehen.

Unerwartet ist, daß andere Minderheiten nur dann ein häufiger erörtertes Thema für Minderheitenzeitungen sind, wenn es sich dabei um Minderheiten handelt, die im oder nahe dem Erscheinungsgebiet der Zeitung leben. So liegen DOLOMITEN und NORDSCHLESWIGER mit ihren Anteilen wahrscheinlich deshalb über der 10%-Marke, weil die Ladiner in Südtirol und die dänische Minderheit in Südschleswig zu den unmittelbaren Nachbarn im jeweiligen Siedlungsgebiet gehören und aufgrund dieser Nähe (räumlich wie auch politische Daseinsbedingungen angehend) bevorzugt in die Berichterstattung eingehen. Umgekehrt werden Ereignisse, die zwar primär für Ostbelgien (Wahl) bzw. für Südtirol (Pariser Vertrag) von großer Bedeutung sind, in einem weiteren Sinne aber Beispiele für das Zusammenleben von Minderheit und Mehrheit abgeben, von den Minderheitenzeitungen außerhalb dieser Regionen nicht aufgegriffen.

### *3.4 Zeitlicher Bezug der Berichterstattung*

Einige letzte Bemerkungen seien zeitlichen Bezügen in der Berichterstattung über Minderheiten(fragen) gewidmet (vgl. Tabelle 3). Obwohl Aktualität als Kennzeichen von Tageszeitungen genannt wird,<sup>11)</sup> gibt es doch Teile der Berichterstattung, die nicht im engeren Sinne tagesaktuell sind, auch wenn sie mit der aktuellen Berichterstattung in einem Zusammenhang stehen mögen, wie z. B. historische Abhandlungen oder vom Einzelfall losgelöste

Hintergrundinformationen. Das erklärt zunächst einmal, warum nur ca. 86 % der untersuchten Artikel als aktuell eingestuft wurden, was immer dann geschah, wenn in einem Artikel nur von Ereignissen aus dem Jahre 1986 die Rede war und auf frühere Zeiträume nicht eingegangen wurde. Dabei dürfte die starke Fixierung des GRENZECHO auf Aktuelles in der Berichterstattung über die Ostbelgien-Wahl begründet liegen. Als Sonderfall aktueller Berichterstattung sind noch Berichte über Jubiläumsveranstaltungen hervorgehoben, weil sie in besonderer Weise auf die kulturelle Herkunft einer Minderheit und deren bisherige politische Entwicklung hinweisen, zwei für den Zusammenhalt von Minderheiten nicht unwichtige Sachverhalte.

Tabelle 3: Zeitlicher Bezug der Minderheitenberichterstattung (Angaben in Prozent; ohne Artikel zum Sprachenstreit)

Zeitlicher Bezug	DO n = 184	GE 413	NS 105	AV 126	TT 33	Gesamt 861
Aktuell (nur 1986)	80	94	72	83	89	86
davon Jubiläumsveranstaltungen <sup>1)</sup>	11	3	19	7	25	8
1946-1985 <sup>2)</sup>	23	1	40	16	35	13
1918/20-1945 <sup>2)</sup>	19	8	20	10	6	10
vor 1918/20 <sup>2)</sup>	19	3	12	13	2	8

1. Erfasst als aktuelles Ereignis und mit dem Zeitraum, in dem der Jubiläumsanlaß liegt.

2. Einem Artikel sind ggf. mehrere dieser Zeiträume zugeordnet.

Aber aktuelle Berichterstattung beschränkt sich nicht nur auf die Behandlung zeitnahen Geschehens, sondern verbindet dieses häufig mit historischen Ereignissen oder Prozessen. Daß heißt im Falle der untersuchten Minderheitenberichterstattung zumeist, daß auf die vergangene Zugehörigkeit zu deutschsprachigen Staaten (im Zeitraum vor 1918/20), auf die Etablierung der Minderheit als eigenständiges soziales Gebilde in einem fremden Staat (Zeitraum nach 1918/20, wobei das Ende des Zweiten Weltkrieges als Zäsur aufzufassen ist) oder auf die für die derzeitigen Verhältnisse maßgebende Nachkriegszeit (1945-1985) Bezug genommen wird. Dieser Vergangenheitsbezug fällt in DOLOMITEN und DER NORDSCHLESWIGER am stärksten aus, im GRENZECHO am geringsten. Das dürfte damit zusammenhängen, daß es in Südtirol und Nordschleswig mehr Anlässe zu Jubiläumsberichterstattung gegeben hat als in Ostbelgien, wo – wie schon erwähnt – die Wahlen zur dominierenden Stellung rein aktueller Berichterstattung geführt haben.

#### 4. *Schlußbemerkungen*

Diese Ergebnisse geben einen nur cursorischen Überblick über einige Merkmale

der Minderheitenberichterstattung in den untersuchten Minderheitenzeitungen, beschränkt auf einen kurzen Untersuchungszeitraum und ohne weitergehende Vergleichsmöglichkeit zu anderen Zeitungen. Damit ist eine Stoßrichtung weiterer Forschung angedeutet: Von diesen Befunden ausgehend sollte versucht werden, zu raum- und zeitunabhängigen Aussagen über die Berichterstattungsstruktur von Minderheitenzeitungen zu gelangen, letztlich mit dem Ziel, die Rolle solcher Zeitungen im (massen)kommunikativen Gefüge von Minderheiten zu erfassen.

## ANMERKUNGEN

1. Eine Verknüpfung von Massenkommunikation(smitteln) und gesellschaftlichen Minderheitengruppen im weiteren Sinne findet sich u. a. bei Leo W. Jeffres, K. Kyoon Hur, *The forgotten media consumer – the American ethnic*, in: *Journalism Quarterly* 57 (1980), S. 10-17; Gerhard Maletzke, *Integration – eine gesellschaftliche Funktion der Massenkommunikation*, in: *Publizistik* 25 (1980), S. 199-206; Rainer Geißler, *Partizipatorisch-pluralistische Demokratie und Medieninhalte*, in: *Publizistik* 24 (1979), S. 171-187; Rainer Pelka (Hrsg.), *Deutsche Volksgruppen in Europa*, Sankelmark 1982 (Schriftenreihe der Akademie Sankelmark. N. F. 56).
2. Zu weiteren Einzelheiten vgl. u. a. *Materialien zur Geschichte Schleswigs*. Hrsg. Deutscher Schul- und Sprachverein für Nordschleswig, Apenrade 1976; *Bund deutscher Nordschleswiger, Informationen zum Deutschen Tag*, Apenrade (bis 1979); *Bund deutscher Nordschleswiger, Grenzland »80«*. Informationen und Hinweise zu aktuellen Fragen des Grenzlandes aus der Sicht der deutschen Volksgruppe, Apenrade (ab 1980); *Jahrbuch Nordschleswig*. Hrsg. Bund deutscher Nordschleswiger, Apenrade (ab 1978); Jürgen Zeh, *Die deutsche Sprachgemeinschaft in Nordschleswig. Ein soziales Gebilde im Wandel*, Stuttgart 1982.
3. Vgl. Stiftung Peter Kofferschläger, *Was Sie schon immer über die Deutschsprachige Gemeinschaft wissen wollten*, Eupen 1986; André Henkes, *Die deutschsprachigen Belgier und die Staatsreform von 1983*, Wiesenbach 1983; Gottfried Eisermann, Jürgen Zeh, *Die deutsche Sprachgemeinschaft in Ostbelgien*, Stuttgart 1979, 2. Aufl. 1980; Heinrich Rosensträter, *Deutschsprachige Belgier – Geschichte und Gegenwart der deutschen Sprachgruppe in Belgien*, Aachen 1985 (3 Bde.), Bd. 2, S. 429 ff.
4. Vgl. u. a. Christoph Pan, *Südtirol als völkisches Problem*, Wien-Stuttgart 1971; Gottfried Eisermann, *Die deutsche Sprachgemeinschaft in Südtirol*, Stuttgart 1981; Hans-jakob Stehle, *Los von Rom?* in: *DIE ZEIT* vom 9.10.1987, S. 13-15.
5. Vgl. die Artikel bei R. Pelka, a. a. O.: Peter Heilmann, *Die Zeitungen der deutschen Volksgruppe in Belgien*, S. 35 f.; Franz Pahl, *Die Medien der deutschen Volksgruppe in Südtirol*, S. 39-42; Ferdinand Selberg, *Die Medien der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig*, S. 49-52; Margit Iffert, *Unikum im Grenzland*, in: *Der Journalist* 9/1986, S. 43-45; *Festschrift zum 75jährigen Gründungsjubiläum der Verlagsanstalt ATHESIA 1907-1982*, Bozen 1982, S. 22-32; *40 Jahre DER NORDSCHLESWIGER. Jubiläumsbeilage* vom 2. 2.1986.  
Ergänzende Angaben entstammen Informationsgesprächen, die der Verfasser im Herbst 1986 in den Redaktionen der Minderheitenzeitungen geführt hat.
6. Zur Vorgehensweise vgl. auch Werner Früh, *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*,

München 1981; Klaus Merten, Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis, Opladen 1983.

7. Hierin sind die zahlreichen Wahlwerbungsanzeigen der Parteien in den Fernsehbeilagen des GRENZECHO nicht enthalten.
8. Zur Diskussion von Nachrichtenwert und Nachrichtenfaktoren, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, vgl. u. a. Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg-München 1976.
9. Ohne näheren Beleg sei nur auf eine entsprechende Parallele hingewiesen: Der für Südtirol wichtige Pariser Vertrag zwischen Italien und Österreich, dessen Abschluß sich im Untersuchungszeitraum zum vierzigsten Male jährte, wurde in DOLOMITEN und TIROLER TAGESZEITUNG ausführlich behandelt, nicht aber in den anderen Zeitungen.
10. Siehe dazu wiederum Winfried Schulz, a. a. O., S. 25 ff.
11. Siehe Hans Mathias Kepplinger, Massenkommunikation, Stuttgart 1982, S. 56.

### Wissenschaftliche Tagung zu Minderheitenfragen auf dem Knivsberg

Die geschichtliche Entwicklung der Nationalitätenfrage im ehemaligen Herzogtum Schleswig und die gegenwärtige Stellung des dänischen, deutschen und friesischen Bevölkerungsteils im deutsch-dänischen Grenzland waren Themen eines viertägigen wissenschaftlichen Seminars auf dem Knivsberg.

Die Tagung wurde gemeinsam vom Historischen Seminar und dem Fachbereich Friesische Philologie an der Universität Kiel unter der Leitung von Frank Lubowitz M. A. und Dr. Thomas Steensen veranstaltet. 19 Studenten beider Fachbereiche untersuchten die historischen Bedingungen für das Entstehen nationaler Strömungen im 19. Jahrhundert und die Politik des dänischen Gesamtstaates gegenüber deutschen nationalen Bestrebungen bis 1864 sowie die Haltung der preußischen Regierung nach 1867 zur dänisch gesinnten Bevölkerung Nordschleswigs. Der friesischen Bevölkerung auf den Inseln und dem Festland galt das besondere Interesse der Tagungsteilnehmer, da an diesem Beispiel die Schwierigkeiten einer Sprachenminderheit sichtbar werden, die bei der Entwicklung einer eigenen Identität durch kein Staatsvolk unterstützt wird. Das führte im 19. Jahrhundert dazu, daß sich die friesische Bewegung weitgehend den deutsch geprägten Schleswig-Holsteinern anschloß und sich auf die Pflege friesischer Sprache und Kultur beschränkte. Erst nach der Volksabstimmung des Jahres 1920 kam es zur Gründung eines Vereins nationaler Friesen.

Die Entwicklung der Minderheiten in Dänemark und Deutschland nach der Grenzziehung von 1920 bis zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen referierten Studiendirektor Immo Doege von der Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Apenrade und Dr. Johann Runge von der Studienabteilung der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg.

Träume und Wünsche der deutschen Minderheit, eine Grenzrevision herbeiführen zu können, zerbrachen spätestens mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges; die Anerkennung der Grenze und die Loyalitätserklärung zum dänischen Staat waren der konsequente Schritt der deutschen Volksgruppe in Dänemark. Nach Kriegsende wuchsen nun jedoch die Bäume der dänischen Minderheit südlich der Grenze durch den rapiden Anstieg der Mitgliederzahlen in den Himmel, doch wurden deren Hoffnungen, die Grenze weiter nach Süden zu schieben, von der britischen Besatzungsmacht gebremst. Die Kieler Erklärung und das Kopenhagener Notat von 1949 sowie die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 sind die Meilensteine, an denen die zwar langsam vorangehende, aber deutlich sichtbare Entkrampfung der Verhältnisse im Grenzland sichtbar wird.

Schließlich stand die aktuelle Situation der Minderheiten im Mittelpunkt eines

Gesprächs, zu dem Anke Spoorendonk vom SSW-Kreisverband Flensburg-Amt, Gösta Toft, Sekretär der Schleswigschen Partei, und Hark Martinen, Vorsitzender des Vereins Nordfriesisches Institut, auf den Knivsberg gekommen waren. Nicht die Erhaltung von Gegensätzen und Rivalitäten der Vergangenheit, sondern die Bewahrung einer historisch gewachsenen kulturellen Vielfalt ist heute die Aufgabe der Volksgruppe im Grenzland. Um die nationale und sprachlich-kulturelle Identität der Minderheiten erhalten zu können, müssen die Angebote auf schulischem, kulturellem und gesellschaftlichem Sektor mit den Angeboten, die der Mehrheitsbevölkerung zur Verfügung stehen, konkurrieren können. Diese Aufgabe verlangt neben finanziellen Mitteln auch den erklärten Willen, die Volksgruppen bei der Wahrung ihrer Identität ideell zu unterstützen. Für die friesische Sprachminderheit gilt das in besonderer Weise bei der Zuweisung von Sendezeiten für friesische Beiträge im Rundfunk. Mit der Tagung war ein Informationsbesuch bei der dänischen und der deutschen Zentralbibliothek in Flensburg und Apenrade verbunden.

*Frank Lubowitz*

### Dänisches Kirchenjubiläum in Flensburg

Flensburg – Am Sonntag, dem 21. August, feierte die dänische Kirchengemeinde in Flensburg ihr 400jähriges Jubiläum. Den Höhepunkt der Festlichkeiten bildete ein Festgottesdienst in der Flensburger Heiliggeistkirche, wo im Jahre 1588 die ersten Gottesdienste in dänischer Sprache abgehalten wurden.

Die Heiliggeistkirche, im Jahre 1386 erbaut, war, wie auch alle anderen Kirchen, bis zur Reformation eine katholische Kirche, und die Kirchensprache war Latein. Erst im Jahre 1588 konnte ein dänischsprachiger Pastor für die Heiliggeistgemeinde gewonnen werden. Dies war der frühere Lehrer an der Flensburger Lateinschule, Simon Karstens. Vorher hatte die Kirche eine Reihe von Jahren leergestanden, und es wurde sogar erwogen, sie abzureißen.

Die dänische Kirchengemeinde in Flensburg betrachtet daher das Jahr 1588 als ihr Gründungsjahr. Heute gibt es fünf dänische Einzelgemeinden in der Grenzstadt. Bei dem Festgottesdienst predigte der Präsident der »Dansk Kirke i Udlandet«, Bischoff J. W. Jacobsen aus Viborg. Der neue dänische Kirchenminister, Torben Rechendorff, nahm auch daran teil. Er verband dies mit seinem Antrittsbesuch bei der »Dansk Kirke i Sydslesvig«.

*Südschleswiger Pressedienst*

## Jetzt 24 dänische Pastoren im Landesteil Schleswig

Flensburg – Im Landesteil Schleswig gibt es jetzt 24 dänische Pastoren. Darunter sind fünf Frauen. Für die beiden Flensburger Stadtteile Weiche und Rude wurde ein neues Amt geschaffen, welches von der 36jährigen Pastorin Elsebeth Hviid Villadsen besetzt wurde. Am Sonntag, d. 14. August, wurde sie in ihr neues Amt eingeführt. Elsebeth Hviid Villadsen hatte bereits für ein Jahr die Vertretung für Pastor Morten Mortensen in der Flensburger Skt.-Hans-Gemeinde übernommen, während er sich in Bangladesh aufhielt.

*Südschleswiger Pressedienst*

## 3,6 Mill. DM für dänische Volksgruppe

Für die Aktivitäten der dänischen Volksgruppe leisteten Kreise und Gemeinden im Landesteil Schleswig 1987 Betriebskostenzuschüsse von insgesamt 3 617 729,- DM. Dies teilte das SSW-Landessekretariat in Flensburg mit. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Erhöhung um 179 823,- DM. Dieser Betrag deckt die Ausgabensteigerungen der dänischen Einrichtungen von jährlich 4-5 % ab.

Den größten Einzelbetrag in Höhe von 1 373 895,- DM erhielten die 62 dänischen Kindergärten im Landesteil, die von insgesamt ca. 1700 Kindern besucht werden. Die Jugendarbeit der Volksgruppe wurde mit 711 959,- DM und der dänische Gesundheitsdienst mit 306 736,- DM bezuschußt. Für die Büchereiarbeit gaben Kreise und Gemeinden 273 522,- DM und für die Kulturarbeit 270 704,- DM; schließlich gab es für die Schülerbeförderung der 54 dänischen Schulen, die von insgesamt 5200 Schülern besucht werden, einen Zuschuß von 669 080,- DM.

*Südschleswigscher Pressedienst, 5.7.1988*

## Bundespräsident bei dänischer Volksgruppe

Während seines Besuchs in Flensburg ist Bundespräsident Richard von Weizsäcker auch mit Vertretern der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig zusammengetroffen. Das Gespräch fand auf Anregung der Volksgruppe statt, und zwar am Sonnabend, d. 16. Juli, im historischen »Flensborghus« in Flensburg.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat hier ein Gespräch mit Mitgliedern des Gemeinsamen Rates der Volksgruppe über die Situation der Minderheit geführt.

Es handelt sich um das erste Treffen des Staatsoberhauptes mit Vertretern der dänischen Volksgruppe, die einzige nationale Minderheit in der Bundesrepublik.

Der letzte Besuch eines Bundespräsidenten bei der Minderheit fand 1970 statt. Damals besuchte der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann die Volksgruppe in Flensburg.

Die dänische Volksgruppe umfaßt ca. 50 000 Menschen.

*Südschleswischer Pressedienst, Juli 1988*

### Der Landtag lernt dänisch

So hieß es in vielen Zeitungen, nachdem die Landtagspräsidentin das Arbeitsprogramm für die jetzige Legislaturperiode der Presse vorgestellt hatte. Der Dänischunterricht war nur ein Teil davon, erregte aber die meiste Aufmerksamkeit. Der Landtag lernt dänisch, und das auch noch während der Arbeitszeit. Einmal in der Woche gibt es eine Doppelstunde. Geübt werden muß dann allerdings vor oder nach dem Dienst. Das Angebot gilt für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Abgeordnete gleichermaßen. Ende Oktober geht es los.

Mit diesem Kurs unterstreicht der Landtag die historischen Verbindungen Schleswig-Holsteins zu Dänemark und die besondere Bedeutung der dänischen Sprache und Kultur für unser Land. Schließlich gibt es nur bei uns außerhalb Dänemarks dänische Schulen, eine dänische Tageszeitung und einen dänischen Landtagsabgeordneten.

*Aus: Der Landtag, Nr. 5/August 1988*